

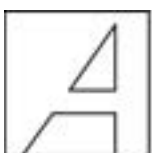
IM GESPRÄCH

KULTURPOLITISCHE
UMSCHAU

HEFT 13



Juni 2003



Konrad
-Adenauer-
Stiftung



IM GESPRÄCH

KULTURPOLITISCHE
UMSCHAU

Heft 13 - Juni 2003

INHALT

■ Editorial	2
<i>Anton Pfeifer, MdB, Staatsminister a.D. Stv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.</i>	
■ Berichte aus der Kulturpolitik:	3
<i>Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion</i>	3+55
<i>Der Staat und seine Verantwortung für die Kultur, von Dr. Norbert Lammert, MdB</i>	12
<i>Aus den Ländern</i>	17
■ Kulturpolitik in der Presse	20
<i>Deutschland/Allgemeine Trends</i>	20
<i>Kulturpolitik im Bund</i>	29+59
<i>Finanzierung/Sponsoring allgemein</i>	31
<i>Auswärtige Kulturpolitik</i>	34+60
<i>Kulturpolitik in den Ländern</i>	35
<i>Kulturpolitik im Ausland</i>	37
<i>Personalien</i>	37
<i>Zitate</i>	38+60
<i>Zeitschriften und Bücher</i>	40
<i>Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung</i>	43
<i>Gastbeitrag</i>	45
<i>Letzte Meldungen</i>	55
■ Hinweis der Redaktion	60

IMPRESSUM

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Rathausallee 12
D-53757 Sankt Augustin
Telefon (02241) 246-302 + 246-475
Telefax (02241) 246-694
E-Mail: barbara.kretschmer@kas.de
Internet: <http://www.kas.de>

Redaktion

Prof. Dr. Jörg-Dieter Gauger
(verantw.)
Barbara Kretschmer

Satz u. Layout

Barbara Kretschmer

Die Zeitschrift erscheint in unregelmäßiger Folge

ISSN 1439-7188

EDITORIAL

In der WELT vom 6. Juni 2003 entwirft Arnulf Conradi, im vergangenen Jahr noch im Gespräch für die Nachfolge Nida-Rümelins, ein düsteres Szenario des Zustandes von Kunst und Kultur im Jahre 2010: „Wenn sich die jetzige Tendenz des Aushungerns und Verdörrens fortsetzt, wird sie verarmt und kraftlos dastehen, ohne Mut zum Experiment und ohne die Mittel zur Exzellenz (...) Mit wem man auch redet im Kulturbetrieb unseres Landes, die Auskunft ist immer dieselbe: Einschränkung, Ausdünnung, Verschlankung, Streckung. Alle stehen mit dem Rücken zur Wand.“ 1998 war die neue Bundesregierung mit dem Anspruch aufgetreten, der Kultur und der Kulturpolitik endlich den ihnen gebührenden Stellenwert zu verschaffen. Der damalige Kulturstaatsminister Michael Naumann prägte das Wort von der „Sahelzone“, in die die Kultur in der Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Kohl angeblich geraten sei.

Nie waren die Bundesausgaben für Kultur höher als in der Regierungszeit Helmut Kohls. Jetzt, unter der rot-grünen Bundesregierung, droht die wirkliche Austrocknung der Kulturförderung. Staatsminister Naumann nahm jedenfalls rasch Abschied und hinterließ sein - inzwischen allerdings auch gescheitertes - „Bündnis für Film“ und eine zerschlagene Struktur für die Pflege grenzüberschreitender Kulturarbeiten nach § 96 des Bundesvertriebengesetzes. Sein Nachfolger Staatsminister Prof. Nida-Rümelin ging ebenfalls schon nach zwei Jahren und hinterließ eine Nationalstiftung, ohne ihr einen klaren Zweck zuzuweisen.

Die Bilanz für das erste Halbjahr der neuen rot-grünen Koalition sieht auch alles andere als rosig aus. Trotz gegenteiliger Festlegung im Koalitionsvertrag plante Finanzminister Eichel gleich zwei gravierende Eingriffe, einmal einen erhöhten Mehrwertsteuersatz für den Verkauf von Kunst-

werken von 7 auf 16 %: Las man in der Koalitionsvereinbarung von Rot-Grün: „Der Mehrwertsteuersatz im Kulturbereich muss erhalten bleiben“, so legt das Finanzministerium dies offenbar dahingehend aus, man dürfe die Mehrwertsteuer ruhig erhöhen. Erst nach massiven Protesten und als klar war, dass solche Pläne an der CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat scheitern würden, hat der Bundeskanzler diese Sparpläne ebenso zurückgenommen wie die durch die durch den Bundesfinanzminister auch vorgesehene Besteuerung gemeinnütziger Spenden von Wirtschaftsunternehmen. Die neue Nationalstiftung weiß offenbar immer noch nicht so recht, was sie eigentlich tun soll, auch nachdem Günter Grass eine wirklich sinnvolle Aufgabe vorschlug. Ob die neue „Filmakademie“ dem deutschen Film im Gegensatz zum „Bündnis für Film“ wirklich Auftrieb geben wird, bleibt abzuwarten; das neue Filmförderungsgesetz ist jedenfalls schon jetzt auf erhebliche Kritik gestoßen.

Die Bundesregierung instrumentalisiert gerne Literaten und Künstler, um sich in ihr gewünschtes Bild zu setzen. Aber das ersetzt keine Kulturpolitik, die Konturen und Nachhaltigkeit erkennen lässt. Zumal es eine Illusion ist anzunehmen, man könne mit Einsparungen im Kulturbereich die Haushalte sanieren. Im Verhältnis zu den Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte betragen die Kulturausgaben nur 1,7 %. Die Kulturförderung ist daher kein Steinbruch zur Haushaltssanierung, ganz abgesehen davon, dass gerade in der Kulturpolitik wie in keinem anderen Politikbereich nur schwer wiederbelebt werden kann, was einmal zerstört ist. Es ist schlimm, dass man die rot-grüne Bundesregierung auch daran erinnern muss.

*Anton Pfeifer, MdB, Staatsminister a.D.
Stv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*

BERICHTE AUS DER KULTURPOLITIK

Berichtszeitraum Dezember 2002 bis Mai 2003

Aus der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

Kulturpolitik ist keine besonders starke Seite der Regierung

(Aus der Rede von Dr. Norbert Lammert, MdB, Vizepräsident des Deutschen Bundestages; 29. Oktober 2002)

Seit Beginn des rot-grünen Projekts ist die Kulturpolitik eine besonders auffällige, aber keine besonders starke Seite dieser Bundesregierung. Dem ersten Beauftragten der Bundesregierung war das Amt nicht wichtig genug, um der Versuchung zu widerstehen, bei der erstbesten Gelegenheit in einen scheinbar noch interessanteren Spitzenjob in der Medienwirtschaft zu wechseln. Sein Nachfolger war dem Bundeskanzler nicht wichtig genug, um in dem Bundesland, aus dem er selbst kommt, in Niedersachsen, eine Regelung mit der staatlichen Hochschule, von der jener beurlaubt war, zur Sicherung einer späteren Laufbahn als Hochschullehrer sicherzustellen.

Nun Christina Weiss (...) ich wünsche Ihnen eine glückliche Hand, insbesondere aber die Hartnäckigkeit und das Durchsetzungsvermögen, die Sie in einer Koalition brauchen werden, die sich seit Jahren mit Ankündigungen sehr viel leichter tut als mit der tatsächlichen Stärkung des Stellenwerts von Kunst und Kultur.

Bei der sprichwörtlichen kulturpolitischen Feinfühligkeit des Bundesfinanzministers werden Sie genug Schwierigkeiten haben, den höchst bescheidenen Anteil Ihres Teilressorts am Bundeshaushalt aufrechtzuerhalten, der in der Zeit Ihrer Amtsvorgänger übrigens von überschaubaren 0,4 Prozent auf ganze 0,3 Prozent des Bundeshaushalts gesunken ist - bei gleichzeitiger Ankündigung eines dramatischen Anstiegs des Stellenwerts von Kunst und Kultur.

Der Blick in die Koalitionsvereinbarung ist ebenso ernüchternd wie die heutige Regierungserklärung. Das gilt sowohl mit Blick auf die nationale Kulturpolitik als auch - vielleicht in noch stärkerem Maß - mit Blick auf die auswärtige Kulturpolitik. Heute Morgen haben wir dazu zwei, vielleicht drei Sätze gehört - einer so belanglos wie der andere. Gerhard Schröder hat hier (...) vorgetragen, die Kulturpolitik sei für diese Bundesregierung nicht einfach eine angenehme Nebensache.

Nach dem, was er nicht vorgetragen hat, und nach dem, was auch in der Koalitionsvereinbarung dazu nicht zu finden ist, muss man befürchten: nicht einmal das.

Wer in der Koalitionsverein-

barung unter dem Stichwort „Kunst und Kultur“ nachschaut, findet eine Ansammlung von deprimierend einfalllosen und lustlosen Formulierungen zu diesem Gegenstand.

Was in dieser Koalitionsvereinbarung neu ist, ist nicht richtig, und was richtig ist, ist nicht neu. Leider haben wir auch von Frau Weiss außer einigen völlig unstreitigen Allgemeinplätzen über den Stellenwert von Kunst und Kultur (...) nichts dazu gehört, was Sie denn an konkreten Vorhaben für diese Legislaturperiode in Ihr Amt übernehmen wollen.

Nun gibt es eine auf den ersten Blick aufregende, jedenfalls elektrisierende Vokabel, die man in den wenigen Sätzen zur Kunst- und Kulturförderung in der Koalitionsvereinbarung nur schwerlich übersehen kann, und das ist die Prüfung auf die künftige Kulturverträglichkeit der eigenen Politik, die Klausel zur Kulturverträglichkeit, mit deren Überwachung offenkundig die Beauftragte der Bundesregierung ausdrücklich ausgestattet werden soll.

Was von dieser Kulturverträglichkeitsklausel zu halten ist, haben wir mit einer nun wirklich erstaunlichen Geschwindigkeit in den wenigen Tagen zwischen dem Abschluss der Koalitionsvereinbarung und den ersten Ankündigungen des Bundesfinanzministers erlebt.

Während es in der Vereinbarung der Koalition noch lautet (s. S. 54) - ich zitiere - "Wir werden auch in Zukunft die Vielfalt

des Engagements von Bürgerinnen und Bürgern in Vereinen (...) nach Kräften unterstützen", hat der Finanzminister einen Tag nach dem Abschluss dieser Koalitionsvereinbarung erklärt, was er sich unter einer tatkräftigen Unterstützung des Engagements von Bürgerinnen und Bürgern in Vereinen vorstellt: Er beabsichtigt die Streichung der Abzugsfähigkeit von Spenden von Unternehmen für gemeinnützige Organisationen und Verbände. Dies war ein Anschlag auf das bürgerschaftliche Engagement in unserem Land.

Die Umsetzung dieses Vorhabens wäre die mutwillige Zerstörung der finanziellen Grundlagen ehrenamtlichen Engagements in Hunderttausenden von gemeinnützigen Vereinen, Verbänden und Organisationen gewesen. Ihr Plan war ein ganz unglaublicher steuerrechtlicher Salto mortale nach unserer gemeinsamen Kraftanstrengung zur Novellierung des Stiftungsrechts und nach der Ermutigung ehrenamtlichen Engagements durch eine famose, grandiose Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, die mindestens in dieser Zielsetzung völlig einig war.

Im Übrigen war es auch eine schwer verständliche haushaltspolitische Dummheit; denn die auf diesem Wege bestenfalls zu erreichenden zusätzlichen Steuereinnahmen stehen in überhaupt keinem Verhältnis zu den sicher entgangenen Einnahmen der Vereine und Verbände, die diese Mittel dringend benötigen. Was es zudem mit der Ermuti-

gung bürgerschaftlichen Engagements zu tun haben soll, dass eigennützige Sponsorentätigkeiten steuerlich berücksichtigt werden können, gemeinnützige Aktivitäten dagegen nicht, das bliebe das große Geheimnis einer rot-grünen Koalition (...) Ich gehe ausdrücklich davon aus, dass kein Kulturpolitiker sowohl der roten wie der grünen Fraktion an den Formulierungen der Koalitionsvereinbarung und schon gar nicht an den Absichten des Finanzministers beteiligt war (...) Dies entlastet in der Tat die Kulturpolitiker; aber es zeigt den tatsächlichen Stellenwert von Kultur und Medien in dieser rot-grünen Koalition (...).

Es fehlt an konkreten Aussagen zur Kulturförderung für die nächsten Jahre

(Aus der Rede von Günter Nooke, MdB, Kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; 29. Oktober 2002)

Zunächst, Frau Staatsministerin, auch von mir als Sprecher für Kultur und Medien herzlichen Glückwunsch zum Amtsantritt. Sie treten ein Amt an, das mit einer großen Hypothek belastet ist. Die Erwartungen der einschlägigen Szene sind umso größer.

Leider wurde das Amt von den bisherigen Inhabern ein bisschen als Durchlauferhitze verstanden oder - besser gesagt - missverstanden. Das hat dem Amt nicht gut getan. Ich kann nur hoffen, dass Sie das besser machen und die Kultur im Rahmen Ihrer

Amtsausführung mit größerer Verlässlichkeit fördern.

Das Wichtigste ist doch, dass wir hier für dieses Land arbeiten und dass das, im Gegensatz zu Ihren Vorgängern, als ehrenvolle Aufgabe angesehen wird. Bei Herrn Naumann und Herrn Nida-Rümelin kritisiere ich nicht den Mangel an Engagement, aber was Ihren Vorgängern doch nachgesagt werden muss, ist etwas, was auch mit Kultur zu tun hat, nämlich ein Mangel an Patriotismus, für den man sich gerade als für Kultur Verantwortlicher in Deutschland wohl nicht schämen sollte (...).

Unter den vielen nicht ganz zu Ende gedachten, wenig überzeugenden und von vornherein korrekturbedürftigen Papieren zur Kulturpolitik der Koalitionsfraktionen, mit denen Sie sich in den vergangenen Jahren auch im Ausschuss für Kultur und Medien beschäftigten, gehört der Koalitionsvertrag (s.S. 55) nun wirklich zu den schwächsten Texten.

Mein Eindruck, dass diese Worte zur Kultur eine Sammlung von Selbstverständlichkeiten, Wünschen und kostenlosen Versprechungen an die Klientel sind, wurde durch das, was Sie hier gesagt haben und was der Bundeskanzler heute Vormittag gesagt hat, leider bestätigt. Das wäre nach den vielen Enttäuschungen dieser Art mit einem eben noch vertretbaren Maß an Gleichmut hinnehmbar. Wenn sich aber schon knapp 24 Stunden nach der Unterzeichnung herausstellt, dass Ihre Minister-

kollegen - vor allem der Finanzminister - den Text ohnehin nur als unverbindliche Empfehlung ansehen und sich ihn eben nicht zu Eigen machen, dann muss schon die Ernsthaftigkeit der Aussagen, die Sie hier treffen und die Sie zu Papier gebracht haben, infrage gestellt werden.

Ich will einmal eine Aussage, die den Mehrwertsteuersatz im Kulturbereich betrifft, zitieren: *Der Mehrwertsteuersatz (...) muss erhalten bleiben.*

Was heißt denn das? An wen richtet sich eigentlich das Wort "muss"? Diese Forderung klingt wie eine Selbstverpflichtung. Dass sie aber wie ein frommer Wunsch behandelt wird, dürften die Kulturpolitiker leidvoll bemerkt haben, und zwar schneller, als sie es selbst wahrhaben wollten (...).

Die Erfindung der Kulturverträglichkeitsklausel ist übrigens auch nur solch ein kostenloses Versprechen, und dazu noch eines, das die Kulturszene selber einlösen muss. Nicht einmal die Prüfung wird bezahlt; Sie lassen sie durch den Protest der Öffentlichkeit auch noch die Öffentlichkeit und die Klientel selber machen.

Schöner hätte der operative Nutzen dieser Klausel kaum demonstriert werden können.

Weder das Papier noch der bisherige Umgang der Koalitionäre damit geben ein Zeichen an die Kultur, das sie vielleicht am nötigsten braucht, nämlich ein Zeichen der Verlässlichkeit.

Wenn es der Politik schon nicht möglich ist, "Probleme mit Geld zuzukleistern", wie Sie gesagt haben, dann sollten Sie vor allem eines vermeiden, nämlich neue Probleme durch Unzuverlässigkeit zu verursachen. Kultur braucht vor allem Verlässlichkeit.

Im Koalitionsvertrag wird festgestellt, dass Kultur immer wichtiger werde. Das ist schön gesagt und leicht geschrieben, und man hat den Eindruck, dass hinter der Formulierung der naive Glaube steckt, dass sich bei so großer Wichtigkeit bei allen die Einsicht einstellt, an der finanziellen Ausstattung nicht mehr weiter zu kürzen. Aber auch dazu gibt es kein Wort von Ihnen. Sie haben nicht einmal die Themen aufgezählt (...), geschweige denn gesagt, wie viel Sie wo tun wollen. Anspruch und Wirklichkeit klaffen aber weiter und in wachsendem Maße auseinander; denn es stehen auch im Haushalt 2003 weniger Mittel für Kultur zur Verfügung, und das bei nun angekündigtem größeren Engagement, zum Beispiel bei den Stätten des Weltkulturerbes und in Berlin.

Über das Engagement des Bundes in der Hauptstadt heißt es, es werde erhalten und ausgebaut. So mutig das Reden vom Ausbau auch erscheinen mag: Wir hätten es, das ist hier schon mehrfach gesagt worden, gern etwas genauer gewusst. Zum anderen übersieht die Formulierung, dass es in erster Linie an der Gestaltung des Verhältnisses zwischen Bund und Land mangelt; denn der Hauptstadtkultur-

vertrag genügt aus einer ganzen Reihe von Gründen nicht den Ansprüchen, die Berlin - als Bundeshauptstadt wie als Land - und der Bund zu Recht stellen. Wir werden im kommenden Jahr über die Neufassung dieses Hauptstadtkulturvertrages reden müssen.

Weitere Beunruhigung entsteht auch, wenn der Koalitionsvertrag vorsieht, dass sich der Bund aus der kulturellen Filmförderung verabschieden will, indem er die Kompetenzen an die Filmförderungsanstalt abgibt. Das ist eine Idee, wie sie unnötiger und unsinniger kaum sein könnte. Sie gehört in die Kategorie „Probleme, die die Welt nicht braucht“, könnte man sagen. Besonders bizarr wirkt es, dass die bedachte Filmförderungsanstalt das Geschenk überhaupt nicht haben will. All die anderen Dinge will ich gar nicht aufzählen. Der schwache Punkt dieser Koalitionsvereinbarung - das will ich hier nur noch einmal zusammenfassend sagen - ist: Es fehlt an belastbaren, konkreten Aussagen zur Kulturförderung für die nächsten Jahre.

Einen anderen Punkt möchte ich auch noch ansprechen. Sie haben hier fernab der Wirklichkeit auch philosophische Dinge besprochen und uns gebeten, die Anbindung an die Realität zu organisieren. Doch Kultur - da sind wir uns einig - hat nicht nur mit Geld zu tun. Insofern will ich diesen Faden gerne aufnehmen. Es ist nämlich auch über eine Aufgabe zu reden, die im Koalitionsvertrag nicht erwähnt wird, die aber uns als Kultur- und Medienpolitiker beschäfti-

gen muss und künftig auch stärker beschäftigen wird. Die Medien - die alten wie die neuen - sind nicht nur ein wachsender Wirtschaftsfaktor. Vielmehr haben sie auch einen großen Anteil an der kulturellen Entwicklung und an der gesellschaftlichen und auch nationalen Identität. Ob bewusst oder unbewusst, beabsichtigt oder unbeabsichtigt tragen sie dazu bei, das zu erzeugen, was jeder Einzelne als sein Bild von der Welt bezeichnet. Presse und elektronische Medien vermitteln das, was die Gesellschaft als Realität annimmt.

Mit diesem Phänomen haben wir uns viel stärker als bisher auseinander zu setzen. Denn die Wirklichkeit wird über Medien wahrgenommen, ohne dass diese uns Instrumente überlassen, mit denen ein Wahrheitsgehalt festgestellt werden könnte. Wir können also nur annehmen, dass das, was uns vermittelt wird, die Realität ist. Sicherer können wir nur werden, wenn wir Kompetenz haben, wenn wir gelernt haben, mit Fiktion und Realität gleichermaßen kritisch umzugehen.

Mir geht es in diesem Zusammenhang deshalb um zweierlei: Erstens muss auch die Kultur- und Medienpolitik deutlicher als bisher die Bedeutung der Medienkompetenz in den Vordergrund stellen und zum selbstverständlichen Bestandteil der kulturellen Bildung machen. Zweitens müssen wir uns mit der Frage beschäftigen, was es für unser Bewusstsein bedeutet, dass Fiktion zur Realität wird, wie zum Beispiel beim Terroran-

schlag auf das World Trade Center geschehen, das als Science-Fiction vorformuliert existierte. Dabei geht es nicht nur um das Bewusstsein des Einzelnen, sondern auch darum, das Bewusstsein einer Nation zu bilden, wie der Film "Baader" von Christopher Roth im Sommer diesen Jahres exemplarisch gezeigt hat. Fiktion und Wirklichkeit, Imitation und Tatsachen werden hier in einer unschlüssigen Halbdistanz ununterscheidbar. Je besser die Erfindungen in das linke Klischee passen, desto leichter ist Glaubwürdigkeit herzustellen. Das Tragen eines T-Shirts mit RAF-Symbolen ist nicht länger politisch, Herr Umweltminister. Es ist nur noch in oder out. Politik wird zum Zitat, Klassenkampf zum Kult: "Prada Meinhof". Ich glaube, auch darüber lohnt es sich zu sprechen. Die RAF war davon überzeugt, Geschichte machen zu können, ein Geschäft, das die Medien mittlerweile souverän und gut beherrschen. Der Weg von den wirklichen Ereignissen zur historischen Kolportage ist kürzer geworden. Bei der Kolportage geht es nicht mehr um historisch-kritische Reflexion oder gar um die politische Wahrheit. Die jüngste Zeitgeschichte wird aus dem historischen Kontext gelöst.

In diesem Zusammenhang wird es besonders wichtig sein, darüber zu diskutieren, wie wir im Rahmen der Erinnerungs- und Gedenkstättenkultur mit der Interpretation der NS- und der SED-Diktatur umgehen. Ich würde mir wünschen, dass sich der Bund engagiert, wenn es

zum Beispiel am 9. November darum geht, hier in Berlin den Weg zu einer Mauergedenkstätte einzuschlagen und diesen Tag als einen zu entdecken, der nicht nur das Land Berlin, sondern auch uns auf Bundesebene betrifft (...).

Urheberschutz ist Eigentumsschutz

(Aus der Rede von Dr. Günter Krings, MdB, Stv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien; 14. November 2002)

Fast 600.000 Menschen arbeiten in Deutschland in Kulturberufen. Zusammen erwirtschaften sie mehr als 8 Prozent unseres Bruttosozialproduktes, jeder zwölfte Euro wird in der deutschen Wirtschaft mit Produkten verdient, die unmittelbar auf den Schutz des Urheberrechts angewiesen sind. Dieser wichtige Zweig unserer Volkswirtschaft erwartet endlich klare rechtliche Regelungen zur digitalen Verbreitung von urheberrechtlich geschützten Werken.

Die neuen elektronischen Medien eröffnen eine Fülle neuer Verbreitungsmöglichkeiten, sie schaffen damit aber zugleich eine ebenso große Vielzahl an Gefahren des Missbrauchs und der Werkpiraterie. Dem gilt es Einhalt zu gebieten, denn Urheberschutz ist Eigentumsschutz und die Verletzung von Urheberrechten ist nichts anderes als Diebstahl geistigen Eigentums.

Vor wenigen Jahrhunderten glaubte man noch, diesen Fällen geistigen Diebstahls mit Ver-

fluchungen beikommen zu können; so wünschte mancher Autor in seinem Vorwort denjenigen "Ausatz und Hölle", die sein Werk unberechtigt kopieren.

Ich denke, inzwischen ist auch bei der amtierenden Bundesregierung die Erkenntnis gereift, dass vom modernen Rechtsstaat auf diesem Gebiet schon etwas mehr an Schutz und Rechtssicherheit erwartet werden kann.

Umso unverständlicher ist es für unsere Fraktion daher, dass es insgesamt sechs Jahre gebraucht hat, um einen Regierungsentwurf zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft in den Bundestag einzubringen.

Nach der Unterzeichnung der internationalen Verträge im Rahmen der Weltorganisation für geistiges Eigentum Ende 1996 (...) ließ man sich zunächst einmal vier Jahre auf europäischer Ebene Zeit, um auf dieser Basis eine Richtlinie der Europäischen Union zu erarbeiten. Anschließend ging dann ein weiteres Jahr ins Land, ehe man sich jetzt offenbar etwas verwundert die Augen reibt und feststellt, dass die Frist zur Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht am 22. Dezember dieses Jahres ausläuft. Erst unter dem Eindruck der drohenden Sanktionen aufgrund der Verletzung des EG-Vertrages wurde das Gesetzgebungsverfahren nunmehr auf den Weg gebracht.

Angesichts dieses Schnecken tempos dürfen wir uns nicht

wundern, dass uns in der Kultur- und Medienwirtschaft andere Länder nicht nur längst überholt haben, sondern uns sogar meilenweit voraus sind.

Diese Verzögerung ist aber zugleich auch die Folge falscher Prioritätensetzung auf dem Gebiet der Rechtspolitik. In der Zeit, in der sich die ausgeschiedene Justizministerin im vergangenen Jahr dringend um einen wirksamen Schutz urheberrechtlicher Werke vor Raubkopien hätte kümmern müssen, bastelte sie lieber an dem rechtlichen Monstrum einer angemessenen Vergütung für Urheber, das erst in letzter Minute entschärft werden konnte. So ist es offenbar bei dieser Bundesregierung: Die ideologischen Lieblingsthemen werden vorangetrieben, während die für den Kultur- und Wirtschaftsstandort Deutschland vordringlichen Aufgaben liegen bleiben (...).

Nach so langer Zeit hätten wir und vor allem die Autoren, Künstler und Verleger erwarten können, dass uns ein umfassender und ausgewogener Gesetzesentwurf vorgelegt wird.

Wer diese Erwartung hatte, sieht sich in vielen Punkten leider herb enttäuscht. Der Gesetzesentwurf ist an vielen Stellen offensichtlich mit der berühmten rot-grünen heißen Nadel genäht. Einige Punkte fehlen und andere Teile sind wirklich noch sehr verbesserungsbedürftig.

Der Entwurf ist von schwer überbietbarer Naivität, etwa wenn man sich in § 53 der Neufassung damit begnügt, die altbekannten Regeln für die analoge Vervielfältigung, also zum Beispiel für die private Kopie eines Buches, eins zu eins auf die digitale Vervielfältigung zu übertragen. Wer schon einmal selbst eine Stunde an einem Kopierer zugebracht hat, um - im Rahmen des Erlaubten, versteht sich - ein Buch zu kopieren, muss wissen, dass das mit einem etwas größeren Aufwand verbunden ist als das rasche Kopieren einer Datei auf einem Computer. Wenn das digitale Kopieren so viel leichter und schneller von der Hand geht, ist es nur logisch, dass man dann besondere Schutzvorkehrungen gegen solche Kopierarten vorsehen muss.

Private Raubkopien sorgen dafür, dass die Medienbranche Jahr für Jahr erhebliche Umsatzeinbußen zu verzeichnen hat. Die Film- und Kinowirtschaft klagt inzwischen gar darüber, dass Blockbuster-Filme bereits Monate vor ihrem Kinostart in Deutschland als Raubkopie im Internet die Runde machen. Die im Gesetzesentwurf vorgeschlagene pauschale Gleichbehandlung von elektronischen und herkömmlich analogen Vervielfältigungen öffnet dem Missbrauch Tür und Tor.

Bleibt die Bundesregierung hier bei ihrer Position, dann verfehlt sie im Übrigen auch einen ganz wesentlichen Zweck dieses Gesetzgebungsprojekts, nämlich die Umsetzung der gerade genannten EU-Richtlinie 2001/29. Hier heißt es im 38. Erwägungsgrund, dass "den Unterschieden zwischen digitaler und analoger privater Vervielfältigung gebührend Rechnung" zu tragen ist.

Es lohnt sich, auch einmal das Kleingedruckte einer europäischen Richtlinie zu lesen.

Wir als Unionsfraktion verstehen jedenfalls die Fachverbände, die sich dagegen wehren, dass ein Rechtsregime, das dem Zeitalter des Papierkopierers entstammt, nun ohne weiteres auf den CD-Brenner übertragen werden soll. Hier muss dringend nachgebessert werden.

Zustimmung verdient der Gesetzentwurf, soweit er den besonderen Gefahren der Werkpiraterie im digitalen Bereich das strafbewehrte Verbot der Umgehung von Schutztechnologien gegenüberstellt.

Der massenhafte Diebstahl von geistigem Eigentum wird heute durch die flächendeckende Verbreitung von Umgehungstechnologien erleichtert, die dem Verbraucher Werkzeuge an die Hand geben, um kopiergeschützte Werke zu knacken. Diese Instrumente finden sich inzwischen auf den Seiten bekannter Internetprovider ebenso wie in den Regalen großer Supermarktketten. Das Unrechtsbewusstsein tendiert hier offenbar gegen null.

Geistiges Eigentum hat Anspruch auf den gleichen Schutz wie Sacheigentum. Es macht eben keinen Unterschied, ob Werkzeugsätze zum Aufbrechen von Wohnungs- oder Autotüren angeboten werden oder solche zum Aufbrechen eines digitalen Kopierschutzes.

Das europäische Recht lässt

dem deutschen Gesetzgeber ausreichend Raum, um effektive Mechanismen zum Schutz des geistigen Eigentums einzuführen. Es steht in unserer Verantwortung, diesen zu nutzen. Es reicht nicht aus, nur Verbots- und Straftatbestände ins Gesetz zu schreiben, denn wir können und wollen nun einmal nicht hinter jedem Computerarbeitsplatz einen Staatsanwalt postieren.

Die Zukunft des Urheberrechtes gehört daher dem digitalen Rechtmanagement als einer neuen, intelligenten Schutzstrategie (...). Allerdings trifft der Gesetzentwurf zu diesem modernen Schutzkonzept keine konkreten Regelungen.

Im Gegenteil: Durch den Anspruch auf Aufhebung von Schutzmechanismen, unter anderem für private Kopierzwecke, erwächst in § 95 b - es lohnt sich, auch diesen einmal zu lesen - der Eindruck, dass der Rechteinhaber für den Einsatz von Schutzmechanismen nachgerade bestraft werden soll. Kommt er diesem Aufhebungsanspruch nämlich nicht nach, muss er, der doch nur sein Urheberrecht, also sein Eigentum schützen will, mit einem saftigen Bußgeld rechnen, dessen Obergrenze pikanterweise doppelt so hoch liegt wie die Buße, die demjenigen droht, der einen solchen Schutzmechanismus knackt, dem Cracker oder Hacker also.

Der Schutzgedanke des Urheberrechtes wird hier auf den Kopf gestellt.

An anderer Stelle werden Regelungen in den Gesetzentwurf

hineingemogelt - in ihm soll doch eigentlich nur Drängendes geregelt werden -, die nun wirklich nichts mit der Umsetzung der EU-Richtlinie zu tun haben.

Das gilt etwa für den neu eingefügten § 5 Abs. 3, der immerhin mit einer gefestigten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, inzwischen vom Bundesverfassungsgericht bestätigt, bricht.

Die CDU/CSU-Fraktion begrüßt, dass die Gesetzgebungsmaschinerie in Sachen eines verbesserten Urheberrechtsschutzes in der modernen Informationsgesellschaft nun endlich in Schwung gekommen ist. Ideen und menschliches Wissen sind die wichtigsten Rohstoffe des 21. Jahrhunderts. Das Urheberrechtsgesetz wird daher zu dem zentralen Marktordnungsrecht des digitalen Zeitalters.

Genau deshalb werden wir es nicht zulassen, dass dieses wichtige Gesetz jetzt im Schweinsgalopp durch das parlamentarische Beratungsverfahren getrieben wird. Die CDU/CSU-Fraktion will die Anhörung von Sachverständigen im Gesetzgebungsverfahren, damit am Ende ein Gesetz steht, das den berechtigten Anliegen von Urhebern und der Medienwirtschaft auf der einen Seite und den Werknutzern auf der anderen Seite Rechnung trägt und sie zu einem gerechten Ausgleich bringt.

Immerhin geht es auch um die Sicherung von Tausenden von Arbeitsplätzen in Deutschland.

Auf dem Weg zu diesem Ziel gibt es noch einiges zu tun. Die

CDU/CSU-Fraktion bietet ihre Mithilfe an, um aus diesem spät und hastig zusammen gezimmerten Entwurf ein gutes Gesetz zu machen.

Bundesregierung lehnt Anschubfinanzierung zur Förderung des Musikexportbüros ab: Lippenbekenntnisse von Frau Staatsminister Weiss

(Steffen Kampeter, MdB, Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss und für Kultur und Medien zuständige Berichterstatter; 5. Februar 2003)

Das geplante Musikexportbüro scheint schon gestorben, bevor es überhaupt aktiv werden konnte. Die Bundesregierung und ihre Kulturstaatsministerin Christina Weiss äußern nur Lippenbekenntnisse zur Förderungswürdigkeit der Musikbranche. Wenn es zum Schwur kommt, dann ist auf Rot-Grün kein Verlass. Der Antrag der CDU/CSU-Fraktion im Haushaltsausschuss des Bundestages zur Förderung des Musikexportbüros in Höhe von 200.000 Euro ist mit rot-grüner Mehrheit abgelehnt worden. Damit wird die Unions-Initiative, die als Basisfinanzierung für das Musikexportbüro gedacht gewesen ist, ohne überzeugende Argumentation abgeschmettert. In einer Zeit der tiefen Krise auf dem deutschen Musikmarkt ist dies schlichtweg ein Signal der "Arroganz der Macht".

Wir appellieren an die Kulturstaatsministerin Christina Weiss, umgehend diese Fehlentschei-

dung rückgängig zu machen. Schließlich hat sie in einer Antwort auf eine schriftliche Frage versichert, dass es Ziel der Bundesregierung sei, noch im ersten Halbjahr 2003 mit der Musikwirtschaft zu Eckpunkten und einer gemeinsamen Konzeption zur Stärkung der Exportförderung von Musik zu kommen. Dabei handelt es sich offenbar nur um Sprechblasen. Die Ablehnung der Anschubfinanzierung hat die Glaubwürdigkeit solcher Erklärungen zerstört.

Steuervergünstigungsabbau-gesetz ist kulturfeindlich. Die Kunstszene wird von der Regierung im täglichen Geschäft richtig schlecht behandelt

(Günter Nooke, MdB; 20. Februar 2003)

Nach den Plänen der Bundesregierung betrifft die vorgesehene Ausweitung der Steuerpflicht auf private Veräußerungsgewinne in § 23 des Einkommensteuergesetzes nicht nur Anleihen, Aktien und Immobilien, sondern alle Vermögenswerte, also auch Kunstgegenstände. Ob neu erworben oder alter Familienbesitz, beim Verkauf will der Staat künftig 15% der Differenz zwischen Kauf- und Verkaufspreis einbehalten.

Die Regierung hat offenbar ein gut abgehangenes Bild von der Kunst und dem Kunstmarkt. Es mag ja sein, dass sich in der nicht selten von Sozialneid geleiteten Klientel der Regierungskoalition die Ankündigung gut macht, nun die Besitzer von Lu-

xusgütern zur Kasse zu bitten. Tatsache ist jedoch, dass von dieser Regelung nicht Spekulanten, sondern Kunstliebhaber betroffen sind und dass der deutsche Kunstmarkt im internationalen Wettbewerb schlechter gestellt wird - mit fatalen Folgen.

Diese und andere kulturfeindliche Regelungen der mäandrierenden Politik der Bundesregierung haben bereits zu erheblicher Verunsicherung in der Kunstszene geführt. Die Kunstszene wird von der Regierung nur gelegentlich hofiert, im täglichen Geschäft aber richtig schlecht behandelt. Wie schon bei der Diskussion um die Mehrwertsteuer müssen die Vertreter der Kunstszene auch hier die Kulturverträglichkeit von Gesetzesinitiativen der Regierung wieder selbst einklagen. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag wird sie hierbei unterstützen. Und sie wird das Gesetz ablehnen.

MDR-Talkshow mit Gysi absetzen

(Aus dem Brief des Obmanns für Kultur und Medien der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bernd Neumann MdB, an den Intendanten des Mitteldeutschen Rundfunks [MDR] Prof. Udo Reiter)

Ich halte es für abwegig und geschmacklos, einen herausgehobenen Repräsentanten der Nachfolgepartei der SED, die für 40 Jahre Diktatur und Unterdrückung in der DDR Verantwortung trug, mit der Moderatoren-aufgabe in einem öffentlich-recht-

lichen Sender zu betrauen, zumal die Beziehungen Gysi zur Stasi nach wie vor im Zwielficht stehen. Die Opfer der DDR-Diktatur müssen sich dadurch erhöht vorkommen.

Eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt ist verpflichtet, mit den Empfindungen ihrer Zuschauer sensibel und verantwortungsvoll umzugehen und nicht nach dem Motto zu verfahren "Quote um jeden Preis". Deshalb bitte ich Sie als Intendanten, die Talkshow-Reihe mit Gysi nicht durchzuführen.

Die Tatsache, dass in der vom MDR geplanten Talkshow neben Gysi auch der CDU-Politiker Lothar Späth moderieren soll, macht die Sache nicht besser. Viele Bürger in Deutschland, insbesondere aber die Mitglieder der CDU, würden wenig Verständnis dafür haben, wenn ein renommierter CDU-Politiker aus Publizitätsgründen daran mitwirkt, dass einem unter Stasi-Mitarbeit-Verdacht stehenden PDS-Mann eine öffentliche Bühne mit Millionenpublikum gegeben wird.

Ich habe deshalb in einem persönlichen Schreiben Lothar Späth aufgefordert, von einer Zusammenarbeit mit Gysi im Fernsehen abzusehen.

Gleichberechtigung für Deutsch

(Antrag der CDU-Fraktion vom 13. März 2003)

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich über die bisherigen Bemühun-

gen hinaus noch stärker für die vollständige und ausnahmslose Gleichberechtigung von Deutsch als Dritter Arbeitssprache neben Englisch und Französisch einzusetzen und dafür Sorge zu tragen, dass Deutsch bei allen Veröffentlichungen, Datenbanken, Standards, Konferenzen und Ausschreibungen den Sprachen Englisch und Französisch gleichgestellt wird.

Deutsch als dritte Arbeitssprache auf europäischer Ebene - Verstärkte Förderung von Deutsch als lernbare Sprache im Ausland

Derzeit sprechen über 100 Millionen EU-Bürger Deutsch, davon etwa 91 bis 92 Millionen als Muttersprache. Damit spricht fast jeder dritte EU-Bürger (32%) Deutsch. Englisch als Muttersprache sprechen 62,2 Millionen EU-Bürger, Französisch 62,7 Millionen.

Nach der geplanten EU-Osterweiterung wird sich die Zahl der EU-Bürger, die Deutsch sprechen, noch deutlich erhöhen, da Deutsch in Osteuropa als Fremdsprache traditionell sehr stark verbreitet ist. Dennoch bekommt Deutsch im Betrieb der EU und ihrer Kommissionen noch immer nicht den gleichen Status als gleichberechtigte Arbeitssprache neben Englisch und Französisch.

Der Deutsche Bundestag möge beschließen:

1. Der Bundestag begrüßt, den bisherigen Einsatz der Bundesregierung, die deutsche Sprache

auf europäischer Ebene zu stärken, insbesondere durch die gemeinsame deutsch-französische Sprachanweisung aus dem Jahre 2000 und das Beharren darauf, dass bei Treffen auf EU-Ebene auch dann ins Deutsche gedolmetscht wird, wenn dies durch die jeweilige Ratspräsidentschaft nicht vorgesehen war.

Die Bundesregierung soll verstärkt dafür Sorge tragen, dass der Verbreitung und Pflege der deutschen Sprache im Ausland ein höherer Stellenwert eingeräumt wird. In diesem Zusammenhang sollte die Bundesregierung auch alle Anstrengungen unternehmen, um die Förderung der deutschen Sprache zum Nutzen des Studien- und Wirtschaftsstandortes Deutschland zu stärken.

Begründung

"Wir müssen unsere Sprache schützen wie unsere Gewässer"
(Botho Strauss)

Ein vereintes Europa hat nur dann eine Chance, wenn sich die Menschen mit ihm identifizieren und sich gegenseitig verstehen und verständigen können. Ein entscheidender Faktor hierbei ist die Sprache. Es muss das Ziel sein, auf europäischer Ebene Sprachen zu etablieren, die von möglichst vielen Menschen gesprochen werden. Es gibt in Europa etwa 130 Millionen Menschen, die Deutsch sprechen. Deutsch ist die mit Abstand am meisten gesprochene Muttersprache in der Europäischen Union. Die Deutsche Sprach-

gemeinschaft ist wirtschaftlich derzeit die drittstärkste der Welt und die wirtschaftlich stärkste in Europa.

Nach Englisch ist Deutsch die wichtigste zweite Fremdsprache Europas. Nach dem politischen Umbruch nimmt die deutsche Sprache in den Reformstaaten Mittel-, Ost- und Südeuropas sowie in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion eine wichtige Brückenfunktion zur Europäischen Union ein. Dem gegenüber ist die Berücksichtigung der deutschen Sprache auf EU-Ebene nicht angemessen.

1. Deutsch als Arbeitssprache in der EU

Nach Artikel 1 der Verordnung Nr. 1 des Rates zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist Deutsch neben Dänisch, Englisch, Finnisch, Französisch, Griechisch, Italienisch, Niederländisch, Portugiesisch, Schwedisch und Spanisch offizielle Amtssprache. Das bedeutet, dass die Vertreter jedes Staates zunächst das Recht haben, in ihrer Muttersprache zu sprechen und Texte aus anderen Sprachen in ihre Muttersprache übersetzen zu lassen. Gleichzeitig kann sich jeder Bürger und jeder Staat in einer der Amtssprachen an die Gemeinschaftsorgane wenden und hat Anspruch auf Antwort in der gleichen Sprache. Auch werden alle Verordnungen und Schriftstücke der Gemeinschaft sowie das Amtsblatt zeitgleich in allen Amtssprachen publiziert. Dadurch soll die Gleichbehand-

lung aller EU-Bürger zum Ausdruck gebracht werden.

In der Praxis existiert jedoch durch die Verwendung von Englisch und Französisch als (inoffizielle) Arbeitssprachen häufig eine Ungleichbehandlung, die sich auch zuungunsten der am meisten verwendeten Muttersprache auswirkt.

In der externen Kommunikation der EU-Organe tritt eine Benachteiligung von deutschsprachigen EU-Bürgern - muttersprachlich oder fremdsprachlich - auf, wenn sie nicht auch fließend Englisch und Französisch sprechen, und dies obwohl sie die größte Sprachgruppe der EU bilden. So werden wirtschaftsrelevante Daten fast ausschließlich in Englisch und Französisch veröffentlicht. Die EU-Wirtschaftsdatenbanken arbeiten vorwiegend mit diesen Sprachen und selbst die 240.000 Ausschreibungen der EU-Kommission erscheinen zunächst nur in Englisch und Französisch. Hier sind kleine und mittlere Betriebe stark benachteiligt, weil sie die umfangreichen und mit schwierigen Fachwörtern versehenen Texte in der Regel erst kostenpflichtig übersetzen lassen müssen, um am Verfahren teilzunehmen.

Wenn es Ziel der Europäischen Union ist, mehrere viel gesprochene Sprachen so zu etablieren, dass sie von möglichst vielen EU-Bürgern beherrscht werden, so kann und darf dies nicht zur Konsequenz haben, dass die meist gesprochene EU-Sprache hierbei nur eine völlig untergeordnete Rolle spielt.

Schon derzeit sprechen 32% der EU-Bürger Deutsch. Damit sprechen schon vor der EU-Erweiterung so viele Menschen Deutsch wie Spanisch (15%) und Italienisch (18%) zusammengekommen. Gerade ein sich erweiterndes Europa muss daher die deutsche Sprache den Sprachen Französisch und Englisch ausnahmslos gleichstellen. Wenn Französisch, das von 28% der EU-Bürger als Mutter- oder Fremdsprache gesprochen wird, Arbeitssprache ist, muss dies für Deutsch, insbesondere in Blick auf die bevorstehende Erweiterung durch die osteuropäischen Beitrittskandidaten, bei denen Deutsch traditionell als Fremdsprache sehr verbreitet ist, auch gelten.

Begrüßenswert ist es, dass die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Ländern die Zahl der Plätze in Sondersprachkursen für EU-Mitarbeiter und Spitzenbeamte erhöht hat und dass auch für Beamte aus den Beitrittsländern Sprachkurse angeboten werden. In Anbetracht der Tatsache, dass derzeit nur ein Prozent der Kommunikation von EU-Beamten nach außen auf Deutsch geführt wird müssen die Bemühungen, die Zahl der Deutsch sprechenden EU-Beamten zu erhöhen dennoch deutlich verstärkt werden. Die Bundesregierung ist hier gefordert, nach geeigneten Möglichkeiten zu suchen.

2. Verstärkte Förderung von Deutsch als lernbare Sprache im Ausland

Die Verbreitung von Deutsch als

Fremdsprache im Ausland ist von ganz zentraler Bedeutung. Durch die Sprache wird eine Beschäftigung mit dem Land, den Menschen und der Kultur erreicht. Die Sprachkenntnis steigert das Verständnis zu unserem Land und weckt Interesse, dieses Land auch kennen zu lernen, wovon nicht nur die Tourismusindustrie profitiert. Ein ausländischer Geschäftsmann wird eher und leichter ein Geschäft mit einem deutschen Unternehmen abschließen, wenn er sich in der Sprache seines deutschen Geschäftspartners verständigen kann.

Wenn die Integration für Zuwanderungsberechtigte sinnvoll und erfolgreich sein soll, muss das Erlernen der deutschen Sprache so früh wie möglich beginnen, nach Möglichkeit also schon im Heimatland. Deshalb müssen die Angebote für Zuwanderungsberechtigte und Einwanderungswillige in wesentlich stärkerem Umfang angeboten werden, als dies bisher der Fall ist.

In der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der CDU/CSU "Verbreitung, Förderung und Vermittlung der Deutschen Sprache" (Bundestags-Drucksache 14/ 5835) hat die Bundesregierung erklärt, es bestehe nach wie vor Interesse am Erlernen von Deutsch als Amtssprache. Insbesondere in den osteuropäischen Staaten sei die Bereitschaft, Deutsch zu lernen, sehr hoch. Dem hingegen sei das Interesse an Deutsch innerhalb der EU-Staaten auf das Niveau Ende der 80er Jahre gesunken. In Frankreich sei die

Zahl sogar weiter gesunken. Gerade im Hinblick auf die Bedeutung der deutschfranzösischen Beziehungen ist dieser Rückgang besorgniserregend.

Die Bundesregierung ist laut Antwort auf die Große Anfrage (Drs. 14/ 5835) daran interessiert, dass möglichst viele Menschen in möglichst vielen Ländern Deutsch lernen. In besonderem Maße gelte dies für Länder, mit denen Deutschland besonders enge politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen pflege. Sollte sich diese Auffassung nicht geändert haben, ist es unbedingt geboten, gerade auch innerhalb der Europäischen Union noch stärkere Anstrengungen zu unternehmen, um Deutsch als Fremdsprache zu stärken und zu verbreiten.

Der Staat und seine Verantwortung für die Kultur

(von Dr. Norbert Lammert, MdB)

Welche Verantwortung ein Staat für seine Bürger hat, ergibt sich keineswegs von selbst: Historisch betrachtet kennen wir höchst unterschiedliche Verhältnisse, systematisch gibt es verschiedene, jeweils begründete Erwartungen, und rechtlich hat auch der Staat nur die Verpflichtungen, die er verbindlich eingegangen ist.

Die authentische Form staatlicher Selbstverpflichtung ist die Verfassung. "Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demo-

kratischer und sozialer Bundesstaat. ... Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden." (Artikel 20 GG) Das Grundgesetz verpflichtet diesen deutschen Staat ausdrücklich auf die Demokratie, den Sozialstaat, den Bundesstaat und den Rechtsstaat. Von Kulturstaat ist hier keine Rede. Es hat – auch im Blick auf aktuelle Auseinandersetzungen – einen spröden Reiz, daß der Föderalismus in der gesamtstaatlichen Verfassung fest verankert ist, der Kulturstaat dagegen nicht.

Was immer dazu noch zu sagen ist: Tatsächlich scheint das Interesse an der Behauptung von Kompetenzen bei Bund und Ländern gelegentlich noch ausgeprägter als an ihren jeweiligen Aufgaben.

Sie werden von mir hoffentlich keine abschließenden Erklärungen zu dem vereinbarten Thema erwarten, das nicht so harmlos ist, wie es sich anhört. (Der erste bundesdeutsche Kulturstaatsminister, Michael Naumann, hat in diesem Zusammenhang von "Verfassungsfolklore" gesprochen und damit aus einem eingebildeten Problem erst ein tatsächliches gemacht). Aber als Kulturpolitiker will ich gerne einige Anmerkungen machen zu dem Verhältnis von Staat und Kultur, Politik und Kunst. Mein Verständnis dieser Beziehung läßt sich in vier Hauptsätzen zusammenfassen, die ich anschließend in einigen Nebensätzen ergänzen, erläutern und verdeutlichen will:

Der Staat ist für Kunst und Kultur verantwortlich.

Der Staat ist nicht für Kunst und Kultur zuständig.

Der Streit zwischen Bund und Ländern über die sogenannte "Kulturhoheit" ist ebenso unnötig wie abwegig.

Das Verhältnis von Politik und Kunst ist schwierig und muß es bleiben.

Der Staat, jeder Staat hat eine kulturpolitische Verantwortung. Wie weit oder eng auch immer der Staat seine Aufgaben versteht, er ist für die Lebensbedingungen seiner Bürger verantwortlich. Daß dazu innere und äußere Sicherheit, Polizei und Armee, Krankenhäuser und Kasernen, Straßen und Bäder, nicht aber Sprache, Traditionen und Geschichte, also die Kultur eines Landes gehören, ist eine absurde Vorstellung.

Zu den staatlichen Aufgaben gehört auch die Verantwortung für Kunst und Kultur. Das Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland als Kulturstaat hat im Einigungsvertrag, also im Kontext der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands, erstmals ausdrücklich seinen verfassungsrelevanten Ausdruck gefunden.

In einer modernen Gesellschaft wächst der Bedarf an Kunst und Kultur – und das Interesse offensichtlich auch. Nie waren Angebot und Nachfrage so breit wie heute, auch wenn die Ernsthaftigkeit sowohl bei An-

biotern wie bei Nachfragern, bei Produzenten wie bei Konsumenten nicht immer über jeden Zweifel erhaben ist. Kunst muß sich weder über Märkte organisieren noch durch Preise als Maßstab der Bewertung definieren. Aber nicht alles, was sich nicht rechnet, ist große Kunst. Und das große Publikumsinteresse an Festivals und Premieren ist offensichtlich nicht allein der Kunst geschuldet.

Kultur ist ein Standortfaktor. Die Attraktivität von Städten und Regionen bestimmt sich immer stärker durch ihre Kunst und Kulturszene – nicht nur für Touristen, sondern vor allem für die Menschen, die dort leben und arbeiten. Nimmt man die öffentlichen, privatwirtschaftlichen und gemeinnützigen Aktivitäten zusammen, erzielt der Kultursektor in Deutschland nach einer Schätzung des Arbeitskreises Kulturstatistik für das Jahr 2000 die stolze Wertschöpfung von 32,7 Mrd. Euro. Das entspricht etwa dem Sektor Energieversorgung mit 34,3 Mrd. Euro, ist fast so hoch wie der Chemiesektor (39,2 Mrd. Euro) und wesentlich höher, als klassische Wirtschaftszweige wie Landwirtschaft, Bergbau oder Stahlindustrie.

Kultur rechnet sich. Alle einschlägigen ökonomischen Studien belegen den Zusammenhang von Kultur- und Wirtschaftsförderung. Die Ausgaben für Kunst und Kultur fließen direkt und indirekt in die jeweilige heimische Wirtschaft zurück. Aber ein Staat, der Kulturförderung als eine besondere Form der Wirt-

schaftsförderung mißversteht, bleibt weit hinter den Ansprüchen zurück, die ein Kulturstaat für sich gelten lassen muß.

Es gibt viele große Kulturnationen. Aber es gibt nur wenige Staaten, die für Kunst und Kultur absolut und relativ so viele öffentliche Mittel einsetzen wie Bund, Länder und Gemeinden in Deutschland. Über 90 % der Kulturausgaben in Deutschland werden aus staatlichen Haushalten aufgebracht, weniger als 10 % von Privatpersonen, gemeinnützige Organisationen und Sponsoren, deren Anteil an der Gesamtfinanzierung maßlos überschätzt wird. In den USA sind die Relationen beinahe umgekehrt: Kunst- und Kultur-Förderung wird dort als private, in Deutschland als öffentliche Aufgabe verstanden. Es gibt in Deutschland fast so viele Sinfonie-Orchester wie im Rest der Welt zusammen, allein in Berlin acht in der höchsten tariflichen Besoldung.

Von 8,3 Mrd. Euro öffentlicher Kulturfinanzierung im Jahr 2002 innerhalb der Bundesrepublik Deutschland insgesamt gaben die Gemeinden 3,6 Mrd. Euro (43 %), die Länder 3,8 Mrd. Euro (47 %) und der Bund 844 Mio. Euro (10 %) aus. Dazu kommen mehr als 1 Mrd. Euro an Bundesmitteln für Programme und Projekte der Auswärtigen Kulturpolitik, die hauptsächlich über das Auswärtige Amt vergeben werden.

Die öffentliche Kulturfinanzierung innerhalb Deutschlands ermöglicht damit etwa 630.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Kultursektor.

Interessant ist im übrigen auch ein Blick auf die Kulturausgaben pro Kopf in den verschiedenen Ländern der Bundesrepublik, die ein bemerkenswertes Süd-Nord- und zugleich Ost-West-Gefälle erkennen lassen, das mit der Größe und Wirtschaftsstärke der jeweiligen Bundesländer ganz offensichtlich nicht und schon gar nicht alleine zu erklären ist.

Der Staat tut viel für die Kultur in Deutschland und dennoch zu wenig. In manchen wichtigen Bereichen, z.B. der Denkmalpflege, den Bibliotheken, der kulturellen Bildung, der Sprach- und Übersetzungsförderung bleibt er hinter seinen Möglichkeiten zurück – auch deshalb, weil er an manchen Stellen des Guten zu viel tut:

Der Repräsentationsaufwand der sogenannten großen Häuser ist nicht nur in den Bundes- und Landeshauptstädten beachtlich. Manche aus Steuergeldern finanzierten Intendanten- und Chefdirigentenverträge sind eher schamlos als bescheiden.

Kunst- und Kulturpreise schießen in Deutschland wie Pilze aus dem Boden, wobei inzwischen zum Teil groteske Preissummen ausgelobt werden, deren Höhe zur Bedeutung der Preise manchmal in einem umgekehrten Verhältnis steht.

Kein Zweifel: Öffentliche Ausgaben müssen sich rechtfertigen, Kulturausgaben auch. Zur Konsolidierung öffentlicher Haushalte sind Kulturretats dagegen völlig ungeeignet: Dafür ist ihr Anteil an den Gesamtausgaben zu gering und ihre Bedeutung zu hoch. Relativ zur Ge-

samtausgabe der öffentlichen Haushalte betragen die Kulturausgaben 1,7 % (Gemeinden 2,4 %, Länder 2,0 %, Bund 0,5 %). Dennoch hält sich hartnäckig die Fehleinschätzung, die Sanierung öffentlicher Haushalte fände vornehmlich durch Kürzung der Kulturausgaben statt. Die regelmäßige Versuchung ist nicht zu bestreiten, die tatsächlichen Verhältnisse sind glücklicherweise anders. Auch in Zeiten massiver Haushaltsprobleme bei Bund, Ländern und Kommunen werden in Deutschland weiter neue Museen und Konzertsäle gebaut, neue Festivals ins Leben gerufen und zusätzliche Preise gestiftet.

Dies gilt nicht nur für Berlin, wo alleine für die Museumsinsel innerhalb von zehn Jahren rund 1 Mrd. Euro ausgegeben werden. Es gibt nicht nur bedrohte, sondern auch neue Museen und Kultureinrichtungen. Neue Museen sind z. B. auch in München oder Stuttgart eröffnet oder im Bau, aber auch in kleineren Städten wie Herne oder Chemnitz. Im Ruhrgebiet, der Region mit der höchsten Arbeitslosigkeit und den größten Haushaltsproblemen in Westdeutschland, hat die Landesregierung gemeinsam mit der Region gerade ein großes, neues Kulturfestival ins Leben gerufen und mit 40 Mio. Euro für eine Triennale ausgestattet. Gleichzeitig entstehen innerhalb von fünf Jahren in drei Nachbarstädten mit jeweils überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit drei neue Konzertsäle. Zu wenig? Zu viel?

Die zutreffende Einschätzung der überragenden Bedeutung

von Kunst und Kultur für die Lebensqualität der Menschen und die Attraktivität von Städten und Regionen führt zu einem bemerkenswerten Überbietungswettbewerb zwischen Städten, Regionen und Ländern. Er ist im ganzen sicher produktiv und Voraussetzung der in der international beispiellos breiten und dichten Kulturlandschaft.

Glanz und Elend des deutschen Kulturföderalismus kommen aber auch zum Ausdruck in einem gelegentlich provinziellen Kompetenzstreit, der sich zuletzt in einer merkwürdigen "Entflechtungsdebatte" als abschreckendes Beispiel für die angestrebte Neuordnung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern dokumentiert hat. Für eine stärkere Abgrenzung der Zuständigkeiten von Bund und Ländern gibt es sicher gute Gründe. Daß sie im Kunst- und Kulturbetrieb besonders dringlich sei, ist nicht sehr plausibel. Warum Hochschulen, Wissenschaftsförderung, Küstenschutz und regionale (!) Wirtschaftsförderung verfassungsrechtlich fixierte Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern sind und bleiben sollen, die vorhandenen Kooperationen in der Kunst- und Kulturförderung dagegen dringlich "entflochten" werden müssen, ist weder nachvollziehbar noch überzeugend begründet. Daß am Ende einer erfolgreichen Entflechtung der Zuständigkeiten zur Förderung von Kunst und Kultur mehr Geld als bisher zur Verfügung stünde, ist jedenfalls eine treuherzige Vorstellung, die weder durch die Verfassungslage noch durch die

Haushaltslage von Bund und Ländern gedeckt ist. Der Streit zwischen Bund und Ländern um die sogenannte "Kulturhoheit" ist auch deshalb abwegig, weil das Verhältnis des Staates zu Kunst und Kultur kaum mißverständlicher ausgedrückt werden könnte als ausgerechnet durch diesen Begriff: ein Staat, der Kunst und Kultur mit hoheitlicher Gebärde begegnet, ist sicher kein Kulturstaat.

Der Kulturstaat kann seinen Ansprüchen nur genügen, wenn er von einer engagierten Bürgergesellschaft getragen und getrieben wird. Dies gilt sowohl für die innere Legitimation und Mehrheitsfähigkeit steuerfinanzierter Kulturausgaben als auch und erst recht für deren notwendige Ergänzung durch privatwirtschaftliche und gemeinnützige Aufwendungen. Mit dem gründlich reformierten Stiftungsrecht, vor allem dem neuen Stiftungssteuerrecht, bestehen dafür bessere Voraussetzungen, von denen glücklicherweise immer häufiger und in beachtlichen Größenordnungen Gebrauch gemacht werden.

Es gibt keine Hauptstadtkultur, aber hoffentlich eine lebendige Kultur in der Hauptstadt. Und ganz selbstverständlich muß ein Kulturstaat auch und gerade in seiner Hauptstadt erkennbar sein. Maßstab der Förderung ist nicht der Standort, sondern die Bedeutung einer Kultureinrichtung. Deshalb muß z.B. ein Deutsches Historisches Museum vom Bund gefördert werden, nicht weil es in Berlin seinen Sitz hat, sondern weil es

eine nationale Einrichtung ist. Aus den gleichen Gründen müssen Institutionen wie die Akademie für Sprache und Dichtung vom Bund gefördert werden dürfen, obwohl sie nicht in Berlin ihren Sitz haben. Bundeskulturförderung und Hauptstadtkulturvertrag genügen diesem Anspruch nicht immer.

Die sogenannte auswärtige Kulturpolitik ist weder ohne noch alleine durch staatliche Aktivitäten zu leisten. Ihre Aufgabe ist nicht die Förderung deutscher Kultur im Ausland, sondern die Vermittlung eines möglichst authentischen, d.h. pluralen und vitalen Bildes unseres Landes, seiner Sprache und Kultur. Auch deshalb plädiere ich nachdrücklich dafür, daß der Staat diese Aufgabe nicht selbst, sondern über Mittlerorganisationen wahrnimmt, die auf der Basis definierter Zielvorgaben ein möglichst hohes Maß an Entscheidungsautonomie brauchen und verdienen.

Es gibt ein Feld der Kunst und Kultur, das weit mehr als Musik, bildende Kunst und Architektur nationale Identitäten dokumentiert und damit eine besondere wie behutsame staatliche Verantwortung nahe legt: Die Sprache. Die gelegentliche Unterscheidung zwischen Alltagssprache, Schulsprache und Amtssprache mag in bestimmten Zusammenhängen nützlich sein, ist für den grundsätzlichen Zusammenhang aber belanglos. Alles andere als belanglos ist der offensichtliche Rückgang der internationalen Bedeutung der deutschen Sprache, die in der

Antwort der Bundesregierung auf eine große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion in der letzten Legislaturperiode konkret dokumentiert ist, die auch deswegen besondere Aufmerksamkeit verdient, weil sie das Interesse des Parlaments an dieser zentralen kulturpolitischen Aufgabe deutlich macht (Drs. 14/7250).

"Erst mit der Sprache geht die Welt auf", hat Hans-Georg Gadamer einmal klug bemerkt. In der Rechtschreibreform ist sie sicher nicht aufgegangen. Manche sehr deutsche Regelungswut war doch sehr übertrieben, manche Aufregung darüber allerdings vielleicht auch. Das Engagement der Akademie für Sprache und Dichtung verdient großen Respekt, auch wenn man nicht alle Besorgnisse teilt. Die Aussicht allerdings, daß die deutsche Sprache nach vielen Gefährdungen der Vergangenheit wie der Gegenwart auch die Herausforderungen durch die Kultusministerkonferenz überstehen wird, ist ebenso begründet wie beruhigend.

Es wäre schön und längst überfällig, wenn sich der Ehrgeiz der Länder in der Förderung von Kunst und Kultur wieder stärker in einem Aufgabenfeld niederschlagen würde, in dem die Zuständigkeit wie die Verantwortung der Länder völlig unbestritten ist: der kulturellen Bildung. Die Vermittlung von Grundlagen und Interesse an bildender Kunst und Musik, wenn eben möglich auch die Motivation zur eigenen aktiven künstlerischen Betätigung ist in den deutschen Schu-

len längst notleidend geworden. Der allgemein beklagte Unterrichtsausfall ist in den musischen Fächern eher überdurchschnittlich ausgeprägt, immer häufiger wird der Unterricht fachfremd erteilt, also ohne die unbestrittene Professionalität, die in geistes- und naturwissenschaftlichen Fächern für unverzichtbar gehalten wird. Für den Umgang mit Kunst und Kultur gilt aber natürlich in gleicher Weise, dass ohne Kenntnis auch kein Verständnis, ohne Motivation auch kein Engagement zu erreichen ist. Wenn aber bei Kindern und Jugendlichen das Interesse an Kunst und Kultur nicht nachwächst, dann vermindert sich unvermeidlicherweise in Zukunft sowohl das Angebot wie die Nachfrage für die künstlerischen Berufe sowie die großen und kleinen Kultureinrichtungen, deren Bestand keineswegs nur durch aktuelle Haushaltsprobleme ihrer Träger gefährdet sind. Der große und bunte Garten der deutschen Kulturlandschaft ist weniger in seinen Blüten bedroht als in seinen Wurzeln.

Es gibt einen Trend zur großen Kulturinszenierung, bei der das gesellschaftliche Ereignis den künstlerischen Anspruch überlagert oder verdrängt. Die Anzahl und Prominenz der Teilnehmer solcher Veranstaltungen steht oft im umgekehrten Verhältnis zu ihrer kulturellen Bedeutung. Dennoch gibt es keinen überzeugenden Anlaß, Kultur und Events für prinzipiell unvereinbar zu erklären. Ich habe nichts gegen Ereignisse, schon gar nicht im Bereich von Kunst

und Kultur, wenn es sich denn tatsächlich um solche handelt. Sie sind im übrigen nie an der Teilnehmerzahl zu erkennen. Aber es gibt sie natürlich: Die großen Theaterabende, die grandiosen Konzerte, die herausragenden Ausstellungen, die atemberaubenden Lesungen. Vorher weiß man fast nie, ob die jeweilige Veranstaltung ein Ereignis wird. Für die staatliche Förderung muß um so mehr der Grundsatz gelten: Fördern, was es schwer hat.

Der Staat ist nicht für Kunst und Kultur zuständig, sondern für die Bedingungen, unter denen sie stattfinden. Deshalb kann Kulturpolitik gar nicht anspruchsvoll genug sein und muß zugleich die Bescheidenheit einüben, zu deren Ende Heinrich Böll die Künstler seinerzeit aufgerufen hatte. Nirgendwo, in keinem anderen Bereich der Gesellschaft, ist die Distanz zum Staat so groß und so demonstrativ und zugleich die Erwartung der Alimentierung so ausgeprägt wie in der Kunst und Kultur. Das scheint intellektuell weder besonders zwingend, noch moralisch von bestechender Größe, aber es ist eine weit verbreitete Attitüde, die ihrerseits beinahe kunstvoll genannt werden kann. Worauf es aber allein ankommt: Sie ist berechtigt. Die Kunst hat einen Anspruch gegenüber dem Staat, soweit er denn Kulturstaat sein will, nicht aber der Staat gegenüber Kunst und Kultur. Der Kunst kann der Staat egal sein. Dem Staat die Kunst nicht.

Die wichtigste Aufgabe des Staates gegenüber Kunst und

Kultur ist allen Erwartungen zum Trotz nicht die finanzielle Förderung, sondern die Sicherung freier Entfaltungs- und Gestaltungschancen. Während finanzielle Mittel nicht nur durch staatliche Haushalte aufgebracht werden können, der Staat also insoweit prinzipiell ersetzbar ist, kann die Gewährleistung von freien Arbeitsbedingungen nur durch den Staat erfolgen.

Kunst hat keinen Zweck. Wofür auch immer sie in Anspruch genommen wird, ist ihr nicht wesentlich. Sie mag einen Zweck erfüllen, den sie nicht hat. Nur zweckfrei erfüllt sie ihren Zweck. Der Staat hat einen Zweck, die Kunst nicht. Deshalb benötigen Kulturpolitiker die Einsicht in die eigene künstlerische Bedeutungslosigkeit und die Souveränität, hartnäckig und fröhlich anderen die Bedingungen für die eigene künstlerische Arbeit zu sichern. Welche Gedichte und Romane geschrieben, wie Theater und Opern inszeniert, Bilder gemalt und Ausstellungen konzipiert werden, geht die Politik nichts an. Sie hat mit Urheberrecht zu tun, nicht mit Literatur, mit Künstlersozialversicherung, nicht mit bildender Kunst. Der Zweck der Kulturpolitik ist Kultur, nicht Politik.

Es bleibt schwierig. Politik und Kunst sind keine natürlichen Zwillinge. Ihr Verhältnis gilt allgemein als schwierig; es muß geradezu gespannt sein, um nicht unter Verdacht zu geraten. Völlig unabhängig von wechselseitigen Sympathien oder Antipathien beteiligter Künstler und Politiker geht es im Kern um die

Unvereinbarkeit der jeweiligen Orientierungen: Die Politik muß zu Kompromissen bereit und in der Lage sein, die Kunst nicht. Die Kunst riskiert mit der Bereitschaft zum Kompromiß ihre innere Legitimation, die die Politik umgekehrt verspielt, wenn sie in ideologischem Eifer die Fähigkeit zum Konsens durch Relativierung von Interessen verliert. Politik ist nicht mit ästhetischen Kriterien zu organisieren, die Kunst dagegen kann nicht nach politischen Gesichtspunkten stattfinden. Bemühungen, sich über diese jeweiligen Eigenesetzlichkeiten hinwegzusetzen, führen fast zwangsläufig zu offener oder verdeckter Zensur, Propaganda und/oder Protektion, für die es auch und gerade in der jüngeren deutschen Geschichte viele abschreckende Beispiele gibt.

Der große öffentliche Jubel bestätigt ebenso wenig den Rang eines Kunstwerkes wie umgekehrt eine breite Ablehnung seine Bedeutung widerlegen kann. Die Kunst ist frei, und individuelle Meinung über sie auch. Es gibt nicht nur eine Anmaßung der Politik gegenüber der Kunst, die nicht toleriert werden darf. Es gibt gelegentlich auch eine Anmaßung ausgewiesener wie selbsternannter Kunstsachverständiger gegenüber der Öffentlichkeit, das eigene ästhetische Urteil für das einzig möglich zu halten. Ich werbe seit Jahren für die Selbstverständlichkeit, daß die Kunst sich mit Politik und die Politik sich mit Kunst befassen muß. Allerdings akzeptiere ich nicht die Erwartung, daß das Verhältnis von Staat und Kultur,

Politik und Kunst schon dann überzeugend geregelt sei, wenn die Kunst dem Staat in kritischer Distanz, die Politik der Kunst dagegen in andächtiger Demut begegnet. Die wechselseitige Bereitschaft zur Toleranz, d. h. die Achtung von dem Urteilsvermögen und der Entscheidungsfreiheit des anderen, hebt das Spannungsverhältnis von Kunst und Politik nicht auf, aber sie macht es erträglich und manchmal sogar ertragreich.

Welche Kultur wir brauchen, weiß ich nicht genau, jedenfalls ist diese Frage nicht hoheitlich zu beantworten. Aber daß wir Kultur brauchen, der Staat und die Gesellschaft, und daß sie jeweils ihre eigene Verantwortung haben, und daß wir nur dann ein Kulturstaat sind, wenn wir diese Verantwortung wahrnehmen, daran gibt es keinen Zweifel.

(Vortrag vor der Frühjahrstagung der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, Jena, 8. Mai 2003, "Kultur und Staat. Welche Kultur brauchen wir?")

*Information:
Günter Nooke, Vorsitzender der
Arbeitsgruppe Kultur und Medien der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion/
Olaf S. Gehrke, Tel. (030) 227-52 712*

Aus den Ländern

Baden-Württemberg

Kulturfreundliches aus dem Bundesrat

Michael Sieber, Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, hat ausdrücklich begrüßt, dass auf der Sitzung des Bundesrates am 14. März 2003 mit der *Ablehnung des sog. Steuervergünstigungsabbaugesetzes* der Bundesregierung auch Gewinne aus der privaten Veräußerung von Kunstgegenständen keiner Steuerpflicht unterworfen werden. Diese Regelung hätte den Kunsthandel in Baden-Württemberg schwer beeinträchtigt.

Auf Initiative Baden-Württembergs hat der Bundesrat zudem eine Gesetzesvorlage zur Gemeinnützigkeit von Vereinen zur Förderung kultureller Einrichtungen der Länder und Gemeinden verabschiedet. Die Bundesratsinitiative bezweckt die Korrektur einer Neuregelung in der Abgabenordnung, die seit dem 1. Januar 2001 die Steuerbegünstigung von Spenden an Fördervereine daran knüpft, dass die geförderten Einrichtungen ihre Gemeinnützigkeit durch eine besondere Satzung darlegen. Immerhin hat das Bundesfinanzministerium die Anwendung der neuen Regelung bis zum Jahresende ausgesetzt. Sieber äußert sich zuversichtlich, dass der Deutsche Bundestag bis dahin diese Gesetzesinitiative übernehme. Als katastro-

phal hatte auch der kunstpolitische Sprecher der CDU-Landesfraktion Dr. Erwin Vetter die ursprünglichen Pläne der Bundesregierung bezeichnet, die steuerliche Abzugsfähigkeit von Unternehmensspenden abzuschaffen. Die Bundesregierung konterkarierte damit alle bisherigen Bemühungen, eine Kultur des Mäzenatentums und des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland zu fördern, so Vetter.

Pop-Akademie am Start

Im März 2003 hat die CDU-Landesfraktion grünes Licht für die erste deutsche Pop-Akademie gegeben (s. u. Seite 26): Sie sei ein "beispielhaftes Signal" für den Wirtschaftsstandort Mannheim/Rhein-Neckar, so CDU-Landtagsfraktionsvorsitzender Günther Oettinger und Staatsminister Christoph Palmer. Träger der Pop-Akademie sind das Land mit 33,5 %, die Stadt Mannheim mit 33,5 %, der Südwest-Rundfunk mit 9,5 %, die Firma Universal Music mit 8,5 %, die Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg mit 7,5 % und eine Mannheimer Unternehmensgruppe mit 7,5 %. Für die Studierenden sind Studiengebühren vorgesehen. Anbieten wird die Pop-Akademie 3-jährige Studiengänge, Musik-Business und Popmusik-Design mit dem Abschluss Bachelor sowie ein auf die speziell auf die Branche bezogenes Weiterbildungsangebot für Berufspraktiker.

Man orientiert sich dabei am erfolgreichen Modell der Berufs-Akademien. Geplant sei, jährlich 55 Studienanfänger auf-

zunehmen, beginnen will man im Oktober 2003.

Information: Dr. Erich Vetter, Kulturpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg, Tel. (07243) 14445; e-mail: buero.vetter@gmx.de

Hessen

Kunst und Kultur in Hessen auf höchstem Niveau sicherstellen

(Aus der Regierungserklärung von Ministerpräsident Roland Koch; 23. April 2003)

Immer wenn es um Lebensqualität geht, wollen wir Hessen vorn sehen. Dass wir hier auf einem guten Weg sind, zeigt ein weltweiter Vergleich der Lebensqualität in 215 Städten. Dabei belegt Frankfurt gemeinsam mit Sydney weltweit Platz Fünf und in Deutschland Platz Eins. Dafür, dass die Frankfurter und ihre Besucher die Lebensqualität in unserer Metropole so hoch bewerten, sind jedoch auch die so genannten weichen Standortfaktoren von zentraler Bedeutung. Dazu zählen insbesondere auch Kunst und Kultur. Hessen ist das Land der Theater, Museen und Festspiele. Ob die documenta Kassel, die Buchmesse in Frankfurt oder die vielen Welt-erbestätten der UNESCO in Hessen bzw. die Anwärtler darauf, sie alle stehen für die kulturelle Vielfalt des Landes und das internationale Renommé der Kulturschaffenden. Wir werden diesen Ruf auch in Zeiten knapper Kassen im bestverstandenen

Sinne einer Public Private Partnership gemeinsam zu verteidigen wissen. Weil wir uns an einem engen finanziellen Rahmen orientieren müssen, können wir - wie dies auch in der Vergangenheit immer wieder der Fall war - nicht alles fördern. Mit der Fortschreibung unseres Kulturinvestitionsprogramms haben wir aber hervorragende Voraussetzungen, mit einem finanziellen Kraftakt Kunst und Kultur in Hessen auf höchstem Niveau sicherzustellen.

Dazu gehört auch, dass wir uns derzeit engagiert darum bemühen die Theater Biennale von Bonn ins Rhein-Main-Gebiet zu holen. Dies ist eine ideale Chance die Kulturvielfalt der Rhein-Main-Region weiter zu bereichern.

Auf Zustimmung der CDU-Fraktion ist die Initiative des Hessischen Rundfunks gestoßen, mit der Reihe "Kultur kontrovers" das kulturelle Angebot zu erweitern.

Information: Eva Kühne-Hörmann, MdL, Kulturpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Hessen, Tel. (0611)350-709

Niedersachsen

Kunst und Kultur bleiben Pflicht

(Aus der Regierungserklärung von Ministerpräsident Christian Wulff; 4. März 2003)

Die Förderung von Kunst und Kultur bleibt gemeinsame Auf-

gabe des Landes und der Kommunen. Gleichzeitig begrüßen wir die Beiträge der Wirtschaft und des privaten Sektors zur Bereicherung des Kulturlebens in Niedersachsen. Neue Formen des Kultursponsorings unterstützen wir ebenso wie attraktive Anreize zum weiteren Ausbau des Stiftungswesens.

Wir wollen die kulturelle Infrastruktur unseres Landes stärken. Dabei wird der ländliche Raum fair behandelt. Für die Erhaltung unserer Städte und Ortsbilder werden wir uns einsetzen und die Denkmalbesitzer bei der Pflege historischer Bausubstanz unterstützen.

Kreativitätsförderung für Kinder und Jugendliche wollen wir landesweit weiterentwickeln vor allem in der Kinder- und Jugendkulturarbeit. Dazu soll haupt- und ehrenamtliches Engagement bei Kunstschulen, Theatern, Bibliotheken, Museen und Kulturvereinen in der Vernetzung vorhandener Angebote nachdrücklich unterstützt werden.

Neben Musikunterricht und Musikschulen bilden Laienmusikvereine das Fundament unserer Musikkultur. In unserem Land sind zahlreiche hervorragende Festivals und Initiativen beheimatet, die zu einer Initiative "Musikland Niedersachsen" verknüpft werden sollten.

Information: Katrin Trost, MdL, Kulturpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Niedersachsen, Tel. (0541)977 37 20

Sachsen

Kulturraumgesetz bis 2007

Die CDU-Fraktion hat beschlossen, das Kulturraumgesetz in der bestehenden Fassung bis 2007 fortzuführen. Der kulturpolitische Sprecher Roland Wöller betonte, das Gesetz mit einer Förderung auf hohem Niveau habe dazu beigetragen, wie sich Kunst und Kultur auf kommunaler Ebene und im ländlichen Raum weiter entwickeln könne.

Information: Roland Wöller, MdL, Kulturpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Sachsen, Tel. (0351)65 85 635; e-mail: Roland.Woeller@slt.sachsen.de

Sachsen-Anhalt

Aus dem Koalitionsvertrag

Eine Überprüfung der bisherigen Förderungspraxis sowie die sinnvolle und maßvolle Einbindung in neue interne und externe Partner zugunsten von Deregulierung, mehr Eigenverantwortlichkeit und Flexibilisierung der Mittelverwendung (Budgetierung) incl. Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen den Kultureinrichtungen und dem Land sieht der Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP in Sachsen-Anhalt vor. Die Landesregierung will prüfen, ob sich das Land für 2010 mit einem Standort für den Titel "Kulturstadt Europas" bewirbt. Zudem wollen die Koalitionspartner geeignete Initiativen unternehmen, um die "Kulturstiftung des

Bundes" in eine von Bund und Ländern gemeinsam getragene "Kulturstiftung des Bundes und der Länder" zu überführen (s. u. S. 31). Eingerichtet werden sollen ein Kultursenat aus Fachleuten der einzelnen Kulturbereiche und Persönlichkeiten aus Kunst und Kultur, ein Forum Wirtschaft, Kunst, Kultur und eine Kulturstiftung Sachsen-Anhalt, die beim Kultusminister ressortiert. Eigens behandelt werden kulturelle Bildung, Denkmalpflege, Musik. Vorgesehen ist im Abstand von 4 Jahren einen kulturwirtschaftlichen Bericht vorzulegen.

Information: Rainer Schomburg, MdL, Kulturpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt, Tel. (03943) 63 31 86, e-mail: rschomburg@smartvia.de

Schleswig-Holstein

Kulturwirtschaftsbericht vorlegen

Die Landtagsfraktion hat den Antrag gestellt, einen ersten Kultur-Wirtschafts-Bericht für Schleswig-Holstein vorzulegen. Die kulturpolitische Sprecherin Caroline Schwarz erklärte dazu, Kultur sei nicht nur Sahnehäubchen sondern auch Wirtschaftskraft; denn sie erzielte erhebliche Umsätze und Beschäftigungswirkung, sei arbeits- und personalintensiv, weise einen großen Bedarf an Kreativität, Wissen und Qualifikation auf, fordere in manchen Teilmärkten vergleichsweise geringe Investitionskosten zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, und unterstüt-

ze die Imagebildung der ganzen Region, auch mit Blick auf den Tourismus. Es gebe noch sehr viel Unwissende über die Zusammenhänge zwischen Kultur und Wirtschaft. Kulturwirtschaft habe im Gegensatz zur Umweltwirtschaft bisher kein eigenes Profil. Deshalb werde sie auch kaum wahrgenommen, und die Wachstums und Beschäftigungspotenziale der Kulturwirt-

schaft Schleswig-Holsteins sind noch nicht hinreichend bekannt, daher bedürfe es einer Bestandsaufnahme der Entwicklung aller Teilbereiche der Kulturwirtschaft.

*Information: Caroline Schwarz, MdB,
Kulturpolitische Sprecherin
der CDU-Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
Tel. (0431)988-1459/1400*

die uns alle beweglich macht. Ich glaube übrigens, dass die Depression, in die wir jetzt geraten sind, bloß weil weniger Geld zur Verfügung steht, vollkommen unangemessen ist und nur zeigt, wie starr diese Gesellschaft schon geworden ist, wie wenig kreativ und wie wenig visionär." (FR, 23.11.2002).

Wenn das alles so einfach wäre, daher als Kontrapunkt die FAZ vom 3. Dezember 2002 zur Orestie-Aufführung in den Münchner Kammerspielen. "Es lohnt nicht der Mühe, sich mit solch verludelter Totalität ausführlich zu befassen, zumal das Ensemble auch schauspielerisch kaum etwas zu bieten hat. Nach 5 ½ Stunden ist das Stück ersoffen, sind alle baden gegangen, zieht der Betrachter als begossener Pudel ab. Die Aufführung markiert den Tiefstand, auf dem die einst berühmten Münchner Kammerspiele inzwischen angeht sind."

Dass die deutschen Schriftsteller wiederum sich geschlossen gegen den Irak-Krieg ausgesprochen haben (Martin Walser: "Die besten Köpfe fallen auf diesen zweitklassigen Cowboy herein") oder des Kanzlers "Agenda 2010" kritisieren (darunter die unvermeidlichen Günter Grass und Klaus Staeck, SZ, 20. 05. 2003), überrascht ebenso wenig wie die Ablehnung von Joseph Roths "Radetzky marsch" durch Verlage, denen es natürlich nicht unter Nennung des wirklichen Urhebers ein Journalist zur Annahme zusandte (beides WELT, 31.03.2003).

Dass es um die ästhetische Bil-

KULTURPOLITIK IN DER PRESSE

Deutschland
Allgemeine Trends

Was ist Kunst, was ist Kultur?

In dieser alten Frage auch diesmal nichts Neues: Zwar hat die EKD eine neue Kulturdenkschrift vorgelegt (s. die FAZ vom 3. September 2002), es gibt sogar eine Oper über Angela Merkel: "Angela" (dazu die FAS vom 18. August 2002), nachdem wir vorher schon einmal eine Willy-Brandt-Oper hatten (dabei gehe es darum, so Regisseur Robert Lehmeier, zu zeigen, dass im Lebenslauf der Heldin "durchaus eine opergerechte Fallhöhe angelegt sei") und dass ohne Festivals und Konzerthäuser die Kultur keine Zukunft habe, behauptet die SZ vom 31. August 2002: "Bald werden, das zeigt das Beispiel Ruhrpott, Städte ohne international ausgerichtetes Festival kulturell das Nach-

sehen haben." Mut macht da Kulturstaatsministerin Christina Weiss: "Hier sehe ich vor allem die Kunst, die das leisten kann: Sie lehrt uns, mit Vielfalt umzugehen, sie ist in einem ganz buchstäblichen Sinne welteröffnend und insofern das beste Mittel gegen die Angst vor dem, was anders ist. (...) Ich fordere Respekt vor den Künsten, vor dem, was Künstler nicht auch zuletzt für die Gesellschaft tun. Es war zu lange selbstverständlich, dass wir ein vorbildlicher Kulturstaat sind. Man muss wieder öffentlich über Bücher-Neuerscheinungen reden; man muss sich über Theaterinszenierungen streiten; man muss ebenso wissen, dass es jenseits von Konsum und Kommerz, jenseits von Klassik und Tradition, auch eine künstlerische Entwicklung gibt,

dung nicht besonders steht, macht ein Leserbrief in der FAZ vom 29. März 2003 wieder einmal deutlich: "Viel Exponate bundesdeutscher Kunstausstellungen, all diese Schrottarrangements und Schneidbrennerarbeiten erziehen tatsächlich nicht oder allenfalls zur Sekundärrohstoffeffassung - vielleicht belegt das aber nur, dass es sich um Kunst gar nicht handelt.

Auch bedeutende Kunstwerke, das ist unbestritten, vermitteln oft weder eine moralische noch soziale noch politische Botschaft und wirken ausschließlich ästhetisch – dass aber ästhetische Bildung nicht zur Erziehung gehört, das ist die Lüge des heutigen Schulsystems (...)." Der britische Kulturstaatssekretär Kim Howell ist jedenfalls erschüttert ("Wenn das das Beste sein soll, was britische Künstler vorbringen können, ist die britische Kunst verloren!", FAZ, 02.11.2002), Dirk Schümer, Thea Dorn und Elke Heidenreich moderieren neue Büchertalks, aber Maxim Billers "Esra" bleibt weiterhin verboten; Weimar muss sein Stadtmuseum dichtmachen (SZ, 02.05.2003: "Das Fest ist bald aus") und in Köln spielt eine "Seifenoper" um die unkonventionelle Absage an die Luzerner Theaterdirektorin Barbara Mundel (SZ, 02.05.2003).

So wichtig, dass sich dort amerikanische, spanische britische Politprominenz sehen lässt, dürfte "Oberhausen" allerdings nicht sein (zur Rücknahme des "Hausverbots" s. die SZ vom 2. April 2003), der Begriff "europäische Kultur bleibt schwam-

mig wie eh und je (s. die Betrachtung in der SZ vom 11. April 2003: "Das hartgekochte Weichei". Was Kultur nicht sein darf: Ein europäischer Fluchtversuch"), unklar bleibt auch, ob der Wechsel der Flick-Sammlung nach Berlin etwas mit Kunst oder eher etwas mit Moral zu tun habe, so jedenfalls die Alternative in der SZ vom 10.01.2003.

Mit Personen verbinden sich halt immer neue Perspektiven: so sinniert die FAZ (30.04.2003) anlässlich des Rücktritts von Christoph Stölz vom Berliner CDU-Landesvorsitz darüber, wie er sich "programmatisch einbinden" könnte: "Um ein überzeugendes kulturpolitisches Programm ist die Bundes-CDU in der Tat derzeit verlegen (...) Möglich wäre auch, dass der Bundesvorstand sich eine wortmächtigere Präsenz auf der kulturpolitischen Ebene vorstellen könnte (...)." Darum ist auch die Frage nicht unberechtigt, warum die Wirtschaft die Künstler braucht, so die FAS vom 9. März 2003 und gibt die Antwort: "Weil Unternehmen von Anlegern, Mitarbeitern und Kunden nicht mehr allein nach ökonomischen Kennziffern bewertet sondern auch nach ihrem gesellschaftspolitischen, ökologischen und sozialen Verhalten gefragt werden (...). Weil sich die Karriere von Personen und Produkten nicht mehr langfristig planen lassen, weil das Unkalkulierbare einkalkuliert werden muss. Weil es angeblich die nicht linear funktionierenden Künstlerhirne sind, die die Wirtschaft das Vorausschauen auf das Unvorher-

sehbare lernen können. Die künstlerische Avantgarde soll also nicht mehr das schlechte Gewissen der Gesellschaft sein, sondern die Forschungs- und Entwicklungsabteilung der Wirtschaft: Gerade erst hat die Old-Economy sich nach dem Abstoß der New-Economy der Richtigkeit altbewährter vernünftiger Methoden schadenfroh vergewissert, da feiert die Wirtschaft noch einmal die "Spinner, Exzentriker, Querdenken" als "Meister des Geschäftserfolgs."

Und damit liegt die Frage auf der Hand, wie es um unsere Kulturreferenten steht; im April 2003 eröffnete die SZ eine Serie über Kulturreferenten, den Anfang machte Münchens Lydia Hartl, mit der die SZ nicht sehr glücklich ist (23. April 2003): "So wenig sich Lydia Hartl greifen lässt, zwei Dinge sind unbestreitbar: Ihre Unfähigkeit zu kommunizieren und ihre Planlosigkeit. So wie es nach zwei Jahren Hartl aussieht, ist es ein Unglück für München, dass der Posten des Kulturreferenten nur alle sechs Jahre vergeben wird." Thomas Flierl kommt besser weg (SZ, 14.05.2002), er möge "inzwischen zu einem der angesehenen Kultursenatoren Berlins seit der Wende geworden sein, aber er ist bestimmt der machtloseste unter ihnen (...) Wo Flierls Schmerzgrenze liegt, ist nicht zu erfahren. Nur eines scheint sicher: Wenn er scheitert, wird Thomas Flierl uns genau erklären können, woran es lag." Hingegen bleibt das Portrait der Kölnerin Marie Hüllenkremer ("Kultur-Marie") unpersönlich (SZ, 25.05.2003); nur dass sie sparen muss, ist klar.

Baukultur

Stiftung geplant

Zum Abschluss des "1. Konventes Baukultur" und der dort angekündigten Stiftung Baukultur, s. den Bericht in der WELT vom 8. April 2003. Die Stiftung will ein "baukulturelles Klima" schaffen. Zur Generierung des Stiftungskapitals ist neben einem Engagement des Bundes eine "100-Euro-Aktion" geplant, die sich an alle eingetragenen Architekten und Ingenieure richtet; spenden weniger als 75.000 von 150.000, soll die Stiftung als gescheitert gelten (FAZ, 08.04.2003; s. auch SZ, 07.04.2003).

Bildung

Gesetz zur kulturellen Bildung

Ein Gesetz zur kulturellen Bildung haben die Kulturdezernenten der Städte Bochum, Essen, Herne, Wuppertal und Krefeld angeregt. "Damit soll nicht nur die kulturelle Bildung gestärkt, sondern auch die kulturelle Grundversorgung in NRW gesichert werden", so Essens Kulturdezernent Oliver Scheytt.

In den beabsichtigten Ausbau von Ganztagsbetreuung für Kinder und Jugendliche müsse auch die kulturelle Bildung mit einbezogen werden. Daher soll die Arbeit von Musikschulen und Bibliotheken, die das Angebot von Schulen und Kindergärten qualifizieren und ergänzen, zur Pflichtaufgabe der Gemeinden werden (SZ, 04.11.2002).

Buch

Schlechte Stimmung

Die Stimmung der Branche ist schlecht. Der Umsatz im deutschen Buchhandel, der seit 1991 kontinuierlich gestiegen war, ging 2000 auf 2001 (erstmal seit Einführung der Branchenstatistik 1976) um 0,1 % zurück (FAZ, 15.12.2002), 2002 wurde mit einem leichten Umsatzrückgang von etwa 2 % gegenüber 2001 abgeschlossen (als Folge der schlechten Wirtschaftslage).

Bis 2006, so die Hypo-Vereinsbank, würden die Geschäfte stagnieren. Die 90.000 Titel, die allein in 2001 auf den Markt gebracht wurden, sind offenbar zu viel. Daher denken alle Verlage darüber nach, ihr Programm zu straffen. Die Krise lässt sich auch an der Frankfurter Buchmesse selbst ablesen. Insgesamt präsentierten sich 6.284 Aussteller, das bedeutet einen Rückgang von fast 5 %. Hugendubel, zweitgrößter Buchhändler Deutschlands, verordnete 90 % seiner Belegschaft in allen 98 Filialen Kurzarbeit. (SZ, 08.10.2002).

Dazu die WELT vom 19. Dezember 2002: "Müde schleppt sich der Buchhandel, dessen Umsatzgröße ungefähr dem von ALDI Süd entspricht, dem Fest entgegen (...) Düstere Aussichten? Ach nein, es gibt ja einen Börsenvereinsvorsteher. Der heißt Dieter Schormann, trägt bunte Schals und schrille Brillen und versteht sich aufs schön reden. 2002 sei zwar nicht so gelaufen, gibt er zu. Nächstes Jahr könnte man aber auf 2 % plus hoffen. Wie schön. Alles wird gut."

In der FAZ vom 28. April

2003 empfiehlt Rainer Groothuis (vormals Wagenbach): "Entscheidend für die Zukunft wird (...) sein, daß die Anzahl der Titel, insbesondere der austauschbaren, drastisch reduziert wird (...) Die Buchhandlungen werden lernen müssen, daß mit trostloser Präsentation, ideenloser Werbung und einem austauschbaren Angebot Kunden unzufrieden ausbleiben."

Ob da das "schnellste Buch der Welt" wirklich weiterhilft, muss derzeit ebenso offen bleiben (vgl. SZ, 25.04.2003: "Das Brummen der Eintagsfliege im Buchkörper") wie die Frage, ob die Verlagsfusion der Ullstein Heyne List-Gruppe durch Bertelsmann dem deutschen Buchmarkt wirklich gut tun werden; das Kartellamt hat sich jedenfalls gerührt (FAZ, 23.05.2003; vgl. 15.05.2003).

Frankfurter Buchmesse: Vorerst doch in Frankfurt

Die Frankfurter Buchmesse (die Zahl der Besucher lag mit 265.000 deutlich unter der vor zwei Jahren: 300.000; gegenüber 2001 liegt allerdings ein Besucheranstieg von 2,6 % vor) bleibt nun doch in Frankfurt (FAZ, 21.01.2003): eine "absurde Diskussion" nennt das ganze Theater die 'WELT' vom 9. April 2003 im Rückblick: "Das alles hätten sich die Verantwortlichen ersparen können. Sie wären nicht zu den Witzfiguren geworden, die sie zeitweilig waren." Auch beworben hatten sich München, Berlin und Köln.

Der Kanzler und Böll

Bei der Vorstellung der neuen Heinrich-Böll-Gesamtausgabe

war natürlich auch Bundeskanzler Gerhard Schröder wieder einmal anwesend, der seine Begeisterung für Literatur kaum verbergen kann. Dazu die WELT vom 02. November 2002: "Kaum hat er einen schmerzhaften Sparskurs, schwärmt er öffentlich vom großen Erzähler der ‚kleinen Leute‘, die den "bitteren Verhältnissen ein Leben in Würde und ein bisschen Glück" abtrotzten (...) Gewiss, Böll hat das geistige Klima der alten Bundesrepublik in hohem Maße mit geprägt, und es gibt Grund, ihm auch offiziell Dank abzustatten. Aber nicht für eine glückliche Kanzlerrede, die offensichtlich nur dem Zweck dient, Schröders zur Zeit schlechtes Image aufzupolieren."

Schwarze Zahlen

Die Leipziger Buchmesse hat in 2003 erstmals schwarze Zahlen geschrieben (WELT, 19.03.2003).

Denkmalschutz

Konsequent umsteuern

6.500 Bauwerke waren zum Tag des offenen Denkmals am 08. September 2002 angemeldet, 500 mehr als in 2001. Aus diesem Anlass widmete sich die WELT vom 7. September 2002 der "tatsächlichen Lage des Denkmalschutzes": "In zahlreichen Bundesländern ist der Abbau des Denkmalschutzes in vollem Gange (...). Bemerkenswert an dieser Demontage des Denkmalschutzes ist der Versuch, sie mit den Erfordernissen des wirtschaftlichen Aufschwungs zu begründen. Denn die Hauptnutznießer des Neubaus sind in zu-

nehmendem Maße Generalübernehmer. Der mobilisierende Effekt für den handwerklichen Mittelstand, der von Mittelzuweisung an den Denkmalschutz ausgeht, und einer von der hessischen Wissenschaftsministerin in Auftrag gegebenen Untersuchung das neunfache an Investitionen auslöst, wird dabei jedoch verschenkt (...). Richtig angepackt, könnte der Denkmalschutz zu einem Motor des wirtschaftlichen Aufschwungs werden. Es ist offensichtlich nicht die Trägheit der Bevölkerung sondern der Politik, die ein konsequentes Umsteuern in den Fragen der Stadtentwicklung und der Bestandpflege noch immer blockiert."

Politikfähig bleiben

Im November 2002 hat die von NRW-Kulturminister Michael Vesper gegründete Denkmalkommission, die sich im Mai 2002 konstituiert hat, ihren "ersten Ergebnisbericht" vorgelegt. Darin geht es darum, auch in Zeiten knapper Kassen politikfähig zu bleiben. Drei Vorschläge werden konkret geäußert:

1. sollen "Weiterbildungsangebote intensiviert" werden,
2. sollen junge Leute auch ein freiwilliges Jahr der Denkmalpflege leisten können,
3. eine Denkmalpädagogik, die nach dem Vorbild der Museumspädagogik entwickelt wird.

Ein weiterer Abschnitt der Empfehlung betrifft ein neues Moderationsverfahren, das bei herausragenden Streitfällen der Denkmalpflege und der "Stadtbaukultur" eingeleitet werden soll. Allerdings kommentiert die

FAZ vom 22. November 2002 eher negativ, was den Minister betrifft. Vorschläge "kommen ihnen gelegen, um rhetorische Schönwetterwolken und sonnige Good-will-Bekundungen über der überaus trüben Praxis aufziehen zu lassen, die seit seinem Amtsantritt vorherrscht. Denn in keinem der Konfliktfälle der letzten Jahre hat der Minister im Sinne des Denkmalschutzes entschieden (...).

Erinnerungskultur

Gesamtkonzept gefordert

Günter Nooke, Sprecher für Kultur und Medien der CDU/CSU-Fraktion, fordert eine nationale Erinnerungs- und Gedenkstättenkultur. Dafür müsse es ein Gesamtkonzept von Bund und Ländern geben, wonach alle Gedenkstätten zusammenwirken. Es gehe zudem nicht an, dass sich der Bund für die Erinnerungen an den Volksaufstand des 17. Juni und den Mauerbau am 13. August nicht zuständig fühle.

Die Berliner-Mauer-Gedenkstätte gehöre ebenso in die Bundesägide wie auch die Gedenkstätte Hohenschönhausen.

Restaurator schützen

Bayerns Staatsminister Kurt Faltlhauser will die Berufsbezeichnung "Restaurator" rechtlich schützen lassen (WELT, 09.12.2002).

Film

Kulturtechnik "Film"

Das Verstehen von Film gehöre zu den Kulturtechniken des 21. Jahrhunderts, so Kulturstaats-

ministerin Christina Weiss, auf der Internationalen Konferenz zur "Medien- und Filmerziehung an Schulen Europas". Die Bundesregierung wolle sich um die "Medien- und Filmerziehung der Jugend" verstärkt bemühen (FAS, 08.12.2002). Dabei gehört der Satz: "Jetzt wollen wir mal einen Film sehen." zu den liebsten Ausreden, keinen Unterricht machen zu müssen.

Neues Filmförderungsgesetz

Im Februar 2003 hat sich das Bündnis für Film weitgehend auf die Grundsätze für ein neues Filmförderungsgesetz geeinigt, das zum 1. Januar 2004 in Kraft treten soll. Vorgesehen ist u. a. eine stärkere Förderung der Filmvermarktung, eine höhere finanzielle Beteiligung von Fernsehanstalten und Kinobetreibern an der Filmförderungsanstalt und eine bessere Vertretung des deutschen Films im Ausland (WELT, 27.02.2003). Weitere Einzelheiten WELT vom 25. Februar 2003. In Kraft treten soll es zum 1. Januar 2004 (SZ, 27.02.2003). Das ist auch dringend nötig, weil es wieder kein deutscher Film nach Cannes geschafft hat.

Insgesamt kommt die FAZ zu dem Ergebnis: "Es geht bei der Novellierung des Filmförderungsgesetzes nicht bloß um eine Handvoll Zuschauer mehr, sondern um eine klare Perspektive für den deutschen Film. Wenn die staatliche Landschaftspflege nicht zur brachialen Flurbereinigung führen soll, und an ihren Folgen kleine und vielleicht auch einige mittlere Unternehmen verschwinden, dann muss

ich erst einmal zur Kenntnis nehmen, wie die Landschaft aussieht, der man Sicherheit verschaffen will. Ein Markt, der wie in den Vereinigten Staaten Angebot und Nachfrage im Kino regulierte, gibt es nicht. Statt dessen gibt es neben den Länderförderungen eine Filmförderung des Bundes, die im Kanzleramt ressortiert, und den verwaschenen Begriff 'Kulturgut' zumindest notdürftig definieren muss – andernfalls könnte sie gleich Superminister Clement bitten, dass er sie mit neuen Subventionen versorge. Bevor die Novelle festgeschrieben wird und im Bundestag zur Abstimmung ansteht, kann es nicht schaden, an solch triviale Dinge zu erinnern."

Die WELT vom 4. April 2003 meint hingegen: "Das Fernsehen muss aufhören, unser Kino auf seine Bedürfnisse hin um ein paar Köpfe kürzer zu machen. Weniger Fernsehen im Kino nützt allen - auch dem Fernsehen." Mehrere Organisationen der deutschen Filmwirtschaft haben den Entwurf bereits abgelehnt ("inkonsistent, unausgegoren und unsolidarisch", FAZ, 12.4.2003).

Filmakademie geplant

Die Gründung einer Filmakademie hat Kulturstaatsministerin Christina Weiss auf den Berliner Filmfestspielen in Aussicht gestellt. Die Akademie sollte nach Presseberichten vor allem den Deutschen Filmpreis verleihen (Lola), der mit insgesamt gut 3 Mio. Euro dotiert ist, sie soll etwa 2.000 Mitglieder aus der Filmbranche haben, die alle über

Preise abstimmen (SZ, 08.02.2003).

Dazu die FAZ vom 8. Februar 2003: "Soll in Zukunft die Branche allein darüber entscheiden, welches ihrer Mitglieder das Geld bekommt? (...) Nur in Berlin wird die Trophäe für die besten Filme zusätzlich vergoldet (...) Vielleicht sollte man beim Deutschen Filmpreis anfangen ans Image und aufhören ans Geld zu denken. Kulturstaatsministerin Weiss hat diese neue Rollenverteilung allerdings als "ein großes Missverständnis" bezeichnet: "Es gab von meiner Seite in keinem Moment auch nur die Absicht, der Deutschen Filmpreis aus der Hand zu geben." (WELT, 19.05.2003).

Umsatz weiter eingebrochen

Im ersten Quartal 2003 ist der Umsatz der deutschen Kinos weiter eingebrochen: gegenüber 2002 ein Minus von 12,6 % und nur 5,3 Mio. Besucher; nur im Osten ("Good bye Lenin") wurden 40.000 Besucher mehr gezählt (WELT, 07.05.2003).

Museum

Neuer Rekord

Mit über 100 Mio. Besuchern verzeichnen die Museen in Deutschland einen neuen Rekord, so eine vom Institut für Museumskunde der Staatlichen Museen zu Berlin vorgelegte Erhebung. Dies zeige gegenüber dem Vorjahr (etwa 99,6 Mio.) ein weiterer Zuwachs von 3,4 % (WELT, 11.11.2002).

Das weltweit populärste Museum bleibt allerdings immer noch der Louvre mit mehr als 5,7

Mio. Besuchern in 2002. Aber auch die Berliner Zahlen können sich sehen lassen: 2001 waren 8,74 Mio. Besucher in Berliner Museen. Und während im Bundesdurchschnitt je Museum 17.481 Besucher gezählt wurden, waren es in Berlin 57.803. Am meisten frequentiert das – wie schon in 2000 – das Pergamon Museum, das Haus am Check point Charly und das Schloss Charlottenburg. Das erst 2001 eröffnete neue Jüdische Museum kam im ersten Jahr auf 276.545 (WELT, 04.01.2003).

Publikumsmagnet ist auch das neue "Haus der Geschichte" in Stuttgart. Schon in den ersten Wochen der Eröffnung wurden 40.000 Besucher gezählt. Gerechnet hat die Leitung des Hauses mit 100.000 Gästen pro Jahr. (WELT, 31.12.2002).

Immer beliebter werden auch die Ausstellungen im Bonner Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. 2002 zählte das Museum rd. 900.000 Besucher, der Tagesdurchschnitt lag bei 1.800 Besuchern (WELT, 24.01.2003). Die Liste der Ausstellungsbesucher 2002, die die Zeitschrift "The Art Newspaper" herausgebracht hat, weist die Troja-Ausstellung in Bonn mit 2.610 täglichen Besuchern auf Platz 31 der Weltrangliste aus. Es folgten die Ausstellungen zu Monet, Emil Nolde und die Südsee und in Berlin Andy Warhol (WELT, 18.02.2003).

Klassische Aufgaben nicht aufgeben

Der Präsident des Deutschen Museumsbundes, Martin Roth,

hat die Kulturpolitik der Länder vor einer zu starken Abkehr von den klassischen Aufgaben der Museen gewarnt. Für die Forschung und den Erhalt der Kulturgüter im Museum werde zugunsten der besser zu vermarktenden Sonderprojekte immer weniger getan, sagte Roth. Auch in Zeiten leerer Kassen müsse eine Ausgewogenheit zwischen der Pflege eigener Sammlungen und der Präsentation populärer Sonderschauen gewahrt bleiben (WELT, 20.01.2003).

Warnung vor Verkauf

Hilmar Hoffmann hatte vorgeschlagen, die Museen sollten mit dem Verkauf von Depotstücken ihre leeren Kassen aufbessern. Davor warnte Kulturstaatsministerin Christina Weiss auf der Jahrestagung des Deutschen Museumsbundes in Berlin. Man könne nur darüber reden, Duplikate zu veräußern, wobei der Ertrag allerdings den Sammlungen zugute kommen müsse (SZ/WELT, 06.05.2003).

Kassandraruf

Unter der Überschrift "Schiff versenkt" sieht der langjährige Präsident des Deutschen Museumsbundes, Martin Roth, "unsere Museen (...) bedroht": "Der Konsens über die kulturelle Identität ist in Gefahr. Politiker schieben Museen hin und her wie Freizeit-Feldherrn, die "Schiffe versenken" spielen (...) Kunst soll als freie Verfügungsmasse des Staates nach den Forderungen lokaler Lobbyisten hin und her geschoben werden." (FAZ, 19.05.2003).

Musik

Am liebsten Pop

Nach einer EMNID-Umfrage hören 53 % der Befragten am liebsten Pop oder Rock, 30 % volkstümliche Musik und Schlager, 15 % Klassik und 3 % Jazz. Bei den 14- bis 39-Jährigen dominieren Rock und Pop (82 bis 73 %), bei den über 60-Jährigen Schlager und volkstümliche Musik (SZ, 04.01.2003).

Kopien und Umsatzeinbußen

Jeder vierte Deutsche kopiert illegal Musik aus dem Internet, berichtet die FAZ vom 5. April 2003; es handele sich um ein "Massenhobby" (Steigerung um 32 % gegenüber 2001) insbesondere in der Altersgruppe zwischen 16 und 24 Jahren, in der auch die meisten Filme kopiert werden; insgesamt ist die Zahl der mit Musik bespielten CD-Rohlinge um 42 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen (259 Millionen); hingegen wurden nur 165 Mio. CD-Alben verkauft. Daher nannte Gerd Gebhardt, Vorsitzender des Bundesverbandes der phonografischen Wirtschaft, neben der Wirtschaftskrise das Problem des Musikkopierens mit CD-Brennern oder CD-Rohlingen (WELT, 27.12.2002) als Grund für gravierende Umsatzeinbußen. Denn laut deutscher Phono-Akademie brach in 2002 der Gesamtplattenmarkt um 11 % Umsatzeinbuße ein; dabei ist das Klassiksegment um 15 % eingebrochen. Während sich vor 10 Jahren noch über 7 Mio. Menschen für Bach, Beethoven oder Bartok interessierten, so sind es derzeit nur noch 5 Mio., der Klassikan-

teil fiel von 11,3 auf 8,3 %. Grundtendenz weiter fallend. Dazu die WamS vom 2. März 2003: "Die Rahmenbedingungen können die Plattenfirmen kaum ändern. Die Konjunkturflaute auf der einen und die von Künstlern (...) immer wieder beklagte fehlende Klassikerziehung an den Schulen auf der anderen Seite."

Attraktiver Online-Vertrieb

Unter der Überschrift "Die Musikbranche verspielt ihre Zukunft appelliert Marcus Theurer an die Konzerne, endlich einen attraktiven Online-Vertrieb von Musik anzubieten. Außerdem müsse die Musikindustrie ihre Preise senken und könne entsprechende Umsatzverluste dadurch ausgleichen, wenn es gelänge, mehr ältere Käufer anzusprechen: "Wer über 50 Jahre alt ist, für den hat die Musikindustrie heute wenig interessante Angebote (...). Die Musikmedienindustrie hat keine Zeit zu verlieren. Es wächst gerade eine ganze Generation heran, die nie etwas anderes kennen gelernt hat als den kostenlosen Musikkonsum."

Erste Pop-Akademie

Die erste deutsche Pop-Akademie wird in Mannheim eröffnet. Nach den Planungen sollen die ersten 55 Studierenden im nächsten Herbst beginnen. Abgedeckt wird das ganze Spektrum des Pop-Marktes vom Star über den Manager bis zum Konzertveranstalter. Mit einem Bachelor-Diplom und viel Praxiserfahrung sollen die Studierenden die Akademie nach drei Jahren verlassen (WELT, 03.12.2002).

Die Zukunft des Deutschen Musikrates

Am 25. Februar 2003 berichtet die Süddeutsche Zeitung, dass der Musikrat in seine neue Satzung eine Öffnungsklausel in Richtung GmbH aufgenommen habe. Dazu Kulturstaatsministerin Christina Weiss: Die neue Satzung sei ein "erster Schritt dazu, dass der Musikrat wieder handlungsfähig wird". Denn der Musikrat stand schlichtweg vor der Pleite.

Rückblick

Nach einem Bericht der WELT vom 28. Oktober 2002 befand sich der Deutsche Musikrat nach Überschuldung in einer prekären Situation. Dazu die FAZ: "Das Defizit ist wahrlich nicht so riesig, dass sich bei leidlich gutem Willen nicht ein Ausgleich finden ließe. Sollte dieser Wille jedoch auf die Zerschlagung des Deutschen Musikrates gerichtet werden, darf man das Ergebnis schlichtweg als Katastrophe nicht allein für das deutsche Musikleben, sondern für die Kultur in diesem Lande überhaupt betrachten ... Es wäre dringend an der Zeit, die gesamte organisatorische und rechtliche Struktur des Deutschen Musikrates neu zu ordnen, um ihm eine selbständig funktionierende Dispositionsfreiheit in finanziellen Belangen zu geben, etwa in der Rechtsform der GmbH, mit einem allein verantwortlichen Geschäftsführer und einem qualifizierten Aufsichtsrat, in den selbstverständlich auch die Vertreter des Bundes und der Länder-Kulturstiftung gehörten."

Generalsekretär Thomas Riet-

schel machte als Hauptursache "Managementfehler innerhalb des Musikrates" verantwortlich, die bis auf das Jahr 1975 zurückgingen. Mittel seien nicht entsprechend den Richtlinien der Zuwendungsgeber ausgegeben worden (Zur Krise des Deutschen Musikrates hier auch die Sonderausgabe der Zeitschrift NMZ (Neue Musikzeitung) vom November 2002). Der Präsident des Deutschen Musikrates Franz Müller-Heuser gab sein Amt auf; dem Generalsekretär des DMR Thomas Rietschel wurde fristlos gekündigt; gleichzeitig machen sich Musiker, Künstler und Politiker für den Erhalt des DMR stark. Zu den Unterzeichnern eines entsprechenden Aufrufs gehört auch CSU-Generalsekretär Thomas Goppel (FAZ, 05.11.2002). Mit Wirkung vom 11. Januar 2003 trat das Präsidium des Deutschen Musikrates aus Protest gegen die Entlassung von Thomas Rietschel geschlossen zurück (FAZ, 13.01.2003).

Der Musikrat sieht für sein Weiterbestehen neue Chancen, berichtet die WELT am 18. Februar 2003. Die Lösung liegt in der Bildung einer gemeinnützigen GmbH, die eine entscheidende Voraussetzung dafür sei, dass der Dachverband des Deutschen Musiklebens seine "Handlungs- und Sprachfähigkeit" wiedererlangen könne.

Sprache

"Karton" statt "Box"

Aus Protest gegen den Irakkrieg hat die "Arbeitsgemeinschaft Sprachen in der Politik" dazu aufgerufen, englische Ausdrück-

ke im Deutschen durch französische zu ersetzen, also "Billet" statt "Ticket", "Karton" statt "Box" (FAZ, 08.04.2003).

Deutsche Akademie Sprachbeobachtungsstelle...

Nach Ansicht des vormaligen Präsidenten der Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt, Christian Meier, verliert die deutsche Sprache immer mehr an Bedeutung: "Ich habe immer deshalb darum gekämpft, dass die deutsche Sprache in ihrer vollen Breite und Tiefe erhalten bleibt. Und mein Nachfolger wird dies auch tun müssen." Meier sprach sich für die Gründung einer Sprachbeobachtungsstelle aus, bei der Bürger bei Sprachproblemen anrufen können. Vorbild dafür könnte Frankreich sein (WELT, 25.10.2002).

... und harsche Kritik

Eine ziemlich harsche Kritik übt die WELT vom 28. Oktober 2002 an der Tätigkeit der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt ("schläfrig in Darmstadt") und fragt: "Wer evaluiert eigentlich Akademien? Vermutlich niemand, doch soll es eine dafür zuständige Institution geben, der Anglist Klaus Reichert – Meiers Nachfolger als Präsident – hätte sie zu fürchten. Diese Akademie ist nicht zuletzt deshalb geistig provinziell, weil viele kulturell anspruchsvolle Mitglieder den jährlichen Aufenthalt in Darmstadt fürchten und nach Kräften meiden."

Aufschwung in China?

Ob der Aufschwung des

Deutsch-Unterrichts in China die deutsche Sprache in Asien stabilisieren könne, diskutiert die WELT vom 21. November 2002. Während chinesische Experten da eher positiv gestimmt sind, sind Deutschlehrende in Japan und Korea eher pessimistisch. In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der deutschlehrenden Japaner halbiert, ähnlich steht es in Korea. Da wirke sich nach japanischen Aussagen aus, dass deutsche Prominente im Ausland, wie Schumacher oder Beckenbauer, in Interviews nie Deutsch sprechen, sondern ausschließlich Englisch, während etwa der französische Trainer der japanischen Nationalmannschaft geflissentlich seine Muttersprache verwandte.

Tanz

Ein Wirtschaftsfaktor ist auch die Tanz-Szene, dort werden jährlich 250 Mio. Euro umgesetzt. Nach Berechnungen des NRW-Wirtschaftsministeriums finden etwa 15.000 Menschen bundesweit ihren Lebensunterhalt in den Bereichen Tanzsport, Fitness und Tanzpädagogik (FR, 31.08.2002).

Theater

Lieber ins Kino

Nach einer Studie, die vom Deutschen Bühnenverein vorgestellt wurde, gehen unter gut 1.000 Befragten 16- bis 29-Jährigen fast 78 % lieber ins Kino, 50 % bevorzugten ein Video oder einen Videoclip gegenüber

einem Theaterbesuch. Mithin halten Kino, Fernsehen und Computer einer Studien zufolge Jugendliche vom Theaterbesuch ab. Offenbar führen Elternhaus und Schule die Jugendlichen nicht ausreichend an das Theater heran, nur knapp 19 % der Befragten sagten, ihre Eltern hätten ihnen das Theater näher gebracht (SZ, 24.01.2003; vgl. auch WELT, 27.03.2003).

Auch sonst machen sich Kulturschaffende Sorgen: s. die Interviews in der WELT vom 9. April 2003.

Zwischenbericht zur Lage der Theater

Bei der Entgegennahme des Zwischenberichts zur Lage der Theater am 11. Dezember 2002 mahnte Bundespräsident Johannes Rau wesentliche Veränderungen der deutschen Theaterbetriebe an. Dazu bedürfe es freilich einer grundsätzlich neuen Einstellung der Gesellschaft gegenüber der Notwendigkeit von Theater und dazu gehöre, dass Bund, Länder und Kommunen Kulturausgaben künftig zur staatlichen Pflichtaufgabe machen sollten. Der Stuttgarter Intendant Klaus Zehelein: "Es gibt (...) keine Sinn-, sondern eine Finanzierungskrise." Nach Auffassung der Intendanten macht vor allem die unterschiedliche Behandlung von künstlerischem Personal und Bühnenarbeitern und Hauspersonal keinen Sinn, da alle der Kunst dienen. (WELT, 12.12.2002). Im Vorfeld hatte der Bundespräsident, der schon früher ein "Bündnis für Theater" gefordert hatte, die Hoffnung geäußert, der Zwischenbericht werde der Debatte

über die Theaterlandschaft in Deutschland "neuen Schwung" verleihen: "Es geht um mehr als Geld. Es geht um unser Selbstverständnis als Kulturnation."

Dazu kommentiert die WELT vom 11. Dezember 2002: "Bis jetzt blieb es beim Aufschreien. Noch immer spielen hierzulande die meisten Theater der Welt ... Zwar gab es immer Streit um Etats, doch nie wurde es grundsätzlich infrage gestellt. Das geschieht jetzt. Die traditionsreichen Identifikationsstätten der Städte und Kommunen stehen beinahe – und dies ist das Novum – flächendeckend zur Disposition. Nicht, weil das Publikum ausbliebe (...) oder weil irgendein ästhetischer Extremismus triumphiert, sondern weil eine Wirtschaftskrise Steueraufkommen ruiniert.(...) Gut, dass heute der Bundespräsident mit einem dankbaren Blick zurück und vielen mahnenden nach vorn einen Bericht präsentiert zur Notlage der Theater-Nation. Pessimistisch auch Uwe Wittstock ebenda: (...) "Unsere Politiker stehen zur Zeit nicht im Verdacht, ehrliche Wege einzuschlagen. Also werden sie weitermachen wie bisher, den öffentlichen Dienst ungeschoren lassen und die künstlerischen Budgets reduzieren mit dem Ergebnis, dass die Theater nach wie vor viel Geld verschlingen, aber einen immer größeren Teil des Jahres leer stehen, weil man sich den Bühnenbetrieb nicht leisten kann."

In diese Kerbe haut auch die SZ vom 2. Dezember 2002: "Wir haben - wie jedermann weiß - die größte Theaterlandschaft der

Welt. Wir sind stolz darauf, wir möchten, dass das so bleibt, wir haben Zweifel, dass das gelingt. Auch die Theater sind für das, was sie leisten, zu teuer. Sie werden von allen finanziert, aber nur von einer immer älter werdenden bürgerlichen Mittelschicht genutzt; denn das isoliert sie sozial und schafft zusätzlich einen Generationenkonflikt. Irgendwann werden es die Jugendlichen leid sein, auf so vielen Feldern für das Wohl der Alten aufkommen zu sollen. Also wird man die Jungen zurückgewinnen müssen. Im Augenblick gelingt das nur an wenigen Bühnen (...) Die Theater sind der am meisten gefährdete Teil unserer Kultur, aber wir tun immer noch so, als hätten wir nichts gemerkt. Die Theaterleute selbst verhalten sich fahrlässig, wenn sie in nur banger Hoffnung auf die Politik blicken. Die Legislaturperioden sind in der Regel zu kurz, um in ihnen tragende Lösungen erarbeiten zu können. Da hat jeder Dezernent genug zu tun, um einigermaßen über die Runden zu kommen. Berlin ist ein abschreckendes Beispiel."

Zu teuer

Zur katastrophalen Lage unserer Theater hatte sich schon die SZ vom 13. November 2002 geäußert: In der Spielzeit 2000/2001 wurde jedes der von den Theatern verkauften Ticket - knapp über 22 Mio. - mit durchschnittlich 90 Euro gefördert. Insgesamt gab die öffentliche Hand für ihre 150 Theater, die 728 Spielstätten betreiben, über 2 Mrd. Euro aus, während die Theater nur 18 % ihrer Etats erwirtschafteten: "Dass Opern nur

eine Auslastung von 76,7 % aufweisen, das Sprechtheater bloß auf 69 % kommt, könnte man als mangelnde Attraktivität und Relevanz deuten. Andererseits verweisen diese Zahlen auch auf ganz andere Schwierigkeiten.

Nach wie vor hat die Hochkultur, vor allem klassische Musik, einen schweren Stand in der Gesellschaft. Sie gilt als elitär, nur für Experten geeignet. Zudem werden ihr gerade von den Propheten des langsam versteinernen Pop, die Sünden der Vergangenheit vorgeworfen, wo sie angeblich ausschließlich als Freizeitbeschäftigung der herrschenden Schicht diene. Aus diesem Ghetto muss die deutsche Theaterkultur herauskommen, um überleben zu können, sie muss sich wie Kino und Literatur wieder als eine Kultur für alle verstehen und vor allem als solche vermitteln. Daran wollen die Theater und Orchester demnächst verstärkt arbeiten. Sie werden sich neue Marketingstrategien überlegen und ihre Education-Programme verbessern, sie werden stärker im Stadtbild und damit im Bewusstsein der Einwohner präsent sein, und sie werden endgültig die Elfenbeintürme verlassen und sich ohne Berührungängste unter Volk mischen. Andererseits könnte das deutsche Theatersystem (ästhetisch) erledigt sein - ob mit oder ohne Wirtschaftskrise." Immerhin beschert die von den Tarifpartnern des öffentlichen Dienstes ausgehandelte Lohnerhöhung um 4,4 % den Theatern nach Angaben des Deutschen Bühnenvereins jährlich rd. 85 Mio. Euro Kosten.

Streit um Mitbestimmung

Im Streit um das Mitbestimmungsrecht bei Theaterproben hat der Deutsche Bühnenverein Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt. Geklärt werden soll, ob die Länge einer Bühnenprobe der Zustimmung von Personal und Betriebsrat bedarf. Nachdem das Bundesverwaltungsge-

richt ein solches Mitspracherecht plötzlich bejaht hat, hält der Deutsche Bühnenverein dagegen, wann eine Probe beendet werde, sei eine künstlerische Entscheidung.

“Es geht den Personalrat nichts an, wie lange Hamlet seinen Monolog probt”, so Rolf Bolwin, Direktor des Bühnenvereins (WELT, 14.12. 2002).

politische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Norbert Lammer, MdB erklärte: “Kulturpolitik erfordert mindestens so sehr wie andere politische Aufgabengebiete einen langen Atem, Verlässlichkeit und Kontinuität.

Diesen Ansprüchen genügt die rot-grüne Koalition offensichtlich nicht. Unauffällig, aber dramatisch bleibt das Missverhältnis zwischen den Erwartungen und einem scheinbar neuen Stellenwert für Kultur und Medien und dem tatsächlichen Gewicht im Bundeshaushalt. Das gilt auch für Geschäftsgrundlage der von Nida-Rümelin vorangetriebenen Bundeskulturstiftung: Auch im kommenden Jahr soll der Haushalt des Staatsministers um die Summe schrumpfen, die der Finanzminister für die Stiftung zweckgebunden überweist. Bei diesem jähen Absturz auf den harten Boden der Realitäten mag das Philosophieren attraktiver erscheinen (und preiswerter allemal) als kulturpolitische Höhenflüge. Als Nachfolger werden Handwerker gebraucht, nicht Feuerwerker.”

Und schließlich die WELT vom 2. Oktober 2002: “Umso wichtiger ist es, dieses Amt mit (...) einer Person von hoher Ausstrahlungskraft (zu besetzen). (...) Ein brillanter Kopf muss her. Mit weniger ist der Kultur nicht geholfen.” Unter den Überschriften “Mehr Licht!” und “Weniger Lärm!” formulierten in der SZ Ulrich Raulff und Jens Bisky je 7 Forderungen an den Bundeskulturminister, und die SZ vom 5. Oktober 2002 bilanziert: “Im öffentlichen Erscheinungsbild immerhin kam man

Kulturpolitik im Bund

Neu: Christina Weiss

Neue Kulturstaatsministerin ist die frühere Hamburger Kultursenatorin Christina Weiss (parteilos), auch Favoritin von Kulturstaatssekretär Knut Nevermann. Dazu die WELT vom 14. Oktober 2002: “Nichts veranschaulicht treffender den Zustand der Kulturgestaltung in Deutschland im Zeichen der Rezession. Nicht umsonst ist die designierte Kulturstaatsministerin im neuen Bundeskabinett, Christina Weiss, im Gegensatz zu ihrem Vorgänger eine Verwaltungsexpertin. Denn wer heute eine Party feiern will, sollte seinen Kontostand kennen. Kredit wird nicht gewährt.” (WELT, 14.10.2002) Antje Vollmer, der offenbar Aspirationen anhafteten, hat jedenfalls rasch zurückgezogen: “Ich strebe diesen Posten nicht an.” (FAS, 29. September 2002); im Gespräch waren noch Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Monika Griefhahn, die Vorsitzende des Kulturausschusses des Bundestages,

der Berliner Verleger Arnold Conradi wie Lothar Mark, Bundestagsabgeordneter und ehemaliger Mannheimer Kulturbürgermeister. Des Kanzlers letzter Bundesbeauftragter für Kultur und Medien, Nida-Rümelin selbst, soll noch Oliver Scheytt, seit 1993 Kulturdezernent in der Stadt Essen, vorge schlagen haben (FAS, 06.10. 2002).

Nida-Rümelin ging zunächst an die Universität Göttingen zurück (will sich aber jetzt nach München verändern). Zu seinem Rücktritt die SZ vom 2. Oktober 2002: “Mit seiner ruhigen und bedächtigen Amtsführung hat Nida-Rümelin keine Funken geschlagen wie sein Vorgänger Michael Naumann (...) Nida-Rümelin verdient deshalb ein großes Lob, weil er es geschafft hat, sich aus den inneren Zirkeln der Macht zurückzuziehen. So demonstriert er, dass Politik durchlässig sein kann, und dass es ein Leben außerhalb der Politik gibt.” Der damalige kultur-

voran (...) Was aber könnte ein Medienministerium wirklich leisten? ... Zunächst wäre harte Medienpolitik nicht länger mit dem tausendmal umgewälzten Palaver um den Stellenwert des deutschen Kinofilms zu verwechseln. (...) Denn solange sie noch formale Geschäftigkeit vorspiegeln können, wird sich eine Avantgarde des Kinofilms in diesem Lande nicht herausbilden. (...) Die neue Medienkultur hat deshalb mit der teutonischen Lieblingsdebatte über die Gegensätze von Fernsehen und Kino nichts mehr zu tun. Ohne größeren Aufwand wäre das seit Jahren durch alle Medienforen geisternde Projekt eines Kommunikationsrates als schlanke Institution unabhängiger Fachleute beim Medien- und Kulturministerium anzusiedeln. (...) In Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium des Bundes und der Länder wären viel mehr Konzepte für das Überleben der kleineren und mittelständischen Medienfirmen zu entwickeln. (...)

Die Zeiten der Appelle und folgenlosen Kolloquien sind vorbei. Die zweite rot-grüne Regierung kann nicht mehr im Ernst die Medien- und Kulturwissenschaft zu den Leitindustrien des 21. Jahrhunderts zählen, wenn sie über den Wandel und Grenzen der Kommunikationsgesellschaft nicht Bescheid wissen will." Natürlich taucht in der Nachfolgediskussion um Nida-Rümelin immer wieder der Ruf nach einem Bundeskulturministerium auf. "Im Prinzip sehr gut" fand das jedenfalls Monika Griefhahn (WamS, 29.10.2002).

Enquete-Kommission

Mit dem in den Koalitionsvereinbarungen von Rot-Grün aufgelisteten Vorhaben für die Einrichtung einer Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland", seien, so die WELT vom 1. November 2002, den Kulturdezernenten in den Städten und Gemeinden gewichtige Argumente an die Hand zu geben, mit denen sie um ihre Etats kämpfen könnten. Überdies soll über konkrete Anreize nachgedacht werden, die Kommunen zum Aufbau eines reichhaltigen Kulturlebens zu motivieren. Nach einer Idee von Antje Vollmer soll es sogar eine "Kultur-Taxe" geben, die von wohl ausgestatteten Kommunen von Touristen etwa erhoben werden könnte.

Nach einem Hinweis in der FAZ vom 22. Mai 2003 soll diese Kommission noch vor der Sommerpause eingesetzt werden.

Urhebervertragsrecht

Eine erste Wertung des vor einem halben Jahr verabschiedeten Urhebervertragsrechts nimmt die FAZ vom 13. April 2003 vor ("Wie hält man's mit dem Künstler?").

Enteignete Kunst

Eine eigene Kommission wird sich der Rückgabe von Kulturgütern widmen, die während der NS-Zeit enteignet wurden (WELT, 10.04.2003).

Urheberrecht im Internet: jetzt im Vermittlungsausschuss

Am 9. April 2003 wurde der Entwurf "zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft" zugunsten der Umsetzung entsprechender EU-Richtlinien im Rechtsausschuss, am 11. April im Plenum beraten. Die Stellungnahmen sind unterschiedlich: In einem offenen Brief haben etwa 2000 Wissenschaftler gegen die geplante Reform als Eingriff in die Eigentumsrechte von Verlagen und Autoren protestiert (WELT, 31.03.2003). Mit das "Verleger-Schlachtfest" überschreibt die SZ eine eher abwartend-zustimmende Stellungnahme von Herbert Prantl (09.04.2003), der im neuen Gesetz (§ 52) keine besondere Änderung gegenüber der bisherigen Praxis sieht, die Kopieren (auch digital) im kleinen Umfang erlaube, zumal alle sonstigen Rechte gewahrt bleiben (SZ, 09.04.2003); auch bei Thomas Hoeren in der FAZ vom 21. Februar 2003 werden im Vorfeld geäußerte Besorgnisse der Verlage dem Entwurf nicht gerecht. Grundsätzlich weist Hoeren darauf hin, dass "Urheberrecht nur lebe, wenn es in den Köpfen einer Bevölkerung lebt, wenn ein allgemeines Bewusstsein für den Wert von Kreativität vorhanden ist."

"Raubbau" unterstellt hingegen Heike Schmoll in der FAZ vom 8. April 2003 dem geplanten Urheberrecht und dem § 52, der es Schulen, Hochschulen und nicht kommerziellen Forschungseinrichtungen erlauben soll, urheberrechtlich geschützte Werke oder Werkauschnitte für eigene Zwecke ohne Genehmigung zu digitalisieren, ins Internet zu stellen und zu kopieren. Die Autorin fürchtet "große

wissenschaftliche Tauschbörsen" und das "Ende der wissenschaftlichen Verlage": "Sollte der Entwurf unverändert beschlossen werden, wird die Nutzungsfreiheit die Qualität untergraben."

Etwas positiver Jürgen Kaube in der FAZ vom 10. April 2003, der allerdings auch weitere Qualitätseinbußen befürchtet: Ende 2006 sei zu untersuchen, "welche Auswirkungen es auf die Praxis gehabt haben wird. Es ist Frau Zypries zu wünschen, dann nicht als die Ministerin dazustehen, die Namen wie Mohr, Siebeck, Klostermann, Akademie oder Vandenhoeck auf dem Gewissen hat".

Die CDU/CSU-Opposition hatte sich für die Streichung des § 52 eingesetzt. Protestiert haben auch der Börsenverein, Verleger und Autoren. Die unionsregierten Länder im Bundesrat werden den Vermittlungsausschuss anrufen (FAZ, 24.05.2003).

Stiftungsrecht

Das am 1. September 2002 in Kraft getretene neue Stiftungsrecht kommentiert Rupert Graf Strachwitz in der SZ vom 2. September 2002: Dieses "zögerliche Reförmchen" sei zu bedauern, denn dieses Reförmchen sei von den grundsätzlichen Neuorientierungen in allen europäischen Ländern weit zurück.

Fusion

Über die mögliche Fusion von der Kulturstiftung der Länder und der Bundeskulturstiftung be-

richtet die FAZ am 14.03.2003: "Wir fusionieren", bestätigte Kulturstaatsministerin Weiss am 31. März 2003 (SZ, 01.04.2003), aber: "So sinnvoll und so kostensparend die Vereinigung auch wäre, beschlossen ist sie noch nicht", zumal die Kulturhoheit der Länder "noch immer gern als Anlass zu einem prachtvollen politischen Grabenkrieg genommen" wird (WELT, 02.04.2003):

Im Sommer 2003 wird eine Arbeitsgruppe in den Staatskanzleien Pläne für eine Fusion der beiden Kulturstiftungen vorgelegt, die von den Länderchefs und vom Bundeskanzler diskutiert werden sollen. Die Wirtschaftskrise könnte den Prozess nach den scharfen Auseinandersetzungen über Bundes- und Länderkompetenzen ("Verfassungsbarock") der vergangenen Jahre beflügelt haben, so die SZ vom 2. April 2003, lässt allerdings die Frage offen, was sich denn "strukturell" wirklich än-

dern werde; die FAZ unterstellt beiden Stiftungen auch eigenständige Ziele. Die Länderstiftung zugunsten einer Erweiterung ihres Kompetenzbereichs, etwa des Denkmalschutzes und auf eine gerechte Verteilung der Mittel, die Bundeskulturstiftung wiederum würde als Förderin innovativer Kunst gerne ihren Sitz von Halle nach Berlin verlegen. Erhalten bleiben die Stiftungszentralen in Halle und Berlin und der bisherige Personalstamm, als "mittlere Säule" wird ein Kooperationsmodell zur Förderung von Großprojekten angestrebt (FAZ, 01.04.2003). Der Bundeskulturstiftung steht ein Etat von 25,6 Mio. Euro in 2003 und 38,4 Mio. in 2004 zur Verfügung; die Länderstiftungen sollen 8 Mio. Euro in die Fusion einbringen. Weiterhin im Gespräch die Überführung der ostdeutschen "Stiftung Kulturfonds" (Sachsen-Anhalt hat Austritt angekündigt) in diese gemeinsame Kulturstiftung (SZ, 20.05.2003).

Finanzierung/Sponsoring allgemein

Topographie des Terrors gesichert?

Sofern die Baukosten 39 Mio. Euro nicht übersteigen, wird der Bund bislang jedenfalls (vgl. FAZ, 24.05.2003) die Hälfte der Gesamtkosten tragen (FAZ, 21.03.2003); allerdings wird man erst in frühestens drei bis vier Jahren fertig sein; vgl. den Bericht in der SZ vom 23. Mai 2003 ("Inkompetent inkonsequent"): "Die neunziger Jahre waren das Jahrzehnt des Erin-

nerns in Deutschland. Nun, wo alle dafür sind, droht die Erstarrung in Betriebschaften."

Rückgang bei Stiftungen

2002 wurden insgesamt 798 selbständige gemeinnützige Organisationen gegründet, 40 weniger als in 2001. Schuld daran sei die schlechte Wirtschaftslage, so der Bundesverband Deutscher Stiftungen (BVDS) auf der 59. Jahrestagung. Antje Vollmer sieht Nachholbedarf bei "der

Kultur auf allen Ebenen”(SZ, 15.05.2003).

Spendenabzug abgeblockt

Nach massiven Protesten, auch aus den Bereichen Kultur und Wissenschaft, hat Kanzler Schröder Eichels Sparpläne für die Besteuerung gemeinnütziger Spenden von Wirtschaftsunternehmen zurückgenommen: “Die steuerliche Abzugsfähigkeit für Spenden für sportliche, soziale, kulturelle und gemeinnützige Zwecke bleibt”, erklärte Schröder am 25. Oktober 2002 in Düsseldorf. (FAZ, 28.10.2002); bisher konnte ein Betrieb Spenden in Höhe von 5, in bestimmten Fällen von bis zu 10 % seines Einkommens, von der Steuer absetzen. Im Vorfeld hatten auch Berlins Kultursenator Thomas Flierl und der nordrhein-westfälische Kulturminister Michael Vesper die Pläne von Bundesfinanzminister Eichel zur Abschaffung des steuerlichen Spendenabzugs für mildtätige, kirchliche, wissenschaftliche und gemeinnützige Zwecke kritisiert. Sollte die Abzugsfähigkeit von Unternehmensspenden eingeschränkt werden, hätte das “verheerende Folgen für die Finanzierbarkeit vieler Kulturprojekte und würde eine Vielzahl von Initiativen gefährden”, sagte Vesper. Die Pläne des Bundesfinanzministers seien “selbst finanzpolitisch mehr als fragwürdig” (WELT, 25.10.2002). Kulturstaatsministerin Christina Weiss sprach von einem “unglücklichen Plan”, Steffen Kampeter, Obmann der CDU-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss und zuständiger Berichterstatter für Kultur und

Medien, nannte Eichels Vorschlag “haushaltspolitisch kontraproduktiv”.

Der Präsident des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, Arend Oetker, hatte in einem Schreiben an Bundeskanzler Schröder deutlich gemacht, dass es Aufgabe des Regierungschefs sei, “das gemeinnützige gesellschaftliche Engagement der Wirtschaft und der Bürger unseres Landes ausdrücklich zu ermutigen, statt die Keimzellen bürgerlichen Gemeinsinns zu ersticken” (vgl. WELT, 26.10.2002).

Auch Bundespräsident Johannes Rau warnte “vor falschen Entscheidungen”. Otto Graf Lambsdorff bezeichnete das Ganze in der WELT vom 26. Oktober 2002 als “schweren Schlag für die Kulturförderung in Deutschland”: “Rot-Grün ist mit dem Bekenntnis angetreten, dass bürgerschaftliche Engagement zu stützen und fördern zu wollen. Die Streichliste, die Eichels Beamte offenbar reflexhaft zusammengestellt haben, belegt das genaue Gegenteil und konterkariert alle schönen Worte im Koalitionsvertrag.” “Das gemeinnützige Engagement der Wirtschaft wird drastisch einbrechen”, so Manfred Erhardt, Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft.

Denkmalschutz gefährdet?

Auf seiner Jahrestagung in Berlin 2002 hatte das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz Finanzminister Eichel vor einer Änderung im Steuerrecht gewarnt, die zu einem stetigen

Verfall, wenn nicht gar Verlust von Denkmälern zu führen drohe. Michael Vesper, Präsident des Nationalkomitees sieht die geplanten Änderungen sich “lähmend” auf private Besitzer von Denkmälern und auf Kaufwillige legen. Bei einer Anzahl von rd. 1 Mio. Baudenkmäler in Deutschland würde sich der vorliegende Referentenentwurf zum Steuervergünstigungsabbau verheerend auswirken (FAZ, 20.11.2002); zur Kritik an der Steuerpolitik der Bundesregierung zum Denkmalschutz siehe auch den Bericht in der WELT vom 19.11.2002. Auch hier zog das Ministerium zurück: der Erwerb und Erhalt denkmalgeschützter Häuser soll nicht – wie von Eichel ursprünglich geplant – steuerlich höher belastet werden (FAZ, 23.11.2002).

Kunstmarkt von Mehrwertsteuer verschont

Schließlich scheiterte auch der Plan des Finanzministers, den Mehrwertsteuersatz für den Verkauf von Kunstwerken von 7 auf 16 % zu erhöhen. Las man in der Koalitionsvereinbarung von Rot-Grün: “Der Mehrwertsteuersatz im Kulturbereich muss erhalten bleiben”, so legt das Finanzministerium dies offenbar dahingehend aus, man dürfe die Mehrwertsteuer ruhig erhöhen.

Dazu der bissige Kommentar in der FAZ vom 2. November 2002: “Am Ende könnte etwas ganz Seltsames geschehen. Es könnte immer weniger Kunst hier in Deutschland verkauft werden, immer geringer könnten die Steuereinnahmen werden. Das müsste dem Finanzminister dann wohl jemand erklären.”

Der Deutsche Kulturrat zeigte sich erleichtert darüber, dass die "Kulturverträglichkeitsklausel" erstmals ihren Sinn erfüllt hat (FAZ, 21.11.2002). Gegen diese Pläne hatten zahlreiche Verbände und Organisationen protestiert. So hatte der Bundesverband deutscher Galerien darauf hingewiesen, dass die 9 % Gewinn, mit dem eine Galerie im Schnitt arbeitet, durch die Erhöhung aufgezehrt worden wäre. Hier ist dem Kunststandort Deutschland ein wesentlicher Wettbewerbsnachteil erspart geblieben (WELT, 21.11.2002; vgl. SZ, 21.11.2002).

Entflechtung!

Einen Vorschlag zur Beschäftigung" regt Stephan Opitz in der SZ vom 28. September 2002 an: "Die, egal mit welcher Kulturförderung beschäftigten öffentlichen und privaten Hände müssen allmählich Verabredungen darüber treffen, wer was wo wann fördert. Eine solche Debatte über kulturelle Identität, Ziele und Kulturfinanzierungen anzustoßen, zu steuern und mit Ländern, Kommunen, privaten Stiftungen und anderen kulturfördernden bürgerschaftlichen Initiativen zu führen – das könne eine lohnende, gesamtstaatlich-kulturpolitische Aufgabe für den Kulturbeauftragten der Bundesrepublik sein."

Dauerhafte Bundesbeteiligung im Osten

Die Konferenz Nationale Kultureinrichtungen hat eine dauerhafte Beteiligung von langfristig 50 % an den Kosten für die Museen, Bibliotheken und anderen Einrichtungen von nationaler

Bedeutung in den neuen Ländern gefordert (WELT, 09.11.2002).

Ausgaben und Einnahmen

Nach einer Studie der Berliner Industrie- und Handelskammer gibt Berlin 230 Euro pro Einwohner für Kultur aus, Frankfurt am Main 303 Euro, Stuttgart 235 Euro. In diesen 230 Euro ist bereits das Engagement des Bundes berücksichtigt, etwa für den Preußischen Kulturbesitz, die Festspiele oder das Jüdische Museum. Zugleich nimmt das Land jährlich 2,7 Mrd. Euro durch Kultur und Kultur-Tourismus ein, gibt aber nur 370 Mio. Euro (mit Bundesbeteiligung 558 Mio. Euro) für Kultur aus (BZ, 12.10.2002).

Tarife nicht finanzierbar

Es hat alles nichts genutzt: Der Deutsche Bühnenverein hatte eine Nullrunde im gesamten öffentlichen Dienst, ohne Abkopplung der Theater gefordert. 1 % Lohnerhöhung im gesamten öffentlichen Dienst seien so viel wie der gesamte Kulturetat. Mehr als der Abbau von 6.000 Arbeitsplätzen (bei insgesamt 45.000) gehe an die Substanz, sagte der Direktor des Deutschen Bühnenvereins, Rolf Bolwin. (SZ, 25.11.2002). Schon zuvor hatte der Bühnenverein Tarifsteigerungen von mehr als 3 % Lohn und Gehalt im öffentlichen Dienst als nicht finanzierbar bezeichnet. Rolf Bolwin, erklärte, ein solcher Zuwachs sei bei öffentlichen Kulturbetrieben utopisch. Bei 3 % in den alten Bundesländern und mehr als 5 % in den neuen Bundesländern müssten viele Theater und Orchester ihre Eigeneinnahmen um

rd. 25 % steigern (WELT, 24.10.2002).

Auch die Intendantengruppe im Deutschen Bühnenverein hatte auf ihrer Herbsttagung in Leipzig die Tarifpartner im öffentlichen Dienst zu einem maßvollen Lohnabschluss aufgefordert. Die Intendanten gaben zu bedenken, dass in den meisten Theatern die Erhöhung der Löhne nur mit Abbau von Arbeitsplätzen finanziert werden könne. In den letzten Jahren waren Stellen im Bereich Theater und Orchester um fast 6.000 auf knapp 40.000 Stellen abgebaut worden.

Anders Verdi: die Probleme der Theater würden nach Auffassung der Dienstleistungsgewerkschaft "nicht durch Lohnverzicht der Beschäftigten gelöst": "Die Intendanten spielen auf der völlig falschen Bühne, wenn sie auf einen "maßvollen Lohnabschluss" im öffentlichen Dienst drängen." (WELT, 19.11.2002).

Rückgang um 2,9 %

Wie der Arbeitskreis Kulturstatistik mitteilte, sind in 2002 etwa 8,3 Mrd. Euro in den öffentlichen Kultursektor geflossen, das bedeutet 250 Mio. weniger als im Jahr 2001 und entspricht einem Rückgang von 2,9 %. Dieses "Abschmelzen" der Etatmittel binnen eines Jahres sei "absolut dramatisch", heißt es im Arbeitskreis. Der negative Trend treffe jetzt auch die finanzstarken Bundesländer im Süden, am stärksten habe Berlin seinen Kulturhaushalt zurückfahren müssen. Der Rückgang bei den Stadtstaaten lag bei 7,2 %, da-

gegen stieg der Bundeskulturretat für 2002 um 2,5 % (SZ, 05.12.2002).

Geld versus Kultur

Aus Anlass der zunächst von Schließung bedrohten, dann aber doch geretteten Sächsischen Staatsoperette Dresden formuliert die WELT vom 31.12.2002 über das Verhältnis von Geld und Kultur: "Was da in Sachsen läuft, läuft oft noch krasser längst überall: Kinder kontra Kunst (...). Womöglich haben wir bald beides nicht mehr. Gewiss, auch ohne werden die Gören groß. Aber darf das gelten als Argument einer Kulturnation? Doch welcher Politiker heute würde es wagen, etwa für den Fortbestand unserer Bühnen dem Volk Sondersteuern zuzumuten? Und wie würde das Kulturvolk darauf reagieren? Noch riskiert man, da es nicht direkt ans Portemonnaie geht, öffentlich - nicht nur in Dresden - Protest gegen folgenschwere Kürzungen staatlicher Kulturausgaben. Was aber, wenn tatsächlich amputiert wird? Prosit Neujahr!"

Subventionen im Vergleich

Ein Städtevergleich ergab, dass – etwa im Vergleich zu München – die öffentlichen Zuschüsse für Berlins Oper zu hoch sind: In München wird jeder Opernbesucher vom Staat mit 103 Euro subventioniert, in Hamburg mit 111 Euro, in Berlin mit 160 Euro. Eine Eintrittskarte in die Münchner Oper bringt durchschnittlich 42 Euro ein, in der Deutschen Oper Berlin aber nur 21 Euro. Die Besucherauslastung ist in München deutlich bes-

ser als in Berlin: 92 %, in der Berliner Staatsoper sind es nur 80, in der Komischen Oper 65 % (Tagesspiegel, 15.01.2003).

Auswärtige Kulturpolitik

Goethe-Institut

Die Jahrespressekonferenz des Goethe-Instituts Inter Nationes stand unter dem zukunftsfrohen Motto "Neue Kompetenzen, neue Ziele, neue Inhalte", dazu kommentiert die WELT vom 06. Dezember 2002: "Vorbei die Zeit der Wehleidigkeit, in der die miserable finanzielle Lage und die daraus resultierenden Institutsschließungen gebetsmühlenartig beklagt wurden." Nach den Institutsschließungen der vergangenen Jahre stehen jetzt neue Wiedereröffnungen auf dem Programm: in Havanna, in Kabul, Algier, Teheran und bald auch in Slowenien. Für ein Goethe-Institut in Bagdad plädiert der irakische Lyriker Khalid Al-Maaly in der FAZ vom 16. April 2003.

Deutsche Welle

Die deutsche Welle wird fünfzig – dazu s. die Betrachtung von Hildegard Stausberg

in der WELT vom 5. Mai 2003 (muss seine "Rolle erst noch finden"): "Modell für die Zukunft muss die britische BBC sein, deren World Service eben sehr wohl Teil des gesamten Sendeangebots ist."

Deutsch-französische Kulturbeziehungen

Jörg von Uthmann bezeichnet in der WELT vom 15. Januar 2003 die deutsch-französische Kulturbeziehung als "noch nie so schlecht wie heute": "Der Kulturaustausch ist die Achillesferse des deutsch-französischen Tandems." Deutschland sei terra incognita, französische Verleiher machten um deutsche Filme einen großen Bogen. Nur 1,6 Mio. Franzosen machen sich selbst ein Bild von Deutschland. Um den Deutsch-Unterricht in Frankreich und den Französisch-Unterricht in Deutschland steht es "noch katastrophaler als um den Rest der Kulturbeziehungen: Er ist in den letzten 20 Jahren um die Hälfte zurückgegangen".

Kulturpolitik in den Ländern

Kulturstiftung der Länder

Die Kulturstiftung der Länder unterstützte den Ankauf von Kunstwerken mit 9,3 Mio. Euro. Den größten Anteil der Förder-summe erhält Hamburg mit 1,6 Mio. Euro. (WELT, 16.11.2002).

Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Der Beschlussstand der Ministerpräsidentenkonferenz vom 24. Oktober 2002 darf lt. FAZ vom 26.11.2002 dahingehend interpretiert werden, dass die Länder auch weiterhin bereit sind, sich an der Finanzierung der Betriebskosten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz zu beteiligen. Damit ist der gefürchtete Ausstieg der Länder aus der gemeinsamen Trägerschaft mit dem Bund kein Thema mehr, und es gilt als sicher, dass der 2005 auslaufende Staatsvertrag seitens der Länder nicht aufgekündigt wird.

„Hauptstadtkultur“

Palast der Republik zwischennutzen?

Die geplante Zwischennutzung des Palastes der Republik mit Opern und Technoparties ist auf die Kritik der Unionskulturpolitiker Peter Gauweiler und Vera Lengsfeld gestoßen. Günter Nooke, Kulturpolitischer Sprecher der Unionsfraktion, sprach von „kontraproduktiven Initiativen“: „In Berlin herrscht wahrscheinlich kein Mangel an abar-

tigen Veranstaltungsstätten, und ein dringender Bedarf nach künstlicher Beatmung des einstigen Sitzes der Volkskammer der DDR ist schlicht nicht vorhanden. Die Unionsmitglieder im Kulturausschuss forderten einen schriftlichen Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Bundestagsbeschlusses zum Schloss (FAZ, 15.11.2002).

Opernfinanzierung: letzte Etappe

Der Bund will die künftige Opernstiftung zugunsten eines Personalfonds und des Stiftungskapitals anfangs mitfinanzieren, sofern sich die drei Opernhäuser und die Kulturverwaltung bis zum Juni 2003 einigten. Damit ist freilich das Ende einer die Feuilletons permanent beschäftigenden Diskussion noch nicht erreicht, zu der auf Dauer allerdings nicht mehr viel einfällt, zumal sich Finanzsenator Sarrazin auch weiterhin weniger Oper vorstellen kann. Die zuletzt bekannt gewordenen Zahlen über Haushaltskürzungen wenig Hoffnung machen (vgl. FAZ, 23.05.2003: „Na, prost“; FAZ, 22.05.2003: „Ausgetanzt? Unklare Zahlen bei Berlins Opernreform“) und der Finanzsenator auch weiterhin ca. 100 Mio Euro bis 2006 im Kulturretat einsparen will (WELT, 24.05.2003).

Rückblick

Der Berliner Kultursenator Thomas Flierl lehnte im November 2002 die Schließung eines der

drei Berliner Opernhäuser ab: „Mit mir wäre so etwas nicht zu machen“, sagte der PDS-Politiker und wollte bis zum Jahresende ein Konzept zur Reform der Berliner Opernhäuser vorlegen (SZ, 20.11.2002).

Am 23. Dezember 2002 berichtet die WELT, es sei ein Kompromiss über die Reform der Berliner Opern gefunden worden. Kultursenator Thomas Flierl erklärte Kernpunkte dieses Konzepts, dem die Intendanten von Staatsoper, Deutscher Oper und Komischer Oper zugestimmt hätten. Drei eigenständige Häuser und eine langfristige Festschreibung sowie „Absenkung der Zuschüsse“. Flierl wollte dieses Modell zusammen mit seinem bisher favorisierten Plan einer Stiftung als Dach für die drei Opernhäuser jetzt am 6., dann Mitte Januar 2003 vorlegen (SZ, 03.01.2003).

Eine Schließung oder Fusion der drei Häuser ist nicht vorgesehen. Kulturstaatsministerin Christina Weiss zierte sich noch, sich in die Diskussion der Fusion um die Zukunft der drei Berliner Opern einzuschalten. (WELT, 03.01.2003).

Aus der Behörde der Kulturstaatsministerin soll aber verlautet sein, dass sich der Bund nun doch in der Opernfrage engagieren will, und an einer Anschubfinanzierung für eine Berliner Opern-Stiftung denkt. Einfließen soll dieses Vorhaben in den Hauptstadtkulturvertrag, wobei allerdings die Frage offen ist, ob der mit jährlich 10,2 Mio. Euro dotierte Fonds mit zusätzlichen Mitteln für eine Opern-Stiftung

rechnen kann oder nur eine Umverteilung stattfinden soll (FAZ, 27.01.2003).

Anfang Februar hat Berlins Kultursenator Thomas Flierl sein "Opern-Strukturkonzept" vorgelegt, nachdem er der Staatsoper Unter den Linden die wirtschaftlichen Rücklagen in Höhe von 7,2 Mio. Euro entziehen (SZ, 03.02.2003) wollte.

Durch veränderte Betriebsstrukturen solle in den nächsten fünf Jahren der Erhalt der drei Berliner Opernhäuser garantiert werden. Wobei die drei Opernhäuser als künstlerisch selbständige gemeinnützige GmbHs unter dem Dach einer "Stiftung Oper" fortgeführt werden sollen, und zwar als Zuwendungstiftung, nicht als Kapitalstiftung. Ergänzt werden soll der Opern-Verbund um eine gemeinnützige GmbH und eine Bühnenservice-GmbH. Der Berliner Senat hat dem Opernreformkonzept Flierls unter der Bedingung zugestimmt, dass der Opernrat wie geplant um jährlich 9,6 Mio. Euro gesenkt wird, und der Bund den Berliner Kulturretat um rd. 20 Mio. entlastet (WELT, 05.02.2003).

Zum Flierl-Plan siehe auch den Bericht der WELT vom 4. Februar 2003.

Zur Errichtung dieser Rechtsform will der Bund einmalig die Gründungskosten in Höhe von 3,6 Mio. Euro beisteuern und sich darüber hinaus beim "sozialverträglichen Abbau" von 220 Stellen finanziell engagieren (FAZ, 04.02.2003).

An der Spitze der Stiftung soll ein "Generaldirektor" stehen. Wie Flierl versicherte, seien an diesem Strukturvorschlag alle wesentlichen Einwände der Intendanten in der Deutschen Opernkonzferenz aufgenommen worden (SZ, 04.02.2003).

Jetzt stehen Beratungsprozesse in Senat, Parlament und Öffentlichkeit an, auch müssen die Betriebsangehörigen der Häuser von den Vorschlägen überzeugt werden, und der Bund muss grünes Licht geben für den geplanten Einstieg ("Ein Anfang ist gemacht, damit die gewachsene Berliner Musikkultur angstfrei in die Zukunft sehen kann.") (SZ ebd.).

Alle fünf Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses haben sich jedenfalls für den Erhalt von drei Opernhäusern in der Hauptstadt ausgesprochen, die SPD wollte aber erst nach einer verbindlichen Anschubfinanzierungszusage des Bundes über das Opern-Stiftungskonzept von Senator Flierl entscheiden (SZ, 10.04.2003). Auch Bayerns Kulturminister Hans Zehetmair will drei Opernhäuser in Berlin (WELT, 04.04.2003).

Zur Lösung der Berliner Opern-Krise hatte die CDU die Gründung einer Stiftung der drei Musiktheater vorgeschlagen. Allerdings, so die kulturpolitische Sprecherin der CDU im Abgeordnetenhaus Monika Grütters, sollte zur besseren Auslastung von Staatsoper, Deutscher Oper und Komischer Oper ein auf die jeweilige Größe der Häuser angepasstes Repertoire gespielt

werden. Die Staatsoper Unter den Linden sei vor allem für Barock-Opern und Gastspiele geeignet, während die Deutsche Oper sich für die Opern des 19. und 20. Jahrhunderts anbiete. Die Komische Oper sollte sich – ihrer Tradition entsprechend – auf Deutsch gesungene Opern und Operetten konzentrieren. In einer Stiftung soll jede Oper einen künstlerischen Leiter erhalten. Die drei Häuser könnten Werkstätten, Kartenverkauf und Marketing gemeinsam betreiben, zudem könnten die Tarifverträge und die Vertretungen bei Chor und Orchester flexibler gestaltet werden. (SZ, 28.11.2002).

Stadtschloss

Auch im letzten halben Jahr ein Dauerbrenner der Feuilletons ist es um das Schloss und dessen Wiederaufbau in Berlin-Mitte ruhiger geworden. Die Frage der Finanzierung, bislang ungeklärt, ist siehe den Bericht in der FAS vom 12.01.2003.

Startschuss für Holocaust-Denkmal

Am 4. Mai 2003 hat Bundestagspräsident Thierse den Startschuss für den Baubeginn des Holocaust-Mahnmals gegeben (Bericht: SZ, 05.04.2003); es soll am 8. Mai 2005 eingeweiht werden. Das Mahnmahl war im Juni 1999 vom Bundestag beschlossen worden und soll 27 Mio. Euro kosten.

Baden-Baden

Das privat finanzierte Baden-Badener Festspielhaus konnte zwei neue Stifter gewinnen. Ihre

Zahl stieg damit auf 10, gemeinsam haben sie bisher 6,5 Mio. Euro Stiftungskapital eingebracht, damit hat das Festspielhaus seine wirtschaftliche Basis im fünften Jahr seines Bestehens weiter gefestigt (WELT, 18.11.2002).

Bayreuth gesichert

Wie Kulturstaatsministerin Christina Weiss mitteilte, ist der Bundeszuschuss für die Bayreuther Festspiele gesichert. Noch vor rd. einem Monat hatte Weiss sich geäußert, der Zuschuss für die Wagner-Festspiele müsse überprüft werden (WELT, 04.12.2002).

Bonn

Im März 2003 wird eine neue Bonn-Vereinbarung unterzeichnet. Für die Jahre 2000 bis 2011 fließen damit 150 Mio. Euro in die Bonner Kultureinrichtungen (WELT, 10.03.2003).

Weimar

Nach jahrelangem Rechtsstreit habe sich Thüringen und das Fürstenhaus Sachsen-Weimar-Eisenach auf einen Vergleich geeinigt, nachdem die Familie auf die Rückübertragung von Kulturgütern verzichtet; dafür leistet der Freistaat eine Entschädigung von 15,5 Mio Euro (SZ, 23.05.2003).

Kulturpolitik im Ausland

Weniger Geld aus Brüssel

35 Mio. Euro gibt die EU im Jahr für Kultur aus. Das ist etwas weniger als die Hälfte dessen, was die Stadt Bonn in diesem Jahr für Kultur ausgibt. Daher bemerkt auch die FAZ zu einem Kolloquium in Brüssel im Oktober 2002: "Außer Spesen nichts gewesen. Konfliktscheu, abgehoben und formalistisch, wie fast durchweg über Kulturpolitik gesprochen wurde, vermittelte sich unweigerlich der Eindruck, dass diese in der EU nicht nur einen schweren Stand hat, sondern auch schwach vertreten ist." (FAZ, 05.10.2002).

Großbritannien: Senkung beim Eintritt

Dank der Streichung der Eintrittsgelder ist die Zahl der Besucher in den großen britischen Museen in 2002 stark angestiegen. Die Steigerungsraten betragen bis zu 111 % (WELT, 02.01.2003). Allerdings reichen die als Ausgleich gewährten Zuschüsse von 70 Millionen Pfund nicht dafür aus, die höheren Kosten der größeren Besucherdichte zu kompensieren. Den bemerkenswerten Zuwachs verdankt man offenbar denen, die schon immer ins Museum gingen, und das nun häufiger taten (WELT, 03.01.2003).

EU-Projekte

Aus Anlass der Aufnahme von Beethovens IX. in die UNESCO-Liste des "Gedächtnisses der Welt" kommentiert die WELT, dass der Begriff der "Weltkultur" seit Einführung des

Prädikats "Welterbe" nicht sicherer sondern eher sogar beliebiger geworden sei: "Warum Goethe, und nicht auch Schiller und Kleist? Die Auswahl erscheint willkürlich und lobbyistisch manipuliert." (WELT, 11.01.2003).

224 Kulturprojekte in 15 EU-Staaten und weiteren 13 europäischen Ländern wurden in 2002 mit Geldern der Europäischen Union unterstützt. Hier wurden insgesamt rd. 33 Mio. Euro ausgegeben. Die Hälfte der Projekte betreffen die bildenden Künste. Daneben sollen mit EU-Geldern mehr als 200 Bücher übersetzt werden; die EU-Kommission sicherte 48 Projekten ihre Unterstützung zu (WELT, 03.08.2002).

Nach Graz, Genua, Lille und Cork wird Patras Europäische Kulturhauptstadt 2006 (WELT, 07.05.2003).

Personalien

Kulturreferentin Lydia Hartl hat nicht nur dementiert, sie stehe vor dem Absprung zur Universität Linz, wo sie sich um eine Professur bewerbe. Sie versicherte, ihre Amtszeit in München bis zum 31. Juni 2007 voll zu erfüllen und stehe auch für eine zweite Amtszeit zur Verfügung (FAZ, 25.10.2002).

Der Frankfurter Anglist Klaus

Reichert ist neuer Präsident der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung und damit Nachfolger des Historikers Christian Meier, der sich nach zwei Amtszeiten nicht mehr zur Wahl stellte (FAZ, 26.10.2002).

Nach einem Bericht der SZ vom 13. Februar 2003 hat sich der Berliner Senat von der parteilosen Kulturstaatssekretärin Krista Tebbe getrennt. Als Begründung wurden "unterschiedliche Arbeitsstile" genannt.

Joachim-Felix Leonhard gab sein Amt als Generalsekretär vom Goethe-Institut / Inter Nationes auf und wechselt im April als Staatssekretär in das hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst (SZ, 12.03.2003). Die Vorstände Ulrich Braeß und Peter Sötje werden als Institutsleiter nach Barcelona bzw. New York entsandt (FAZ, 15.11.2002).

Immer wieder Streit um Dana Horakova ("Meister-Propper-Ästhetik", WELT, 08.05.2003), Hamburgs Kultursenatorin, deren Kritiker das Ansehen der Stadt durch Taten und Reden ihrer Senatorin beschädigt sehen. Blick auf den Streit in der FAZ vom 08.03.2003.

Der Verband deutscher Schriftsteller hat Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer für den Friedenspreis des deutschen Buchhandels vorgeschlagen. Begründung: Sie hätten Standhaftigkeit bewiesen und "aus dem weltpolitischen Abseits für eine friedliche Lösung des Irak-

konfliktes gearbeitet" (SZ, 21.03.2003). Unwirsch Peter Handke: "Mit diesem Vorschlag ist das Wort Schriftsteller außer Gebrauch zu setzen (...) Mein Beruf wird dann Rentner oder Maikäfer oder irgendwas" (FAZ, 25.04.2003). Auch der NRW-Landesverband des VS hat sich davon distanziert: VS-Vorsitzender Breinersdorf ("Lachnummer des deutschen Feuilletons") habe dem Verband "durch seinen erneuten Versuch, die Einbettung des VS in die Sozialdemokratie voranzutreiben", schwersten Schaden zugefügt (FAZ, 15. Mai 2003).

Neuer Präsident des Deutschen Bühnenvereins ist der Stuttgarter Staatsopernintendant Klaus Zehelein; er löst Regisseur Jürgen Flimm (seit 1999) ab (FAZ, 19.05.2003).

Zitate

- "Aber immerhin wurde es gebaut – das unterscheidet Helmut Kohls Grands Projets von Gerhard Schröders einzigem Großprojekt, dem Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses, bei dessen Planung man sich so gründlich verrechnet hat wie Hans Eichel beim Bundeshaushalt."

Niklas Maak anlässlich der Neueröffnung des Deutschen Historischen Museums, lt. FAS vom 25. Mai 2003.

- "Deutschland war das Land der Plattenfirmen. Heute sind sie alle in amerikanischer oder eng-

lischer Hand – selbst die "Deutsche Grammophon". Sie denken gar nicht daran, deutsche Interpreten aufzubauen, sondern wollen ihre eigenen Künstler unter die Leute bringen."

René Kollo in der WamS vom 6. April 2003.

- "Es darf nicht als Hang zur Nostalgie abgetan werden, wenn viele Menschen das Gefühl haben, das mit Neubauten mehr Werte vergehen als hinzu kommen."

Bundespräsident Johannes Rau anlässlich des 1. Konventes Baukultur, lt. WELT vom 08. April 2003.

- "Wie Johannes Rau sagt er nur das politisch Korrekte – und daher gesellschaftlich Überflüssige."

Autor Norbert Kron über Autor Günter Grass (WELT, 29.03.2003).

- "Die Tarifffrage ist ein Schlüssel zu Lösung."

Kulturstaatsministerin Christina Weiss zur aktuellen Theaterkrise.

- Die Tarifverträge sind nicht das Problem, sondern dass die Theater am öffentlichen Dienst hängen, mit dessen gnadenloser Automatik der Tariferhöhungen."

Jürgen Flimm, vorm. Präsident des Deutschen Bühnenvereins, lt. WamS vom 26.01.2003.

"Wer sollte im Bundestag etwas dagegen haben, dass wir der Berliner Musiktheaterlandschaft das Überleben garantieren ..."

Kulturstaatsministerin Christina Weiss über den Zuschuss des Bundes zur Berliner Opernstiftung (WELT, 05.02.2003).

- SPIEGEL: *“Hat Bundeskanzler Schröder Sie schon einmal zu einer Kulturrunde eingeladen?” Grönemeyer: “Es gab immer mal unterschiedliche Einladungen. Aber ich gehe grundsätzlich nicht hin. Ich halte nicht viel vom Kanzler, der ändert auch sein ‚Nein‘ zum Krieg nicht. Was soll ich mich mit jemandem unterhalten, von dem ich nicht glaube, dass er zuhört? Der hat keine Vision, keine Idee, der lässt sich immer nur wieder von irgendjemand etwas einhusten.”*

Herbert Grönemeyer im Gespräch mit dem SPIEGEL 7/2003.

- *Künstlerische Fächer spielen in der PISA-Diskussion eine völlig untergeordnete Rolle. Warum vernachlässigen ausgerechnet die kunst-, klassikbeflissenen Deutschen die Musik? Vielleicht auch, weil man gar nicht sieht, dass es nicht ein hübsches Fach ist, sondern dass beim gemeinsamen Musizieren wichtige soziale Fähigkeiten entwickelt werden. Gerade in der Grundschule, wo es heute so viele Sprachbarrieren unter den Kindern gibt, könnte die Musik einen wundervollen Bogen schlagen ganz im Sinne der – so altmodisch und verstaubt es auch klingen mag – Völkerverständigung. Außerdem bereitet es den Kindern enorme Freude. Aber es muss sich auf einem Niveau bewegen, das kindgerecht ist, aber nicht infantil.*

Was heißt denn kindgerecht?

“Ein Beispiel: Ich las vor kurzem, dass in der 2. Klasse Grundschule in Bayern Musik-Erfinden angeboten wird – und ich dachte: Wow, jetzt wird’s interessant! Und was war es? Die Kinder füllen Schachteln mit Kieselsteinen und hauen auf Gläsern rum. Da ist der Begriff Musik nicht mal so weit definiert, was zwischen Geräusch und Musik unterscheidet.”

Anne Sophie Mutter im Gespräch mit der Frankfurter Rundschau (14.12.2002).

- *“Ich kann Ihnen nur aus meiner eigenen Erfahrung sagen, dass das, was Sie einem Kind an Wissen nicht sehr früh vermitteln, Bewusstseins Ebenen sind, die verkümmern. Klassische Musik ist zu kompliziert, als dass man sich gemütlich auf den Standpunkt zurückziehen könnte, es gebe doch die riesige Produktpalette, und wenn wir es in der Schule nicht lernen, dann kaufen wir uns die CD halt einfach um die Ecke. Das ist absoluter Unsinn. Die Schule soll bilden und Musik gehört nun einmal zum Menschsein, zur Sozialisierungsfähigkeit. Musikerziehung dient nicht nur dazu, mit mehr Genuss eine Beethoven-Sinfonie anhören zu können, sondern zu lernen zuzuhören, sich einzuordnen und auch eine Gruppe Menschen zu führen. Sie bildet ganz spezifische psychologische Qualitäten an Menschen aus, ohne die unsere Seele verarmt.”*

Anne-Sophie Mutter über frühkindliche Musikerziehung, lt. FAZ vom 5. Oktober 2002.

- *“Was ich da von meinen Kindern so mitkriege, ist traurig. Auf das bisschen, was sie musikalisch lernen, könnte man auch ganz verzichten.”*

Kabarettist Konrad Beikircher über den Musikunterricht an den Schulen, lt. SPIEGEL 1/30.12.2002.

“Bildung ist mehr als Pisa, musikalische Bildung erst recht.” Bundespräsident Johannes Rau, lt. WELT vom 3. Mai 2003.

- *“Das Bewusstsein für den Wert einer musikalischen Bildung ist nicht mehr vorhanden. Und warum nicht? Weil wir uns zu wenig darum gekümmert haben (...). Für ihre Zukunft braucht die Gesellschaft Kreativität und Ideen. Und es gibt keinen Bereich, der das stärker schult als die musische Bildung. WamS: Bildung soll in erster Linie die sogenannten Schlüsselqualifikationen vermitteln. Rietschel: Bildung ist ja wohl ein bisschen mehr. Sie macht den Menschen überhaupt erst lebensfähig, glücksfähig. Zum Leben gehört ja nicht nur der Beruf.”* Thomas Rietschel, vorm. Generalsekretär des Deutschen Musikrates im Interview mit der WamS vom 10. November 2002.

- *“Welchen Geheimitipp oder geheimen Wunsch würden Sie dem zukünftigen Bundesminister für Kultur vor dem Amtsantritt gern zuflüstern?”* *“Nicht flüstern, sondern schreien: dass man endlich aufwachen und aufhören muss, die Kulturarbeit, einschließlich Sprachkursen, Stipendien und dergleichen, kaputtzumachen. Das richtet sich nicht*

nur an die Politiker sondern auch an die Industrie, die exportieren will, aber nicht kapiert, wie viel Kapital im Kulturbereich gerade in entfernteren Weltregionen zerstört wird."

Dieter Strauss, Leiter des Pariser Goethe-Instituts im Gespräch mit der FAZ vom 4. Oktober 2002.

- "Was die hiesigen Opern betrifft, so muss Berlin Vorschläge machen. Es geht nicht, dass der Bund eine einzelne Oper übernimmt."

Staatsministerin Christina Weiss zur Berliner Opernsituation, lt. SZ vom 6. November 2002.

- "Der in den Sand gesetzte Figaro würde dann dem Bundeskanzler angelastet."

Eckhardt Barthel, SPD-Obmann im Bundestagskulturausschuss zur Ablehnung von Übernahmen eines der Berliner Opernhäuser durch den Bund, lt. SZ vom 12. November 2002.

- "Ich kann mich überhaupt nicht darüber freuen, dass ich mich verwendet habe für eine Sache, die nicht geklappt hat. Das ist kein gutes Gefühl."

Schauspieler Manfred Krug über seine Werbung für die Telekom-Aktien, lt. WELT vom 18. November 2002.

- "Man spart sich kaputt und erreicht nur, dass alles vor die Hunde geht. Das ist ein Irrsinn, der da passiert. Es ist dumm und kurzsichtig und kontraproduktiv, weil Kulturinvestitionen auch wieder in verschiedenen anderen gesellschaftlichen Bereichen Geld einbringen."

Sänger René Kollo zu weiteren drastischen Einsparungen in der Kultur, lt. FAS vom 17. November 2002.

- "Wer aus der Geschichte aussteigt, der läuft Gefahr, in die Irre zu gehen."

Der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel anlässlich der Eröffnung des neuen "Hauses der Geschichte" in Stuttgart (WELT, 14.12.2002).

- "Allgemein kann man sagen: Je weiter von Büchern entfernt junge Menschen aufwachsen, desto schwerer wird es für sie an der Uni. Gerade für Bildungsaufsteiger ist es unerlässlich, Zeitungen und Bücher zu lesen. Eine häusliche Leseerziehung ist nicht tragfähig, wenn Eltern ihre Kinder zwar anhalten zu lesen, dies aber selber nicht tun."

Hans-Werner Rückert, Leiter der Studienberatung an der FU Berlin, lt. SZ vom 14. Dezember 2002.

Zeitschriften und Bücher

- Die Zeitschrift "Kulturpolitik" 4/2002 stellt ihre Projekte für die kommende Legislaturperiode (Ausstellungshonorare, Verbesserungen im Urheberrecht) und verweist auf die Bereitschaft der Bundesregierung, eine Ausstattungsvergütung für bildende Künstlerinnen und Künstler zu prüfen.

- Die Zeitung "Politik und Kultur" Nr. 4/02 Dezember 2002 bis Februar 2003) beschäftigt sich u. a. mit der Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements und dem Beitrag der kulturellen Bildung zur Bildungsreform, die Nr. 2/03 (Mai Juni 2003) legt einen besonderen Schwerpunkt auf die Bildungspolitik und auf Fragen der Kulturfinanzierung (hier insbes. der Beitrag von Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz: "Den letzten beißen die Hunde...", S. 15).

- Die Zeitschrift "Musik in Sachsen" berichtet u.a. von der Mitgliederversammlung des Sächsischen Musikrates.

- Über 350 Kontakte auf kommunaler, Länder-, Bundes- und Europaebene stellt das von einem Autorenteam der Landesarbeitsgemeinschaft kulturpädagogische Dienste NRW (LKD) erarbeitete Kompendium "Kurs pro Kulturförderung" dar. Der Ländervergleich über einen Internetwegweiser vervollständigt die Neuauflage.

- In dem von Hilmar Hoffmann/Wolfgang Schneider herausgegebene Band ‚Kulturpolitik in der Berliner Republik‘ unterstreicht der Stuttgarter Staatsminister Christoph-E. Palmer die Bedeutung der Länder als „Garanten der Kulturstaatlichkeit“: „Meine große Sorge ist, dass wir immer stärker zu einem vollständigen Kultur-Anspruch der Bundespolitik gelangen. Getreu der alten und bewährten Salami-Taktik werden Grenzen verschoben, Kompetenzen verwischt und Aufgaben übernommen. Dabei handelt es sich bei der Kulturpolitik aber nicht um irgendeine Kompetenz der Länder, sondern um ein Herzstück des Föderalismus.“

- Das 2002 zum zweiten Mal vorgelegte *„Jahrbuch für Kulturpolitik“* widmet sich dem immer wieder aktuellen Thema „Kulturföderalismus“; von Seiten der Christlichen Demokratie haben Bernhard Vogel („Kulturpolitik - Aufgabe und Verantwortung der Länder in Deutschland“), Norbert Lammert („In bester Verfassung? Oder: Der Kulturstaat als Kompetenzproblem“), Hans Zehetmaier („Föderalismus als unverzichtbares Strukturprinzip moderner Kulturpolitik“) und Johanna Wanka („Kulturpolitik auf Landesebene – Tradition und Innovation“) Beiträge veröffentlicht: Klar ist: „Der Reichtum des kulturellen Lebens in Deutschland beruht auf seiner föderalen Prägung. Die Länder stehen dafür ein, dass dieser Zusammenhang von Kultur, Kulturpolitik und Föderalismus gewahrt bleibt“ (Bernhard Vogel). Aber zu-

gleich: „Die unbestrittene besondere Verantwortung der Länder und der Kommunen in der Kulturförderung wird durch ein stärkeres kulturpolitisches Engagement des Bundes nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern im Ergebnis gestärkt“ (Norbert Lammert).

- In den Diskussionen um die „Bürgergesellschaft“ als gesellschaftliches Leitbild nimmt das ehrenamtliche Engagement naturgemäß eine besondere Rolle ein (s. auch die entsprechende Enquete-Kommission des Bundestages), weil sich am ihm an ehesten zeigen, was eben dieses Engagement bewirken kann. Dabei steht die Kultur üblicherweise nicht an erster Stelle, daher ist es hilfreich, dass der Band *„Engagiert für Kultur“*, hg. von B. Wagner/K. Witt (Dokumentation 59, hg. von der Kulturpolitischen Gesellschaft) mit Beispielen aus der Praxis die Bedeutung solchen Engagements (immerhin ca. 2,1 Millionen Bürger!) gerade in Zeiten knapper Kassen für den Erhalt von Leistungen und Einrichtungen verdeutlicht und die Vielfalt der Einsatzmöglichkeiten aufzeigt („good practice“), wobei eine umfassende Dokumentation möglicher Arbeitsfelder bis hin zu „Freiwilligenbüros und Vermittlungsagenturen“ angestrebt wurde, die bis dato nicht vorhanden war. Dabei verweisen die Herausgeber zu Recht darauf, dass es nicht nur darum gehen könne, fehlende öffentliche Mittel zu ersetzen („Lückenfüller“); vielmehr geht es darum, ein „verändertes Verhältnis von Staat, Markt, Gesellschaft und

Individuum“ zu formulieren und als Leitbild zu propagieren. Dabei gehören auch hier das Verhältnis von sog. Professionalisierung und Ehrenamtlichkeit, die Bedeutung entsprechender Qualifikation auch durch Weiterbildungsformen und schließlich fördernde Rahmenbedingungen (etwa Versicherungsschutz, steuerliche Entlastung, Anreizformen) zu den zentralen Themen auch der Diskussion im kulturellen Bereich, wobei auch hier das Motiv, sich dort zu engagieren, jenen Wertemix verrät, der heute allen Formen bürgerschaftlicherer Beteiligung zugrunde liegt: auf die hübsche Formel gebracht: „solidarischer Individualismus“.

- Etwas ratlos hingegen bleibt man mit dem vom Institut für Kulturpolitik der kulturpolitischen Gesellschaft/Institut für Bildung und Kultur hg. Reader *„Kultur.Kunst.Arbeit“* (Dokumentation 60) zurück. Während einem beim Thema „Kultur und Wirtschaft“ viel einfällt, ist beim hier behandelten keine klare rote Linie zu entdecken, zumal der eindeutige Schwerpunkt der Autoren auf der Analyse des Wandels der Arbeitswelt liegt, während die Beziehung zum Thema in den darauf bezogenen Artikeln eher en passant hergestellt wird; das liegt nicht zuletzt daran, dass der Kulturbegriff weit verstanden wird (daher kann unter ihn auch der gesamte Bildungsbereich subsumiert werden) und dann alle möglichen Formen der Begegnung zwischen Kultur und Arbeitswelt (Betrieb) einbezogen werden (Künstler im Betrieb, Künstler

als kreative Querdenker, Einbeziehen der Belegschaft in Kulturaktivitäten, Gesprächskreise Manager-Künstler usf.). Dabei ist das Anliegen der Autoren selbst höchst sympathisch, man stört sich nur an der fehlenden Systematik. Daher hier ein kurzer zusammenfassender Versuch: Auch wenn man das aus der Berufsbildung stammende Konzept der Schlüsselqualifikationen (-kompetenzen), das sich hier großer Beliebtheit erfreut, nicht unbedingt für der Weisheit letzten Schluss hält (weil es auch und primär um Inhalte geht, an denen sie sich ausbilden können!), natürlich ist richtig, dass wir wieder einen komplexen Bildungsbegriff brauchen, der auch der ästhetischen Bildung entsprechenden Raum gibt, eine solche Bildung Unsicherheiten kompensiert, künstlerisches Tun Kreativität freisetzt, zu Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl beiträgt, dass die Beschäftigung mit Kultur Distanz verschaffen kann, alternatives Denken befördert und all dies zu einem "guten Leben" beiträgt, diese Einsichten lassen sich gern unterschreiben ("Dabei haben heute kulturell-künstlerische Betätigungen eine immer größere Bedeutung für Menschen, und offensichtlich ist, dass kulturelle Aktivitäten zentral dazu beitragen können, neue Orientierungen und Kompetenzen vermitteln, S. 193).

Angeichts der Ökonomisierung aller Lebensverhältnisse, sinkender ethischer Ressourcen und der Notwendigkeit, sich selbst auf Sinn hin zu entwerfen bedarf es – einmal fällt der Begriff - der "Persönlichkeitsbil-

dung", - der "wetterfesten" Persönlichkeit, aber das ist mehr als "Schlüsselqualifikationen" oder Bildung nach Konjunktur, das ist mehr als nur Vorbereitung auf oder Begleitung von "Arbeit". Das hat vielmehr etwas damit zu tun, dass sich ein sinnvoller Bildungsbegriff nur über das Erschließen der Dimensionen des Menschen begründen lässt, und dazu gehört nur einmal unmittelbar der ästhetisch-gestaltende und –verstehende Angang an "Welt".

"Kunst-Kunst-Nachhaltigkeit ist das Thema eines von H. Kurt und B. Wagner herausgegeben Sammelbandes (2002; Dokumentation 57), wobei auch hier nur ganz allgemeine Zusammenhänge fassbar werden: die "mentale Innovation", die notwendig

sei, sei "ohne die Künste und ästhetisch-kulturelle Praktiken nicht zu leisten" (40), weil Kunst anders und anderes reflektiert - das Räselhafte, das Nicht-Auflösbare, das Nicht-Beantwortbare – als Naturwissenschaften und Technik. Das ist sicher richtig, aber wie nun konkret zu "Nachhaltigkeit" und "Umwelt", das bleibt auch hier etwas beliebig, als "Kultur der Nachhaltigkeit" (bezogen auf die Umwelt) etwas anderes ist als "Kultur und Nachhaltigkeit" oder gar Kunst und Nachhaltigkeit". Dass Kulturpolitik "nachhaltig" sein muss (also nicht nur dem Event verpflichtet) ist freilich ebenso unbestreitbar wie schwer einzulösen; und die Frage, was heute notabene noch "nachhaltige Kunst" sein soll, dürfte kaum schlüssig zu beantworten sein.

Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Statt der Krise die Perspektive!

Zwei Kommunalpolitische Foren der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema Kultur in Bonn und Saarbrücken

von Ursula Gründler, HA "Politische Bildung und Kommunalpolitik"

Was ist der kommunale Kulturauftrag?

Wie legitimiert er sich?

Wie kann er kontinuierlich gesichert werden?

Auf diese drei grundsätzlichen Fragen ließe sich die Diskussion über Kommunale Kulturpolitik fokussieren.

Unter dem Leitgedanken "Statt der Krise die Perspektive" konzentrierten sich die Hauptreferate und Podiumsbeiträge auf die Chancen, die kommunale Kulturpolitiker und Kulturakteure auch in Zeiten knapper Kassen noch haben.

Das Grundgesetz schützt die Freiheit der Kunst und sichert den Ländern die Kulturhoheit zu. Das Fehlen gesetzlicher Vorgaben für die Kommune sichert die Kultur als Selbstverwaltungsaufgabe par excellence. Kulturelle Pflichtaufgaben gibt es nur in eng begrenztem Umfang. Eine Ausnahme bildet das Bundesland Sachsen mit seinem Kulturraumgesetz. So sind letztendlich der Kultur Gestaltung- und Entfaltungsmöglichkeiten besichert, von denen man in an-

deren Verwaltungsbereichen nur träumen kann. Wer diese Freiheiten ausfüllen will, muss konzeptionell eine Antwort darauf suchen, warum heute noch öffentliche Kulturpolitik betrieben wird. Gerade diese Herausforderung hat viele Kulturverwaltungen zu einer Reformfreudigkeit geführt, die oft als Modellfall für die gesamte öffentliche Verwaltung betrachtet wurden.

Nach der Wiederherstellung der kulturellen Infrastruktur in der Nachkriegszeit versuchte in den 70er Jahren die sogenannte "neue Kulturpolitik" den gesellschafts- und sozialpolitischen Auftrag zu formulieren, was mit einer Ausweitung des Kulturbegriffs und einer entsprechenden Ausweitung der Förderprojekte einherging. Fehlende Kontrolle der künstlerischen Qualität, Erbhöfe bei der Projektförderung, vor allem aber mangelndes Kostenbewusstsein machten diese Praxis der Kulturpolitik auf Dauer angreifbar, vor allem als schrumpfende Haushalte Verteilungsdiskussionen auslösten.

Positive Fernwirkungen waren allerdings die kulturelle Partizipation, die Besucherorientierung und die Marketingelemente vieler Kultureinrichtungen, die sich aus der Betriebswirtschaft in die Kulturverwaltungen übertrugen. Hier liegen wohl auch die Ursprünge für den Paradigmenwechsel zur "Kultur in einer neuen Bürgergesell-

schaft", die seit Mitte der 90iger Jahre den kommunalen Kulturauftrag leitet. Nun steht nicht mehr das Angebot an alle im Vordergrund, sondern die Frage, wie Bürger daran mitwirken können, Kultureinrichtungen in Krisenzeiten zu retten bzw. sogar neu aufzubauen. Das setzt fast selbstverständlich voraus, dass die Bedürfnisse definiert werden müssen. Wenn auch das finanzielle und zeitliche private Engagement im Kulturbereich in Deutschland nicht im entferntesten an angelsächsische Verhältnisse heranreicht, so ist doch das bürgerschaftliche Engagement im Sinne einer Identifikation mit den Kultureinrichtungen von grundlegender Bedeutung für deren Erhalt nach dem Motto: "Wenn ein Theater geschlossen werden soll, protestieren auch Leute, die das Foyer zum erstenmal betreten!"

Es wird im Zusammenhang mit der öffentlichen Förderung wieder wichtig, Diskussionen über Inhalte und Qualität des Kulturbegriffs zu führen. In diesem Zusammenhang sind durchaus wieder Themen wie "konservatives Kulturverständnis" und "bildungsbürgerliche Angebote" erlaubt.

Die inhaltliche Diskussion ist auch aus anderen Gründen erforderlich. Die mit der Globalisierung einhergehenden Grenzverwischungen, der technologische und wirtschaftliche Wandel führen bei vielen Menschen zur Ver-

unsicherung. Das weckt wiederum eine starke Sehnsucht nach kultureller Identität. Parallel dazu entwickelt sich das Phänomen des "cultural cross over" in der Jugendkultur unserer großen Städte. Junge Migranten bzw. Ausländer der zweiten und dritten Generation versuchen, ihre eigenen kulturellen Wurzeln mit der Kultur des Heimat bzw. Gastlandes zu verbinden, was zu interessanten Hybridbildungen führt.

Der Kommunale Kulturauftrag muss in dieser Welt gesellschaftlicher Orientierungssuche Angebote und Möglichkeiten schaffen, die eigene kulturelle Identität wieder stärker in den Blick zu nehmen, eine inhaltliche Bestimmung vornehmen, die sich nicht von rasch wechselnden Moden der öffentlichen Meinung leiten lässt, sondern von bewusster Wertorientierung. Es wäre hilfreich, an den Kulturbegriff aus der Antike anzuknüpfen, der vom Verb colere (pflegen, bearbeiten) abstammt. Aus diesen Inhalten leiten sich Legitimation und Absicherung des kommunalen Kulturauftrags ab.

In diesem Zusammenhang wurde von der "politischen Pflichtaufgabe" gesprochen. Kosten für Kultur dürfen nicht als konsumtive sondern müssen als investive Ausgaben betrachtet werden. Der Auftrag der kulturellen Bildung kann auch in einem Haushaltssicherungskonzept untergebracht werden.

Kulturpolitiker müssen den Mut und das Selbstbewusstsein haben, Inhalte und Werte zu de-

finieren. Zu den besonderen Herausforderungen ihrer Arbeit seien einige Ergebnisse eines entsprechenden Forschungsprojektes zusammengefasst:

Kommunale kulturpolitische Arbeit ist ehrenamtliche Arbeit. Vielen Beteiligten im kommunalpolitischen Partizipationsprozess ist die genaue Rolle und Funktion ehrenamtlicher Kommunalpolitiker/innen überhaupt nicht klar. Hier muss mehr öffentliches Bewusstsein hergestellt werden.

Kulturpolitik spielt innerhalb der gesamtpolitischen Gemengelage in den jeweiligen Fraktionen eine eher untergeordnete Rolle. Eine wesentliche Aufgabe liegt also darin, deutlich zu machen, welche Wertigkeit Kunst und Kultur für die Entwicklung des Gemeinwesens haben.

Kommunale Beteiligungen sind "untersteuert". Vor allem im Kultursektor gibt es mittlerweile neue Betriebsformen, die u.a. auf kommunale Beteiligungsunternehmen hinauslaufen. An der politischen Steuerung solcher Konstruktionen mangelt es erheblich. Kommunale Mandatsträger brauchen vermehrt Informationen zum Ausüben dieser Funktionen.

Eine starke Verwaltung dominiert die Politik, aber Politik gelingt nur mit Unterstützung von Verwaltung. Im Extremfall könnte Verwaltung Politik ausbremsen und eigene Vorstellungen mit Unterstützung basisdemokratischer Elemente durchsetzen. Diesem Konflikt muss

sich Kommunalpolitik in der Auseinandersetzung mit Partizipationsmodellen stellen.

Kommunalpolitiker/innen haben bei gleichbleibend wenig Freizeit mehr kommunalpolitische Aufgaben zu bewältigen. Das erfordert eine Diskussion über zusätzliche Unterstützungsleistungen materieller wie immaterieller Art, um überhaupt noch zu einer Amtsübernahme zu motivieren.

Alle Referate und Diskussionsbeiträge der Foren können ausführlich nachgelesen werden in:

www.politik-fuer-kommunen.de

Auf dieser Internetseite der Abteilung Kommunalpolitik wird ein "E-Treff" unter dem Titel "Statt der Krise die Perspektive –kommunale Kulturpolitik bei knappen Kassen" eingerichtet.

Zur Tagung "**10 Jahre Hauptstadtarchitektur**" s. den Bericht in der FAZ vom 16. Mai 2003: "Ohne Band kein Bund".

Gastbeitrag

Was wir nicht wissen können und dennoch wissen müssen. Kulturpolitik in der Wissensgesellschaft als Ertüchtigung des Imaginärsinnes

(Aus dem Bericht über den ersten Jahrgang 2002 des Collegium PONTES Görlitz / Zgorzelec / Zhorelec)

von Prof. Dr. Matthias Theodor Vogt, Institut für kulturelle Infrastruktur Sachsen, Görlitz

Es gilt, den Begriff der Wissensgesellschaft neu zu definieren. Wissen im heute notwendigen Sinne ist nichts Enzyklopädisches, es ist mehr als die notwendige Vorbedingung für Entscheidungen. Das in Politik wie Kultur und übrigens auch in der Wirtschaft benötigte Wissen geht darüber hinaus. Als komplexes Wissen beinhaltet es neben einem Realanteil auch einen Imaginäranteil.

Für die Übung im Überschreiten des Horizontes ist keine Wissenschaft zuständig. Wohl aber die Künste. Wer, wenn nicht sie, vermöchte uns zu lehren, was wir nicht wissen können und dennoch wissen müssen?

Daß sich aus einem solchen Ansatz, durch Kulturpolitik den Imaginärsinn zu ertüchtigen, kritische Fragen nicht nur an die aktuellen Politiken der Kulturverantwortlichen, sondern auch an die Kulturinstitutionen ableiten, versteht sich.

Komplexes Denken: die i-Frage

Anekdote Ischia

Zu Forio auf Ischia im Golf von Napoli gab es, so erzählt man sich, in den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts ein Konzert. Der Sommerabend war lau, die Piazza gefüllt mit zahlreich erschienenen Gästen, das Orchester renommiert, das Programm gut ausgesucht. Der Dirigent erschien, hob den Taktstock, und eine wunderschöne Musik erklang. Die Musik zu Ende – Stille. Keiner klatschte. Dirigent und Musiker blickten sich an, mit verdoppeltem Einsatz ging es in das nächste Stück. Und wieder die Musik zu Ende – und wieder Stille. Da legten die Musiker die Instrumente weg und klatschten sich selber Beifall.

Analyseversuch Ischia

Was war geschehen? Haben die Musiker gegen das Publikum revoltiert, empört über die offensichtliche Geringschätzung ihrer Darbietungskunst? War es eine einfache Trotzreaktion? Oder waren sie belustigt und haben nun ironischerweise die Funktion des Publikums selbst übernommen?

Oder aber haben wir es gar mit einem gewitzten Publikum zu tun, das den Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz studiert hatte: "Die Kunst ist frei" – so frei, dass es der Anteilnahme des Publikums vielleicht gar nicht bedarf? Ist dies nicht die Kehrseite des deutschen Idealismus, dass der Ei-

¹ Arthur Schopenhauer: *Die Welt als Wille und Vorstellung, Sämtliche Werke, Großherzog Wilhelm Ernst-Ausgabe, Band 1, Leipzig (Insel) 1905, S. 319.*

genwert der Kunst – in Ablösung religiöser Transzendentalia – so hoch gestellt wird, dass es philosophisch betrachtet auf Interaktion mit Publikum gar nicht mehr ankommt? Spricht nicht Schopenhauer vom "Zeitalter, d.h. die jedesmalige stumpfe Menge"¹? Und wenn die Menge den Dienst an der Kunst nicht erfüllt, sind dann die Berufenen nicht sogar verpflichtet, dem Geist der Musik zu huldigen? Haben vielleicht die Musiker gar nicht sich selbst geklatscht, vielmehr dem *genius musicae et auctoris*?

Aber ist das noch ästhetisch? Haben nicht schon die Griechen das Schöne und das wahrhaft Nützliche ineingesetzt? Was bleibt von der Kunst, wenn man das Nützliche entfernt und nur das im modernen Sinne Schöne verbleibt?

Im ökonomischen Sinn geht das Publikum einen Vertrag ein, indem es neben den Lira und seinem Zeitbudget auch Konzentration, also eine geistige Anstrengung, einsetzt und hierfür den Gegenwert einer gelungenen Darbietung erwartet. Für die es nach gängigem abendländischem Habitus mit Klatschen zu danken gewillt ist. Aber dieser Vertrag verpflichtet das Publikum nur zur Präsenz, nicht zur Zustimmung. So, im Schweigen zu Forio, lief der Vertrag ins Leere.

Ökonomie-, vertrags- und kommunikationstheoretisch ist der Besuch eines Konzertes ein komplizierter Akt. Das Publikum als Empfänger der vom Orchester als Sender ausgelösten Stimmung; das ist die Situation

während des Stückes. Und nun kommt der berühmte Moment, in dem der Dirigent noch seinen Stock erhoben hält, während das Stück schon verklungen ist, Orchester aber und gegebenenfalls Chor nicht ausatmen dürfen, damit die Spannung ins Publikum wandern kann und dieses sich im Applaus zum Sender wandelt, während die Musiker abspannen und freudig lächeln. Der Applaus fällt gegebenenfalls so atembetäubend und durchsetzt mit DaCapo-Rufen aus, dass das Orchester eine Zugabe gibt, also wieder zum Sender wird. Kurz: wenn Kultur, zum Beispiel ein Konzert, funktioniert, handelt es sich um eine klassische Win-Win-Situation, wie die Ökonomen sagen würden. Verona. Auf Forio aber: eine ganz unklassische Lose-Lose-Situation? Funktioniert Kultur nicht, noch nicht oder nicht mehr?

Was eigentlich heißt Kultur in dem Sinne, dass man daraus eine Kulturpolitik aufbauen und konkret agieren könnte?

In Mitteleuropa

Wenn unser Konzert weder auf Ischia noch in Sachsen, sondern heute und in einem der Kandidatenländer für den EU-Beitritt stattgefunden hätte, zum Beispiel in Lowetsch in Bulgarien, so hätte es vermutlich einen sehr einfachen Grund für den ausbleibenden Applaus gegeben. Weil die Bewohner der noch vor zwölf Jahren blühenden Stadt schon weggezogen wären. Weil die Verbliebenen in ungeheizte Büros und Schulen gehen müssen und für ein Konzert nicht mehr die Muße aufbringen wollen oder können.

Weil sich die Älteren angesichts hoher Jugendkriminalität vor dem nächtlichen Rückweg scheuen, weil die Jüngeren ihre Kräfte dem Erwerb widmen und mindestens zwei Berufe gleichzeitig ausüben.

Der Hauptgrund aber wäre, dass im heutigen Bulgarien die Musik, jedenfalls die klassische Musik, die bis 1989 eine wichtige gesellschaftliche Bezugsgröße gebildet hatte, so dass gerade die Hochbegabten ein künstlerisches Studium aufnehmen, heute zur Restgröße geworden ist. Die Dozenten sind nach Bochum, Tokio und Boston verzogen, all die Opernhäuser außerhalb Sofias sind mit einer Ausnahme geschlossen, die Begabten unter den Jungen studieren nicht mehr Musik, sie studieren Juristerei und, ach, Ökonomie.

Aber auch Lowetsch, wie das restliche Bulgarien und sein Nachbar Rumänien, wie die Kandidatenländer der ersten Runde und wie im übrigen auch Deutschland, stehen vor der Herausforderung, den Schritt in die Wissensgesellschaft erfolgreich meistern zu müssen, um in der durch gegen Null strebende Transport- und Kommunikationskosten globalisierten - Welt Märkte aufzubauen und zu behaupten. Kann hierzu Kultur einen Beitrag leisten, der über reinen Kulturexport hinausgeht, und, wenn ja, wie ist diese Kultur zu definieren, welche Überlegungen sind aus dieser Definition abzuleiten, welche Strategien, welche konkreten Aktionen?

² vgl. www.kultur.org

Dies war das Themenfeld des ersten Jahrgangs des *Collegium PONTES* Görlitz (polnisch: Zgorzelec, tschechisch: Zhorelec): Kulturpolitik für die Wissensgesellschaft, mit besonderem Augenmerk auf die Situation in den postsozialistischen oder transition countries auf dem Weg in die Europäische Union.²

Klar dabei war von Anfang an nur, dass Konzerte wie das in Forio sicher keinen konstruktiven Beitrag leisten. Sofern nicht die Besucher den Applaus der Musiker als Einladung aufgefasst haben, nun ihrerseits die Instrumente zu ergreifen und freinach Beuys selbst zu musizieren. Doch wie es weiterging, hierüber schweigt sich der Bericht aus.

Unsere Anekdote als Aporem

Bei näherem Zusehen erweist sich die kleine Anekdote als Aporem, als Geschichte, die uns – gr. *aporéo* – ob unseres Nichtwissens ratlos zurücklässt, ja – die zweite Bedeutung von *aporéo* – in Not geraten lässt. Mit der einfachen Logik *Vorsatz (a) Verlauf (b) Ergebnis (c)* kommen wir der Geschichte mit aller Rechts-, Wirtschafts- oder Politikwissenschaft nicht bei. Vielmehr scheint hier eine höhere Logik zu spielen.

Vielleicht hängt das mit der Schwierigkeit zusammen, dass nur schwer von zwei Dimensionen auf eine dritte geschlossen werden kann – man denke nur an all die Häuser, die am Reißbrett entworfen wurden und bei der Übertragung in die Baurealität der entscheidenden Qualität, nämlich der Raumqualität ermangeln (...)

Kultur in der Wissensgesellschaft

Wissensgesellschaft

Und damit sind wir bei einem zentralen Problem der heutigen Gesellschaft. Die Wissensgesellschaft ist gekennzeichnet durch die gesteigerte Anforderung für komplexes Denken.

Komplexes Denken ist ein Denken und ein Formulieren mit Begrifflichkeiten, die einen imaginären Faktor beinhalten, um zu schlüssigen, d.h. operablen Ergebnissen zu gelangen.

Wenn Robert Musil zur Beschreibung der Situation im Wien vor 1914 einen Wirklichkeitssinn beschrieb, dem er einen Möglichkeitssinn gegenüberstellte, so müssten wir heute eingangs des 21. Jahrhunderts diese beiden um einen Sinn für das Imaginäre ergänzen. Es ist sicher kein Zufall, dass jenes Werk, das dieses Imaginäre und die Gefahr, sich in ihm rettungslos zu verstricken, die "Unendliche Geschichte" von Michael Ende, zu einem Welterfolg geworden ist. Und dass sich die einschlägigen Fantasy-Jugendbücher und -Computerspiele gerade in jenen Ländern häufen, in denen die Informationstechnologie am weitesten vorangeschritten ist. Wir alle sind derzeit fast täglich Zeuge, wie das Imaginäre mit seiner Doppelbödigkeit Einzug in die Weltwirtschaft gehalten hat. Während die Gewinne durch Börsenaktionen Papiergewinne sind und imaginären Charakter tragen - kaum ein Prozent der Umsätze sind durch Handels- oder andere Werte gedeckt -, so sind die Ver-

luste speziell der Kleinaktionäre, zum Beispiel bei der Telekom, bei vielen Amerikanern, die ihre Altersvorsorge über pension funds abgesichert hatten, aber auch bei den Großen der Versicherungswirtschaft, höchst real und alles andere als virtuell. Virtuell ist kein zureichender Begriff für unseren Zusammenhang.

Musil schrieb in einer Hochzeit des Positivismus. Seither hat die Technikgläubigkeit keineswegs abgenommen, wie der Anteil der Natur- und Technikwissenschaften am aktuellen Budget der Deutschen Forschungsgemeinschaft beweist. Aber auch innerhalb der sogenannten Lebenswissenschaften gibt es mittlerweile Theorien wie die Maia-Theorie oder die morphogenetischen Felder eines Rupert Sheldrake, dessen formative causation imaginäre Elemente enthält und zu verblüffenden Ergebnissen führt, die den Horizont der Schulwissenschaft übersteigen.

Die Frage stellt sich nicht, ob die Welt komplexer geworden ist. Die Komplexität der Vorgänge beispielsweise auf der politischen Ebene dürfte an sich die gleiche geblieben sein. Positiv gesprochen: einen Alexander, der den gordischen Knoten durchhaut, gab es früher ebenso wie heute einen amerikanischen Präsidenten, der angesichts der Armee-inkompatiblen Low Intensity Conflicts³ der ganzen Welt den Krieg erklärt und sein

³ vgl. *Martin van Creveld, Die Zukunft des Krieges (The transformation of War, New York 1991). München, 1998.*

Verteidigungsministerium dadurch ins Defizit stürzt (trotz der ungeheuerlichen Budgetsteigerung war Anfang Juli 2002 schon das Septembergeld ausgegeben). Negativ gesprochen: die Fähigkeit des Menschen zur zutreffenden Prognose war und ist beschränkt: "Das Mißliche an der Prognose ist, daß sie es mit der Zukunft zu tun hat" (Niels Bohr).

Solange aber die Bewältigung komplexer Probleme auf eine kleine Schicht beschränkt blieb, zu deren Erziehung die jeweilige Gesellschaft hohe Ressourcen aufwandte - man denke an die Grande Tour des barocken Adels im Werte abertausender Jahresgehälter der Latifundienknechte -, und die anderen minderkomplexe Probleme zu lösen hatten, solange stellte sich die Situation anders dar, als heute, wo die Benutzung der einfachsten Gerätschaften schon fast ein Studium voraussetzt (das jedoch selten zum Erfolg führt, da die meisten Gebrauchsanleitungen aus dem Japanischen ins Englische maschinell übersetzt wurden).

Es kennzeichnet die Wissensgesellschaft, dass die Bewältigung des täglichen Lebens die Fähigkeit zum erfolgreichen Einsatz komplexen Denkens nicht nur bei einer kleinen Schicht, sondern praktisch bei allen Mitgliedern der Gesellschaft voraussetzt. Bis nach dem Zweiten Weltkrieg besuchten in Deutschland 5% der Bevölkerung die Hochschulen, heute sind es 28%. Doch eine erneute Bildungsrevolution wie in den 60er Jahren, die noch mehr Studierunfähige oder zumindest

Studierunwillige an die Hochschulen spült, ist nicht die Lösung des Problems, vielmehr kommt es an allen Bildungsplätzen, gerade und besonders bei der beruflichen Bildung, auf die Vermittlung des komplexen Denkens an. In diesem Zusammenhang stimmt es durchaus nachdenklich, dass die Anforderungen in der Lehre, beispielsweise bei der Ausbildung zum Buchhändler oder gar zum Drogeristen, in manchen Feldern die Anforderungen an einen Studenten übersteigen.

Komplexität ist geradezu ein Kennzeichen bei allen wirtschaftlichen Prozessen geworden. Das beginnt bei der Bürokratie. Die OECD-Auflistung der notwendigen Formulare für Steuer, Zoll, Berufsgenossenschaft, Amtsgericht, Kammern selbst in den Transition Countries umfasst selbst mehrere Seiten. Die deutschen Steuerberater sind kürzlich bei ihrer Dresdner Jahrestagung in den offenen Aufstand gegen die Finanzlerlassverwaltung getreten. Wie fern sind die Zeiten des biblischen Zehnten! Dies ist aber nur die Binnenperspektive, an der zu scheitern kleinere Unternehmen notwendigerweise bereits verurteilt sind, besonders solche in Gründung begriffene. Die meisten dieser Vorschriften stammen aus einem politischen Raum, der von einem Idealunternehmensbild ausging, das mit der heutigen Wirklichkeit immer weniger korreliert. Wirtschaftspolitik ist an der Wurzel ein kulturelles Phänomen, insofern als ihre Prognosen und Vorschriften notwendigerweise von einem

vereinfachten Bild ausgehen und somit stets nach einer auch kulturell getragenen Interpretation verlangen.

Auch die der Bildungspolitik zugrundeliegenden Bilder des Wirtschafts-, nämlich des Berufslebens - die berühmten Berufsbilder - korrelieren mit der Wirklichkeit immer weniger. Die Spezialisierung unserer kostenintensiven Helfer ist so weit vangeschritten, dass sie bei einem komplexen Problem, das mehr als eine Fertigkeit erfordert, zu versagen drohen. Als bei mir kürzlich das E-mail-System des Computers versagte und ich den Techniker rief, erhielt ich zwar schon am nächsten Tag eine Rechnung von mehreren hundert Euro, aber das Problem hatte er nicht lösen können. Ich selbst, der von Computern eigentlich nichts verstehe, musste zwei Arbeitstage und zahlreiche Telefonate investieren, um die diversen Netzwerke wieder in Gang zu setzen (am meisten Zeit kostete es natürlich, meine eigenen Fehler wieder zu beheben).

Und damit sind wir bei einem weiteren Problem der Bildung in der Wissensgesellschaft. Sie sprengt die tradierten didaktischen Formen. Mit dem Fach Computeranwendung, vulgo: Wirtschaftsinformatik, haben wir bei unserem Görlitzer Studiengang "Kultur und Management" die größten Probleme. Und zwar deshalb, weil einerseits die Vorwissensstände, andererseits die Lernfortschrittskapazitäten so grob unterschiedlich sind, dass ein geregelter Unterricht mit Lehrer dort und Studenten hier nicht mehr mög-

lich ist. Da Sie alle von der Physik der Krümmung eines Bongo-Gehörns, einer afrikanischen Antilopenart, wahrscheinlich nichts verstehen, wäre es unproblematisch, Ihnen darüber eine Vorlesung zu halten. Aber da Sie vermutlich alle einen Computer zumindest benutzen, wo sollte ich da anfangen bei einem Excel-Kurs?

Es ist geradezu systemtypisch für die Globalisierung, dass das individuell Nützliche jenseits der unmittelbaren Erfahrungshorizonte liegt. Damit ist sowohl die Informationsbeschaffung als auch die Aneignung ungleich schwieriger als das Hineinwachsen in neue Verantwortungszusammenhänge innerhalb eines gegebenen stabilen sozialen Kontextes. Wir können es hier kurz bezeichnen als Lernen müssen ohne auf Vorbilder zurückgreifen zu können.

Wenn es um den Markt geht, der unaufhaltsam global geworden ist, Welch unendliche Mengen an Informationen gilt es da zu filtern, um die angestrebte Position auf dem Weltmarkt realistisch einzuschätzen, zu erringen und schließlich zu behaupten! Wie fern sind die Zeiten der Hirschhornknopf-Produktion in Spitzcunnersdorf. Wie sollen zumal jüngere Unternehmen diese Wissensgenerierung durch Informationsfilterung angemessen leisten können bzw. wie sollen sie an die Ressourcen für eine externe Informationsbesorgung gelangen? Aber auch dann bedürfen sie unternehmensintern wiederum des komplexen Denkens, um ihr Wissen zuverlässig in die komplexen Betriebsabläufe umzusetzen.

Es ist unsinnig, die Wissensgesellschaft zu definieren als historisch nächste Etappe nach Agrargesellschaft, Industriegesellschaft, Dienstleistungsgesellschaft und nun eben Wissensgesellschaft.

Natürlich hängt nicht mehr alles vom Boden ab, wie die Physiokraten des 18. und heute noch ein Schweizer Wirtschaftswissenschaftler glauben. Aber nach wie vor brauchen wir Menschen Lebensmittel zum Überleben und also Bauern, die sie produzieren. Dabei ist Zypern m. W. der einzige Staat in der EU-27, bei dem das von den Bauern erzeugte BIP höher ist als der entsprechende Anteil an Arbeitsplätzen. Dies lässt auf eine Zukunft mit wieder schmeckenden Lebensmitteln hoffen. Jedoch auch hier geht um es 2% der Gesamtwirtschaft, soviel wie in Frankreich, wenn man die Subventionen wegchnet.

Auch ist es nicht so, dass Industrieprodukte keine Rolle mehr spielen. Selbst in den USA erzeugen sie einen Anteil von 11% am BIP, wobei diese Zahl keine realistische ist, da sie die ausgelagerte Buchhaltung, Rechtsberatung, Altersversorgung nicht umfasst, also einen Großteil der statistisch als Dienstleistungen ausgewiesenen Wirtschaftsbereiche.

Präziser wäre es also, unter Dienstleistungen nur das zu verstehen, was einerseits die Vielzahl der öffentlichen Systeme (Staat, Kommunen, Sozialsysteme) mit rund einem Drittel des BIP verbrauchen, andererseits diejenigen Angebote, die

von der Nachfrage Privater im Sinne von Privatleuten erzeugt werden, also Privatversicherungen, private Altersvorsorgesysteme, das Reisewesen und der weitere Freizeitbereich etc. Diesen drei – oder wenn man die öffentlichen Systeme separat rechnen will – vier Sektoren des Wirtschaftslebens fügt die sog. Wissensgesellschaft keine weitere Stufe hinzu. Vielmehr stehen alle Sektoren recht gleichmäßig unter dem Diktat des komplexen Wissens. Ins Politische gewendet, ist die Befähigung möglichst der gesamten Gesellschaft zum komplexen Denken die zentrale politische Herausforderung beim Übergang ins 21. Jahrhundert.

Die Frage lautet: ist diese politische Herausforderung von den klassischen Instrumenten des klassischen Staates noch zu leisten?

Die Hypothese des Collegium PONTES 2002 lautet: nein, es handelt sich vielmehr um eine kulturpolitische Herausforderung. Wobei unter Kulturpolitik sicher nicht die Frage nach der Steuerfinanzierung von Staatsopern zu verstehen ist. Wie sollte oder muss man Kultur in der Wissensgesellschaft vielmehr definieren? Als Bedeutungssystem nach Clifford Geertz, als Wertesystem in der Tradition Max Webers und Talcott Parsons, als Repertoire von Handlungsstrategien nach An Swidler (um nur einige der Autoren zu nennen)?

Die ethische Dimension des Wachstums und Mittelosteuropa

Eine übergeordnete Perspektive für den Begriff "Kultur" bietet

die Frage Platons: "Was ist der Sinn des Lebens?" Auf die Platon die Antwort gibt: "Das Gute schmecken zu lernen!"

Nach dem Wegfall des Sozialistischen Systems als Gegengröße zum westlichen System hat letzteres vielfach Zweck und Mittel vertauscht und die instrumentellen Werte des Kapitalismus zu para-ethischen Werten der globalisierten Welt überhöht. Die historische Leistung von Johannes Paul II. liegt ja wesentlich im Sturz des sowjetischen Imperiums, der seinerseits allerdings das Ergebnis hat, dass eben diese Länder nun energisch um eine neue Mitte ihres gesellschaftlichen Lebens ringen müssen. Ihr Dilemma hält "Centesimus Annus" bereits 1991 fest:

Diese Kritik richtet sich nicht so sehr gegen ein Wirtschaftssystem als gegen ein ethisch-kulturelles System. Die Wirtschaft ist ja nur ein Aspekt und eine Dimension der Vielfalt des menschlichen Handelns. Wenn sie verabsolutiert wird, wenn die Produktion und der Konsum der Waren schließlich die Mitte des gesellschaftlichen Lebens einnehmen und zum einzigen Wert der Gesellschaft werden, der keinem anderen mehr untergeordnet wird, so ist die Ursache dafür nicht allein und nicht so sehr im Wirtschaftssystem selbst als in der Tatsache zu suchen, dass das ganze sozio-kulturelle System mit der Vernachlässigung der sittlichen und religiösen Dimension versagt hat und sich nunmehr allein auf die Produktion von Gütern und Dienstleistungen beschränkt.

Das alles lässt sich zusammen-

fassen, indem man noch einmal feststellt, dass die wirtschaftliche Freiheit nur ein Element der menschlichen Freiheit ist. Wenn sie sich für autonom erklärt, das heißt, wenn der Mensch mehr als Produzent bzw. Konsument von Gütern, nicht aber als ein Subjekt gesehen wird, das produziert und konsumiert, um zu leben, dann verliert sie ihre notwendige Beziehung zum Menschen, den sie schließlich entfremdet und unterdrückt.⁴

Wachstum und Wirtschaft der Welt jenseits von Bilanzen und BIP-Indizes zu definieren ist der Auftrag des Johannesburger Gipfels im September 2002. Seine ethische Dimension charakterisiert Markus Vogt, Umwelttheologe an der Hochschule Benediktbeuern:

Wirtschaftliches Wachstum in einem global verträglichen und lebensdienlichen Sinn bedeutet nicht ständige Steigerung der Materialproduktion, sondern den Übergang zu einer weniger material- und energieintensiven Wertschöpfung durch intelligente Technik, eine stärkere Akzentuierung von Dienstleistungen sowie durch die Ausrichtung der gesamten Kultur auf geistiges und spirituelles Wachstum statt auf Massenkonsum. Der Konflikt zwischen unserem Wachstumsstreben und den Bedürfnissen der Entwicklungsländer ergibt sich vor allem aus einem falschen Verständnis des Wachstums als Leitgröße unserer Zivilisation.⁵

Politik in ihrer einfachsten Definition ist die Arbeit an Hoffnungen und Ängsten. Die Ge-

schichte Mittel- und Osteuropas seit 1989 kann vielfach als Geschichte enttäuschter Hoffnungen geschrieben werden. Insbesondere ist der avisierte EU-Beitritt ein Projekt für die dynamischen Elemente der Gesellschaft, bei dem die weniger dynamischen zurückbleiben; man denke an die polnischen Rentner. Der dreifache Ineinsfall von Übergang zur Demokratie, Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft und Übergang zur Globalwirtschaft ist eine ungeheure, an sich Generationen beanspruchende Aufgabe, deren Ausmaß aus westlicher Perspektive kaum adäquat wahrgenommen werden kann, aufgrund eigener Transformationserfahrung von Sachsen aus etwas leichter. Dass die Modernisierung beispielsweise in Szczecin, das fast ausschließlich auf eigene Kräfte verwiesen ist, besser gelingt als im unmittelbar anschließenden Vorpommern, das an das bundesstaatliche System insbesondere der Arbeitsförderung angeschlossen ist, steht auf einem anderen Blatt.⁶

⁴ Johannes Paul II.: *Centesimus Annus vom 1. Mai 1991*, 5. Kapitel: *Das Privateigentum und die universale Bestimmung der Güter*, Abschnitt 39.

⁵ Markus Vogt, *Benediktbeuern: Interview für den Europäischen Religiösen Nachrichtendienst SIR zum bevorstehenden Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 26.08. – 04.09.2002 (Manuskript)*.

⁶ vgl. Walter Willenweber, *Einwanderungsblockaden. Kafka. Zeitschrift für Mitteleuropa*. Hg. von Goethe-Institut Inter Nationes. Heft 6 / 2002, S. 6.

Der historische Umfang der Aufgabe wird deutlich, wenn man realisiert, dass mancherorts, besonders in den Regionen Osteuropas und jenen Südosteuropas außerhalb des ehemaligen Habsburgerreiches wie im westlichen Moldavien, Bulgarien oder Serbien, schon der Anschluss an die Aufklärung schwer fällt, geschweige denn an die sogenannten postmodernen Strukturen.

Wobei für Deutschland und die westeuropäischen Staaten gilt, dass die Aufklärung nicht gescheitert ist, wie manche behaupten. Vielmehr ist ihr Auftrag, der sich grob als quantitative Befriedigung von Wohlfahrt umschreiben lässt, erfüllt. Die Frage heißt jetzt: wohin wollen wir uns entwickeln? Und im Zusammenhang der EU-Integration: können wir bei diesem Fragen von den EU-Kandidaten vielleicht so manches lernen, wie insbesondere Andrei Plesu betont hat?

Für die Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Situation in den Ländern Mittel- und Osteuropas entscheidend ist, neben allgemeinen Aspekten wie insbesondere der Eigentumsordnung, eine Stärkung der lokalen und regionalen Eigenkräfte. Ihr jedoch wird durch die in den Staaten selbst erfolgte Zentralisierung keinen Vorschub geleistet. Krasses Beispiel ist die tschechische "Regionalisierung" der Theater außerhalb Prags, deren Titel im Staatshaushalt auf Null gesetzt wurde ohne Rücksicht darauf, ob die Kommunen Vorkehrungen getroffen hatten oder nicht. Ein weites, und im *Collegium* lange diskutiertes

Feld ist das der kulturellen Identität in den Beitrittsländern, inwiefern es durch den Beitritt zu einer Schwächung, Stärkung, zur Transkulturation oder Akkulturation, zur Hybridisierung, Bricolage, Kreolisierung oder einem neuen Ökotypus kommt. Sicher jedenfalls ist, dass der interkulturellen Kompetenz, also der "Fähigkeit ein Zeichenrepertoire zu identifizieren und mit ihm umzugehen" (Dirk Baecker),⁷ eine hohe Bedeutung zuwächst.

Der Blick auf die Beitrittsverhandlungen mit ihren 33 Kapiteln zeigt, in welchem Maß das ursprüngliche Konzept der Europäischen Einigung, das doch ein Friedenskonzept war, verloren gegangen ist. Das erhebliche Maß an Spannungen zwischen den Einzelregionen Mittel- und Osteuropas wird weder zureichend berücksichtigt noch wird Vorkehrung zur Konfliktminderung getroffen. Die bürokratischen Regularien verbieten mitunter explizit eine Annäherung über die Binnengrenzen des MOE-Raumes hinweg, beispielsweise im Sokrates-Bereich zwischen den rumänischen und den ungarischen Universitäten.

Das Grundproblem ist, dass die europäische Union noch immer als Wirtschaftsraum konzipiert ist und sich nicht als ethisch-kulturelles System gemeinsamer politischer Voraussetzungen begreift, die der oben genannten wirtschaftlichen Freiheit klare Grenzen setzt, sondern im Gegenteil die Begrenzungen der wirtschaftlichen Freiheit insofern einseitig aufhebt, als die Verantwortung für etwaige Ge-

genkräfte bei den Nationalstaaten verbleibt. Ob sich dies durch den Verfassungskonvent ändern wird, bleibt abzuwarten.

In unserem Zusammenhang jedoch ist festzuhalten, dass die ethische Dimension von Politik nicht identisch sein kann mit Kulturpolitik. Versteht man unter "Kultur" die ethischen Werte, so bilden sie den Grund, auf dem alle Politik aufbaut oder, siehe die Appelle im Zusammenhang des Johannesburger Gipfels, zumindest aufbauen sollte,

⁷ Dirk Baecker, *Globalisierung und kulturelle Kompetenz*. In: *Id., Wozu Kultur?*, Berlin 2000, 18.

⁸ „Es gehört zur Struktur des freiheitlichen Rechtsstaates, daß er von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann.“ Vgl. dazu Paul Kirchhof: *„Der Verfassungsstaat lebt von Voraussetzungen, die von den Freiheitsberechtigten geschaffen werden, die der Staat aber rechtlich zu regeln, zu stützen, zu entwickeln und zu fördern hat“*. In *„Staat, Nation, Europa. Studien zur Staatslehre, Verfassungstheorie und Rechtsphilosophie“* (Frankfurt 1999) rückt Ernst-Wolfgang Böckenförde von der früheren apodiktischen Formulierung eher ab und hält *„eine politisch initiierte aktive Bewußtseinsbildung, die vom Staat getragen wird“*, für denkbar. Zitiert nach Stephan Rixen, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.3.2000.

⁹ *„Das Land muß im Einzelfall beweisen, warum Kulturförderung unterbleibt.“* Ulrich Karpen, *Rechtsgutachten zum Sächsischen Kulturraumgesetz im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst*. Universität Hamburg, Seminar für Öffentliches Recht und Staatslehre, Forschungsstelle für Kulturverfassungs- und -verwaltungsrecht, 7. September 2001 (Manuskript), S. 7.

sie sind aber nicht Gegenstand dieser Politik. Wie ja schon Böckenförde feststellte, dass die Demokratie auf Werten basiert, die sie selbst zu schaffen nicht in der Lage ist.⁸

Kulturpolitik als Ertüchtigung des Imaginärsinns

Kulturpolitik lässt sich beschreiben als Ermöglichung, und zwar Ermöglichung durch einen Akteur, auf dass die Subjekte seiner Politik im Sinne Platons "das Gute schmecken lernen".

Wobei im Altgriechischen das kalón, das Schöne, das sittlich-Gute, das agathón, als Nebenbedeutung immer impliziert und umgekehrt, also nicht ohne ethische Dimension vorstellbar war. In heutigen Zeiten könnte man von der notwendigen Funktionalität reden, in dem Sinne, dass Kunst oder Kultur eingebunden bleiben muss in allgemeinere Zusammenhänge und erst dann zum Objekt von Kulturpolitik werden kann, wenn das Kunstwerk nicht als autonomes verstanden wird. Die Freiheit der Kunst impliziert, auch wenn eine geradezu tollkühne Volte des Hamburger Rechtswissenschaftlers Ulrich Karpen dies kürzlich behauptete,⁹ keine Staatsverpflichtung zu ihrer Finanzierung. Wohl aber ist es legitim, dass der Staat unter den Mitteln, die er zur Verwirklichung seiner übergeordneten Ziele benötigt, sich der Kunst bedient und sie dann finanziert, wenn ihre Mittelverwendung seiner Zielsetzung entspricht.

Wenn, wie oben dargestellt, die Befähigung möglichst der gesamten Gesellschaft zum komplexen Denken die zentrale

politische Herausforderung beim Übergang ins 21. Jahrhundert ist und die klassischen Instrumente des klassischen Staates hierbei versagen, und wenn die Hypothese des COLLEGIUM PONTES 2002 lautet: es handelt sich hierbei um eine kulturpolitische Herausforderung, wie können dann Kultur und Kunst entsprechend eingesetzt werden?

Unsere Antwort heißt: durch die Mithilfe bei der Ausbildung des Imaginärnsinns - neben Wirklichkeitssinn und Möglichkeits-sinn - möglichst in der gesamten Gesellschaft. Ein Missverständnis sollte hierbei nicht auftreten: der Imaginärnsinn bedarf der beiden anderen Sinne, des Sinnes für das Mögliche bzw. für die vorgegebenen Möglichkeiten ebenso wie des Sinnes für das Wirkliche, so wie diese ihn und einander brauchen.

Organisation der Kulturpolitik: die k-Frage

Es stellt sich abschließend die Frage, wie denn der Gedanke einer Ertüchtigung des Imaginärnsinnes in konkrete Politik, genauer: in eine staatliche Organisation umgemünzt werden kann.

Ein eigenständiges Kunstministerium in dem Sinne, wie es jetzt auf Bundesebene wieder gefordert wird, wäre ja wiederum nur auf die Förderung einzelner Institutionen oder bestenfalls Projekte verwiesen. Als Unterabteilung des Wissenschaftsministeriums, wie derzeit in Sachsen, hat es eher noch weniger politische Kraft. Der Gegensatz zwischen Hoch- und Breitenkultur bleibt unproduktiv.¹⁰

Anders wäre es mit einer Transversal-Organisation. Auf der Landesebene zum Beispiel mit einem Kulturbeauftragten in der Staatskanzlei, dem in allen Ressorts ein Kulturbeauftragter mit Sitz im Z-Referat, also in unmittelbarer Nähe des jeweiligen Fachministers, zugeordnet wäre. Und so wie heute schon, jedenfalls in Sachsen, bei jedem Gesetzesvorhaben ein Punkt F wie finanzielle Folgekosten aus dem Vorhaben und ein Punkt U wie Umweltauswirkungen sorgfältig bedacht und ausgefüllt werden muss, so könnte künftig bei jedem Gesetzesvorhaben ein

¹⁰ Zu einem ebenso politischen wie philosophischen, aus Goethes Farbenlehre entwickelten Beitrag über die Notwendigkeit, Komplimentaritäten stehen zu lassen statt sie aufzulösen, vgl. Hartmut Marhold: *Geist des Widerspruchs. Wilhelm Meisters Lehrjahre als naturwissenschaftlich fundiertes Gesellschaftsmodell* (Manuskript, Köln o.J.).

¹¹ Ähnlich, aber aus der Binnenperspektive der Kultur und für die kommunale statt für die von ihm mitverantwortete Bundesebene argumentiert Julian Nida-Rümelin, Staatsminister für Kultur und Medien, wenn er feststellt: "Wir haben in den Kommunen relativ komplizierte Verfahren der Umweltverträglichkeitsprüfung und der Sozialverträglichkeitsprüfungen von Planungsvorhaben. Wir haben merkwürdigerweise keine Kulturverträglichkeitsprüfungen." (Julian Nida-Rümelin, Redetext auf dem „Treffen regionaler Kulturforen mit dem Vorstand und den Mitgliedern des Bundes-Kulturforums der SPD“ am 10. März 2001 im Willy-Brandt-Haus, Berlin. Zitiert nach: <http://www.kulturforen.de>. (Ich danke Ph. Bormann für den Hinweis.)

Punkt K wie kulturelle Wirkungen auszufüllen sein.¹¹

Was sind die Folgewirkungen, um nur ein Beispiel zu nennen, etwa von Schulschließungen? In Sachsen werden diese aufgrund des demographischen Wendeknicks derzeit viel diskutiert. Für die Identität der dörflichen Gemeinschaft? Für die am Abreagieren ihrer morgendlichen Motorik gehinderten, da künftig im Schulbus sitzenden statt zur Schule laufenden oder radelnden Kinder? Für die Unvermerktheit des Rauschgiftkonsums (derzeit etwa 20% der Schüler) etc.? Wie hoch fallen die Kosten von Schließung oder Nichtschließung aus, im haushalterischen und im politischen Sinn? Wären die Eltern nicht eventuell bereit, den Unterschied zwischen einer zentral gelegenen, also günstig zu bewirtschaftenden staatlichen Schule und einer mit geringeren Schülerzahlen notwendigerweise etwas teureren Schule vor Ort selbst zu tragen? Die staatliche Verpflichtung kann ja nicht für das *suum cuique* gelten (jedem das Seine), sondern nur für das *idem cuique* (jedem das Gleiche) gelten. Aber müssen diese staatliche Verpflichtung und die staatliche Schulorganisation die *ratio unica* von Lernen sein? Das sächsische Kabinett hat kürzlich beschlossen, die Zuschüsse für Privatschulen von 80% auf 75% zu senken. Wäre es nicht zukunftsweisender, den Satz umgekehrt auf 90% der tatsächlichen Kosten bei einem Maximum von 80% der staatlichen Vergleichskosten zu senken, um das eine große Plus der Privatwirtschaft, den kreativen Um-

gang mit Kosten, nicht zu bestrafen, sondern zu belohnen? Moderne Politik ist, wie das Beispiel zeigt, ein Vorgang, der mit hochkomplexen Feldern zu tun hat, und selbst nicht minder komplex ist. Die Ressortautonomie verträgt sich damit herzlich schlecht. Man macht sich in Deutschland selten klar, dass die Grundsätze der heutigen Verwaltungsorganisation rund vierhundert Jahre alt sind. Wie kürzlich wieder betont wurde,¹² gehen sie wesentlich auf das gegen-gegen-reformatorische Umfeld der "Leges Societatis christianae" (1620) von Andreae und seine "Christianopolis" zurück, sind also tief im Mechanistischen verwurzelt. Wie will man sich der Herausforderung des komplexen Denkens stellen, wenn man es nicht in die eigene Organisation integriert? Ein solcher Punkt **K** würde die Ressorts zu einer weit höheren Zusammenarbeit zwingen als es derzeit der Fall ist.

Wie sieht es aber umgekehrt innerhalb der Kultur aus? Julian Nida-Rümelin argumentiert: "Kulturpolitik [ist] nicht nur eine Querschnittsaufgabe, sondern eine Verpflichtung der jeweils Verantwortlichen in der Kulturpolitik, sich permanent in andere Ressorts einzumischen, obwohl dieses natürlich nicht sehr beliebt ist."¹³ Und wenn nun diese sich in die Kultur einmischen und fragen, wie es mit der Komplexitätsvermittlung in den geförderten Kunstprojekten aussieht? Was wüssten da wohl die Verantwortlichen für die diesjährige Documenta XI zu antworten, bei deren Künstlerauswahl, wie speziell die amerikanischen

Kritiker meinten, nach Unkomplexität und Unsubtilität entschieden wurde? Und wer, außer den Künstlern, hat Beifall geklatscht? Wem hätte man in Kassel einen Stein setzen wollen wie ihn Jacopone de Todi erhalten sollte und in dem die Grundbedingungen modernen Künstlerturns aufs lapidarste enthalten sind: "stultus propter Christum nova mundum arte delusit et coelum rapuit – als Narr um Christi willen hielt er die Welt mit seiner Neuen Kunst zum Narren und errang das Himmelreich."¹⁴

Vielleicht wäre ein solcher Punkt **K** für die Kunstpflege gerade in den vorrangig aus Stadtentwicklungsaspekten betriebenen Kulturinstitutionen erstaunlich unbequem.

In welches Ressort man auch blickt: es fehlt an fruchtbaren Querverbindungen zwischen Wirtschaft - Kunst - Gesellschaft und ihrer adäquaten Widerspiegelung in der Politikorganisation. Um die Gesellschaft insgesamt in den Horizont der Res-

¹² Wilhelm Schmidt-Biggemann, *Von Damcar nach Christianopolis. Andreaes 'Christianopolis' als Verwirklichungskonzept der Rosenkreuzerideen. In: Bibliotheca Philosophica Hermetica (Hg), Rosenkreuz als europäisches Phänomen im 17. Jahrhundert. Amsterdam, 2002, S. 118.*

¹³ vgl. Fußnote 11.

¹⁴ Jacopone da Todi starb 1306. Das Grabmal in der Kirche des S. Fortunato zu Todi datiert von 1596: "Ossa beati Jacoponi de Benedictis Tuderini, qui stultus propter Christum etc."

sorts zu bringen und sich der Herausforderung "Wissengesellschaft" umfassend zu stellen, also möglichst die gesamte Gesellschaft zum komplexen Denken zu befähigen, bedarf es eines ressort-, sparten- und trägerübergreifenden Ansatzes nicht nur in der Kulturpolitik.

Es gilt, den Begriff der Wissensgesellschaft neu zu definieren. Wissen im heute notwendigen Sinne ist nichts Enzyklopädisches, es ist mehr als die notwendige Vorbedingung für Entscheidungen. Das in Politik wie Kultur und übrigens auch in der Wirtschaft benötigte Wissen geht darüber hinaus. Es ist eine Aussicht: wohin die Reise geht, gehen kann, gehen soll. "Die Notwendigkeit zu handeln reicht für den Menschen weiter als die Möglichkeit zu erkennen" (Arnold Gehlen, nach Immanuel Kant).

Um in Politik wie Alltag zu wissen, was wir nicht wissen können und dennoch wissen müssen, brauchen wir Vertrautheit mit komplexem Wissen, das neben einem Realanteil immer auch einen Imaginäranteil beinhaltet.

Für die Übung im Überschreiten des Horizontes ist keine Wissenschaft zuständig. Wohl aber die Künste. Wer wenn nicht sie, vermöchte uns zu lehren, was wir nicht wissen können und dennoch wissen müssen? In diesem Sinne ist Kulturpolitik ein zentrales Politikfeld.

Wenn aber Kulturpolitik die Ertüchtigung des Imaginärsinnes ist, ist sie dann nicht vielleicht sogar: **das** zentrale Politikfeld? Könnte frei nach Böcken-

förde¹⁵ gelten: die Künste er-
tichtigen den Bürger zur Poli-
tik, zur lebendigen Teilnahme an
der Gesellschaft?

¹⁵ vgl. oben Fußnote 8.

Dokumentation

Aus der rot-grünen Koaliti- onsvereinbarung vom 16. Oktober 2002

Wir werden auf der Grundlage
der Handlungsempfehlungen der
Enquete-Kommission „Zukunft
des bürgerschaftlichen Engage-
ments“ prüfen, wie der gesetzli-
che Rahmen für die Freiwilli-
genarbeit weiter entwickelt wer-
den kann und weitere Initiativen
zur Verbesserung des freiwilli-
gen Engagements starten (...).

Kultur- und Medienpolitik

Kultur ist elementare Vorausset-
zung einer offenen, gerechten
und zukunftsfähigen Gesell-
schaft. Sie wird für das Zusam-
menleben in einer sozial und eth-
nisch divergierenden Gesell-
schaft immer wichtiger. Dazu
gehören auch die Förderung der
kulturellen Bildung von Kindern
und Jugendlichen und die Öff-
nung für die Kulturen der
Migranten und Migrantinnen.
Die kulturellen Güter sind öf-

fentliche Güter und müssen für
alle zugänglich sein.

Das 1998 neu geschaffene
Amt eines Staatsministers für
Kultur und Medien hat sich be-
währt. Es ist zum Impulsgeber,
Ansprechpartner und Interessen-
vertreter der Kultur in Deutsch-
land und Europa geworden.

Kulturpolitik ist mit dem En-
gagement der Zivilgesellschaft
auf das Engste verbunden. Wo
immer möglich sollte der Staat
nicht selber handeln, sondern
gesellschaftliche Einrichtungen
mit den Aufgaben der Kultur-
verwaltung betrauen.

Ein Schwerpunkt bleibt die
weitere Verbesserung der recht-
lichen Rahmenbedingungen für
Kunst und Kultur. Dazu gehört
die stärkere Berücksichtigung
der kulturellen Dimension der
Gesetzgebung des Bundes und
ggfs. von großen Planungsvor-
haben (Kulturverträglichkeits-
prüfung). Wir streben eine Aus-
stellungsvergütung für bildende
Künstlerinnen und Künstler an
und werden die Idee eines mo-
dernen Künstlergemeinschafts-
rechts („Alte Meister unterstüt-
zen junge Künstler“) verfolgen.
Aufgrund der Tatsache, dass die
Kommunen den Löwenanteil
der Kulturausgaben leisten und
immer schwerer leisten können,
soll eine Enquete-Kommission
zum Thema „Kultur in Deutsch-
land“ unter Einbeziehung der
Länder eingerichtet werden. Sie
soll sich auch mit der sozialen
Lage der Künstler und Künstle-
rinnen befassen.

Die Regierungskoalition steht

zu ihrer Verantwortung für die
Kulturlandschaft Berlins. Des-
halb wird der Bund sein kultu-
relles Engagement für seine
Hauptstadt erhalten und ausbau-
en. Die Bundesregierung wird
auch weiterhin ihrer Verantwor-
tung für den Kulturstandort Bun-
desstadt Bonn nachkommen.

Das Kulturförderprogramm
für die Neuen Länder wird mit
30 Mio. E p.a. fortgeschrieben,
die Förderung der „Leuchttür-
me“ wird fortgeführt. Für die im
Blaubuch genannten Kulturein-
richtungen wird ein Verstär-
kungsfonds (in Höhe von 3 Mio.
E) eingerichtet, der sich an der
Finanzierung von Projekten be-
teiligen kann (Ankäufe, Ausstel-
lungen, Investitionen usw.).

Wir werden die mit den Län-
dern begonnenen Gespräche zur
Systematisierung der Kulturför-
derung konstruktiv mit dem Ziel
fortsetzen, eine klare Verantwor-
tungsteilung im kooperativen
Kulturföderalismus zu errei-
chen. Das Konzept der Bundes-
regierung zur Gedenkstätten-
arbeit bleibt Grundlage der Po-
litik in diesem Bereich. An der
Topographie des Terrors - an der
auf 37 Mio. E gedeckelten Ver-
wirklichung des Zum-
thor-Entwurfs - wird sich der
Bund bis zu 50 % beteiligen. Der
Bund wird sein Engagement bei
Stätten des Weltkulturerbes ver-
stärken.

Medienpolitik ist Gesell-
schafts-, Wirtschafts-, Kultur-
und zugleich Europapolitik. Da-
bei geht es um die Garantie des
öffentlich-rechtlichen, gebüh-
renfinanzierten Rundfunks und
seiner Weiterentwicklung auch

im Internet, aber auch um die Sicherung eines chancengleichen und diskriminierungsfreien Zugangs zu den neuen Medien. Diese Fragen werden zunehmend von europäischen Richtlinien und von Entscheidungen der EU-Kommission vorgeprägt. Dies gilt auch für das Urheberrecht und die Filmförderung.

Die Reform der Medien- und Kommunikationsordnung wird fortgesetzt, zunächst im Bereich des Datenschutzes (Einführung selbstregulativer Modelle). Zu prüfen bleibt, ob und in welcher Form eine institutionalisierte Plattform zur Koordination eingerichtet werden kann.

Es sind Instrumente "deregulierter Selbstregulierung" aufzubauen, die zu einer Reduktion der Gewaltdarstellungen in allen Medien führen, wobei die Besonderheiten der jeweiligen Medien berücksichtigt werden (z. B. Offlinemedien, Onlinemedien, Printmedien). Das Hauptaugenmerk beim Umgang mit Gewalt in den Medien sollte auf dem Ausbau der Medienerziehung von Kindern und Jugendlichen liegen, dessen Ziel der bewusste und verantwortliche Umgang mit den Medien ist.

Das Filmförderungsgesetz wird novelliert. Die Filmförderungsanstalt soll die zentrale Institution der kulturellen, wirtschaftlichen und exportorientierten Filmförderung werden. Die Abgaben - insbesondere der Fernsehanstalten - werden erhöht. Die kriteriengestützte Referenzförderung soll ausgebaut

werden; sie soll die unabhängigen Produzenten stärken und die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Films erhöhen. Um eine attraktive Beteiligung von Medienfonds an deutschen Produktionen zu ermöglichen, muss der Medienerlass entsprechend verändert werden.

Das Urheberrecht muss auch in einer digitalen Welt einen angemessenen Ausgleich zwischen Urhebern und Nutzern sicherstellen. Der freie Zugang zum Internet muss weitestgehend erhalten bleiben. Der Schutz vor Raubkopien muss verstärkt werden. Verwertungsgesellschaften, die Pauschalabgaben erhalten, soll ermöglicht werden, einen Teil der Einnahmen auch für die Förderung von Kunst und Kultur einzusetzen.

Die UNESCO-Konvention von 1970 bzw. das UNIDROIT-Übereinkommen von 1995 über gestohlene oder illegal ausgeführte Kulturgüter soll ratifiziert werden.

Der Mehrwertsteuersatz im Kulturbereich muss erhalten bleiben.

Das Deutsche-Welle-Gesetz wird novelliert, um die Möglichkeiten des Senders weiter zu verbessern, die Vielfalt unserer Gesellschaft sowie die Stellung, die Verantwortung und den Beitrag Deutschlands im globalen Entwicklungsprozess zielgruppengerecht vermitteln zu können. Dazu bedarf es insbesondere einer Konkretisierung des Programmauftrags.

Letzte Meldungen

Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (3. Juni 2003)

Verbesserung der Rahmenbedingungen für den deutschen Film

Die Lage des deutschen Films mit einem durchschnittlichen Marktanteil zwischen 10 und 15% (2002: 11,9 %) in den Kinos ist nach wie vor unbefriedigend. Darüber können auch die beiden großartigen Einzelerfol-

ge der letzten Wochen – ein „Oscar“ für den deutschen Film „Nirgendwo in Afrika“ und fast 6 Mio. Zuschauer für „Good bye, Lenin!“ – nicht hinwegtäuschen.

Durch die beabsichtigte Novellierung des Filmförderungsgesetzes sollen im Bereich der Förderung Verbesserungen erfolgen. Diese werden aber die Situation des deutschen Films nicht entscheidend verändern, da die Hauptprobleme weniger in der Filmförderung liegen, sondern vielmehr in den darüber hinausgehenden Rahmenbedin-

gungen für Filmproduzenten in Deutschland. Die Produzenten von „film20“ sprechen von einer Krise der deutschen Filmwirtschaft, deren Ursachen sie insbesondere auch in den rechtlichen Rahmenbedingungen sehen, die in Deutschland deutlich schlechter sind als in vielen anderen Ländern.

Der im Januar des Jahres 2001 vom Bundesministerium der Finanzen (BMF) veröffentlichte Medienerlass hat für deutsche Produzenten die Beteiligung an internationalen Koproduktionen dramatisch erschwert; ihre Zahl ist seitdem kontinuierlich zurückgegangen.

Jährlich werden mehrere Milliarden Euro allein in Deutschland in so genannte Medienfonds investiert. 80 % dieser Gelder fließen allerdings in Hollywood-Produktionen. Damit gehen dem deutschen bzw. europäischen Kinofilm beträchtliche Mittel verloren, und zugleich wirken sich die mit den Fonds verbundenen Investitionen überwiegend nicht in Deutschland aus.

Die Position der Produzenten wurde durch die Novellierung des Urhebervertragsrechts nicht – wie versprochen – gestärkt, sondern eher geschwächt (z. B. Bestsellerparagraph). Auch bei der jüngsten Umsetzung der EU-Richtlinie zum Urheberrecht in der Informationsgesellschaft wurde die begründete Forderung der Filmwirtschaft („Bereichsausnahme Film“) nicht ausreichend berücksichtigt.

Steuerliche Förderungen bzw.

Anreize bei Produktionen wie in vielen anderen Ländern üblich, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Films stärken würden, sind nicht in Sicht.

Obwohl die verschiedenen Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien in diversen „Bündnis für den Film“-Veranstaltungen Verbesserungen versprochen, gibt es zu den genannten Punkten keine konkreten Ergebnisse.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wann wird die Bundesregierung die seit langem notwendige und zugesagte Änderung des Medienerlasses vornehmen, um die derzeit bestehende Verunsicherung bei der steuerlichen Behandlung von internationalen Koproduktionen mit deutscher Beteiligung zu beseitigen?

2. Wann wird die im „Zwischenbericht zur Konkretisierung und Umsetzung des filmpolitischen Konzepts“ des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien vom Juli 2002 und in der Koalitionsvereinbarung vom Oktober 2002 angekündigte Änderung des Medienerlasses durch das BMF erfolgen, um eine attraktive Beteiligung von Medienfonds an deutschen Produktionen zu ermöglichen?

3. Wann und wie wird die im Zwischenbericht des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien vom Juli

2002 enthaltene Aussage verwirklicht, „analog zu anderen europäischen und außereuropäischen Staaten ist eine zumindest teilweise Mittelbindung der Fonds in Höhe von einem Drittel für deutsche Produktionen und Koproduktionen anzustreben“?

4. Mit welchen konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung die anlässlich der Novellierung des Urhebervertragsrechts im Jahre 2002 vom Bundesministerium der Justiz (BMJ) gegebene Zusage einzuhalten, nach der die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Produzenten im so genannten „zweiten Korb“ der Urheberrechtsreform erfolgen soll, und wann wird das sein?

5. Kann die Filmwirtschaft mit einer stärkeren Berücksichtigung ihrer Interessen beim geplanten „zweiten Korb“ der Umsetzung der EU-Richtlinie zum Urheberrecht in der Informationsgesellschaft rechnen?

6. Wie bewertet die Bundesregierung die schnell zunehmende Ausweitung des massenhaften Diebstahls im Spielfilmbereich durch Kinofilmraubkopien und illegales Herunterladen aus dem Internet, durch die die Kino- und Videowirtschaft ihre Exklusivität und damit einen erheblichen Teil ihrer potentiellen Besucher und Käufer verlieren?

7. Was wird die Bundesregierung gegen die Kinofilm-*piraterie*, durch die sich die Filmwirtschaft in ihrer Existenz bedroht sieht, unternehmen?

8. Welche Maßnahmen sieht die Bundesregierung als erforderlich an, um den im Zwischenbericht des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien vom Juli 2002 geforderten Auf- und Ausbau eines Zweitverwertungsmarktes zur Verbesserung der Eigenkapitalbildung voranzutreiben?

9. Beabsichtigt die Bundesregierung steuerliche Förderungen bzw. Anreize bei Filmproduktionen – wie in vielen anderen Ländern üblich – einzuführen?

10. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus einer Aussage im Zwischenbericht des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien vom Juli 2002, nach der die Einführung eines Steuermodells erstrebenswert ist, das die Produktion von Kulturgütern wie den Film nachhaltig unterstützt?

11. Welche konkreten Schritte wird die Bundesregierung zur Stärkung unabhängiger Produzenten, die sie in ihrem Zwischenbericht vom Juli 2002 versprochen hat, initiieren bzw. selbst einleiten?

**Statement von
Bernd Neumann, MdB
Sprecher für Filmpolitik
der CDU-Deutschlands und
der CDU/CSU-Bundestags-
fraktion**
*(anlässlich des Film-Empfangs
der CDU-Deutschlands am
6. Juni 2003)*

Der CDU-Filmempfang am Tage der Verleihung des Deutschen Filmpreises hat mittlerweile Tradition. Wir wollen damit zum Ausdruck bringen – und die Anwesenheit der Partei- und Fraktionsvorsitzenden Angela Merkel sowie unseres Generalsekretärs Laurenz Meyer und vieler Bundestagsabgeordneter unterstreicht dies – dass für uns der deutsche Kinofilm wichtig und unverzichtbarer Bestandteil unserer Kultur ist.

Wenn wir wollen, dass der deutsche Film in Deutschland und in der Welt wieder zu mehr Geltung kommt, gehört als erstes dazu, dass wir uns zu ihm bekennen, dass wir uns mit ihm identifizieren. Das dürfte gerade in diesem Jahr nicht schwer fallen. Dafür gibt es wunderbare Beispiele:

„Oscar“ als bester ausländischer Film für „Nirgendwo in Afrika“ von Caroline Link
Erfolgshit diesen Jahres: „Good bye Lenin!“ mit dem Rekord von fast 6 Mio. Zuschauern.

(...)
Aber davor gab es viele Filme, die selbst oder deren Mitwirkenden Nominierungen für den Filmpreis bzw. Filmpreise erhielten. Ich nenne nur: Heaven, Der Krieger und die

Kaiserin, Lola rennt, Heidi M., Das Leben ist eine Baustelle, Absolute Giganten
Dazu fallen Namen ein wie Tom Tykwer, Katrin Saß, Franka Potente und viele andere.

Natürlich ist die Lage des deutschen Films mit einem durchschnittlichen Marktanteil zwischen 10 und 15 % (2002: 11,9 %) in den Kinos nicht befriedigend. Wenn allerdings in der Politik über die Krise des deutschen Films lamentiert wird, ist dies unglaublich, wenn nicht scheinheilig.

Denn gerade die Politik, und ich meine die augenblickliche Bundesregierung, hat es – trotz mehrfacher Ankündigungen, ja Zusagen – bisher versäumt, die Rahmenbedingungen für den Film in Deutschland zu verbessern, die bei uns deutlich schlechter sind als in vielen anderen vergleichbaren Ländern.

Diese Versäumnisse kann man nicht dadurch kaschieren, in dem man unausgereifte Vorschläge wie z. B. die Etablierung einer Filmakademie ohne jedwede konzeptionelle Grundlage in die Diskussion wirft, wie von Frau Staatsministerin Weiß bei der Eröffnung der Berlinale geschehen. Bis heute weiß keiner, welche Aufgaben diese Akademie eigentlich haben soll, geschweige denn, wie die von ihr vorzunehmende Filmpreisverleihung funktioniert.

Eines ist doch klar, das Angebot guter deutscher Filme wird nicht dadurch besser, dass man die Filmpreise statt durch eine sachverständige Jury nun von einer Filmakademie mit 700 Mitgliedern vergibt.

Während bisher eine aus allen Bereichen der Filmbranche bestehende Jury mit 12 Mitgliedern die über 60 Filme, die jährlich vorgeschlagen werden, ansieht, sie anschließend unter Einbeziehung insbesondere kultureller Aspekte intensiv diskutiert und danach entscheidet, sollen künftig viele Hundert Mitglieder einer Filmakademie darüber befinden.

Auch wenn es wohl ein Dutzend vorgeschalteter Fachjurys geben soll, stellt sich die Frage, ob die ohnehin vielbeschäftigten Akademie-Mitglieder nicht schlichtweg überfordert sind. Die meisten werden kaum die Zeit haben, vorher die Filme zu sehen, sondern sie werden sich zwangsläufig an bekannten Filmen und deren Promotion orientieren und eher „Mainstream-Entscheidungen“ treffen. Die mit der Akademie angestrebte Popularisierung des Filmpreises könnte sich zur reinen Kommerzialisierung entwickeln. Kleine, nicht so bekannte, aber kulturell wichtige Filme werden bei diesem Verfahren wenig Chancen haben.

Im übrigen – niemand hätte etwas gegen eine Akademie der deutschen Produzenten, die Preise vergibt, solange sie diese auch selbst finanziert. Aber im Gegensatz zum „Oscar“ soll der deutsche Filmpreis kein Ehrenpreis sein, sondern nach wie vor finanziell großzügig ausgestattet werden, und zwar mit „Staatsknete“ aus dem Bundeshaushalt.

Es stellen sich also viele Fragen, ein Konzept liegt mindestens dem Parlament nicht vor. Deshalb haben die Mitglieder des Ausschusses für „Kultur und

Medien“ einstimmig beschlossen, am 23. Juni ein öffentliches Hearing durchzuführen, um mehr Klarheit zu bekommen.

Zur Zeit wird vom BKM der Gesetzentwurf zur Novellierung des FFG als besonderer Durchbruch bei der Verbesserung der Lage des deutschen Films angesehen. Es gibt im Entwurf tatsächlich einige Verbesserungen im Hinblick auf die Abwicklung und Höhe der Förderung. Dennoch muss man die massive Kritik am FFG ernst nehmen, wie sie in der neuesten Ausgabe der „ZEIT“ formuliert wird. Dort heißt es, das neue FFG gefährde die deutsche Kinokultur und durch die neuen Schwellen bei der Referenzförderung käme es zu einer „Ausgrenzung des engagierten Films, bei der gerade das Neue und Gewagte auf der Strecke bleibt“.

Mit dem FFG soll es zu einer Erhöhung der Mittel vielleicht um 20 Mio. • bei jetzt 200 Mio. (bisher durch Bund und Länder geleistet) kommen. Das ist erfreulich; das ist gerade aber nur die Summe der Kosten eines größeren Films. Die Hauptprobleme für den deutschen Film liegen nicht in der Förderung, sondern vielmehr in den darüber hinausgehenden Rahmenbedingungen für Filmproduzenten in Deutschland. Die Produzenten von „film20“ sprechen deshalb von einer Krise der deutschen Filmwirtschaft, deren Ursachen sie insbesondere auch in den rechtlichen Rahmenbedingungen sehen.

Dazu gehört der im Jahr 2001 vom Bundesministerium der Finanzen veröffentlichte Medien-

erlass, der für deutsche Produzenten die Beteiligung an internationalen Koproduktionen dramatisch erschwert hat; ihre Zahl ist seitdem kontinuierlich zurückgegangen.

Dazu gehören die Medienfonds, in die jährlich mehrere Milliarden Euro allein in Deutschland investiert werden. 80 % dieser Gelder fließen allerdings in Hollywood-Produktionen. Damit gehen dem deutschen bzw. europäischen Kinofilm beträchtliche Mittel verloren, und zugleich wirken sich die mit den Fonds verbundenen Investitionen überwiegend nicht in Deutschland aus. Hier stehen seit mehreren Jahren angekündigte Lösungsschritte seitens der Bundesregierung aus.

Zu den Rahmenbedingungen gehört auch das Urheberrecht, bei dessen Novellierung die Position der Produzenten nicht – wie versprochen – gestärkt, sondern eher geschwächt wurde. Auch bei der jüngsten Umsetzung der EU-Richtlinie zum Urheberrecht in der Informationsgesellschaft wurde die begründete Forderung der Filmwirtschaft („Bereichsausnahme Film“) nicht ausreichend berücksichtigt.

Steuerliche Förderungen bzw. Anreize bei Produktionen wie in vielen anderen Ländern üblich, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Films stärken würden, sind nicht in Sicht.

Obwohl in diversen „Bündnis für den Film“-Veranstaltungen Verbesserungen versprochen wurden, gibt es zu den genannten Punkten keine konkreten Ergebnisse.

Diese Defizite werden nicht durch die erfreulichen Besuche des Bundeskanzlers bei Filmpreisverleihungen verbunden mit seinen Lobesliedern auf den deutschen Film beseitigt.

Die CDU/CSU-Fraktion hat die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den deutschen Film in das Zentrum einer Großen Anfrage im Bundestag gerichtet, deren Antwort zu einer Debatte führen wird. Ziel unserer Großen Anfrage wie auch unseres darüber hinaus gehenden Handelns einschließlich meiner eigenen filmpolitischen Arbeit ist nicht die parteipolitische Profilierung, sondern ausschließlich die Absicht, ein Stück mehr Chancen zu schaffen für den deutschen Film. Er braucht sie und hat sie verdient!

KULTURPOLITIK IN DER PRESSE

Buch

Random House

Die SZ vom 28. Mai 2003 erörtert die Konsequenzen des von Random House eingeleiteten Ankaufs der Verlagsgruppe Ullstein, Heyne List („Räume mir Platz frei“): Nach einer Berechnung des Buchreports hätte Random House einen Anteil von 40 % am Taschenbuchmarkt; Random House selbst kommt allerdings nur auf 11 %. „Dabei geht es um die Vielfalt und Qualität des deutschen Buchmarkts, um Individualität und Unter-

scheidbarkeit der Titel und um die traditionellen Strukturen des Buchhandels, die bisher dafür sorgten, dass auch das Entlegene noch einen Weg zum Leser findet“, urteilt die SZ.

Film

Kritik am neuen Filmförderungs-gesetz

Eher skeptisch sieht die SZ vom 6. Juni 2003 den Novellierungsentwurf des Filmförderungsgesetzes: „Es ist vielleicht das Dilemma der ganzen Diskussion heute, dass man sich an die wenigen Ausnahmerecheinungen hält und den Pulk an kleinen Produktionen übersieht, die für kreative Vielfalt sorgen sollen, für Wagemut und Experimentierlust – eine ständige Regeneration des deutschen Kinos.“

Musik

„Radioquote“ gefordert

Der Bundesverband der Phonographischen Wirtschaft hat eine „Radioquote“ gefordert: 50 % der im Hörfunk gesendeten Musiktitel sollen Neuerscheinungen sein, davon die Hälfte deutschsprachige Songs. Davon verspricht man sich eine bessere Förderung des heimischen Nachwuchses (FAZ, 27.5.2003).

Theater

„Eine Minute vor Zwölf“

Die Intendanten der deutschen Bühnen fürchten angesichts der „Krise der öffentlichen Finanzen“ um den Erhalt der Theaterlandschaft, in 7 Punkten wird

u.a. gefordert, „Kultur als Pflichtaufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden“ festzuschreiben und bessere tarifliche Bedingungen für die Theater zu schaffen: „Wir fordern Kulturpolitik statt Krisenmanagement.(...) Was jetzt zerdeppert wird, ist weg.“ (FAZ, 27.05.2003).

Kulturpolitik im Bund

Noch eine Enquete-Kommission

Zur geplanten Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ bemerkt Eckhard Fuhr in der WELT vom 4. Juni 2003: „Was einmal verschwunden ist – ein Stadttheater, ein Museum, eine Musikschule – wird kaum wieder entstehen. Mag ein, dass die Kommission nur Material für einen Nachruf sammeln kann (...) Bildung heißt es in Sonntagsreden, sei der wichtigste Rohstoff dieses Landes. Der entsteht nur, wenn der Bildungsbegriff nicht pragmatisch verengt wird. Es ist unbestritten, dass künftige Generationen Anspruch auf saubere Umwelt haben. Warum nicht auch ein Recht darauf, im Stadttheater die Kulissen wackeln zu sehen, nach Spielplan verlässlich und zu erschwinglichen Preisen.“ Bayerns Kulturminister Zehetmair ist skeptisch: „Eine weitere Kommission bringt der Kultur in Deutschland nichts.“ (WELT, 10.06.2003).

Urheberrecht überdenken

Angesichts der Verzögerung der

Neufassung der digitalen Urheberrechts durch den Bundesrat, der den Vermittlungsausschuss angerufen hat, erörtert Rainer Blasius in der FAZ vom 30. Mai 2003 Verbesserungsbedarf und kommt zu dem Schluss: „Jetzt besteht die Chance, solche und andere ‚erhebliche Beeinträchtigungen der Urheber (...) zu überdenken und zu überarbeiten – obwohl das neue Urheberrecht im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig ist, so daß sich der Bundestag über die Bedenken der Länder hinwegsetzen kann.“

Dänisches Kulturinstitut in Bonn eröffnet

Nachdem vor bald vier Jahren die Botschaft des Königreichs Dänemark von Bonn nach Berlin übersiedelte, sind die Dänen in der Bundesstadt Bonn wieder kulturell präsent: Am 23. März eröffnete Ihre Königliche Hoheit Prinzessin Benedikte, die jüngere Schwester der dänischen Königin, das neue Dänische Kulturinstitut in Bonn.

Von Bonn aus wird das Dänische Kulturinstitut im Rahmen seiner Informationsarbeit über dänische Kultur und Gesellschaft und auf dem Gebiet der Kulturvermittlung mit Ausstellungen, Konzerten, Lesungen, Vorträgen und Studienreisen landesweit aktiv sein.

Das erste Institut in der Bundesrepublik Deutschland war bereits Anfang der 60er Jahre in NRW (Dortmund) eingerichtet worden. Nachdem das Kulturinstitut von 1996 bis 2002 in Hannover angesiedelt war, wurde der Standort der Deutschland-Ver-

tretung jetzt wieder nach Nordrhein-Westfalen verlegt. Ausschlaggebend für diesen Schritt waren das ausgeprägt internationale Profil der Rheinschiene mit Bonn, Köln und Düsseldorf sowie das große Kultur-Potenzial des Ruhrgebiets als günstige Voraussetzungen für den deutsch-dänischen Kulturaustausch.

Zum neuen Leiter des Dänischen Kulturinstituts in Bonn wurde Dr. Bernd Kretschmer ernannt, der bereits von 1983 bis 1999 in der früheren Bundeshauptstadt als Kultur- und Presseattaché an der dänischen Botschaft tätig gewesen war.

www.dankultur.de

Auswärtige Kulturpolitik

Höherer Stellenwert in der europäischen Verfassung

PEN und der Verband deutscher Schriftsteller (VS) fordern einen höheren Stellenwert für die Kultur in der geplanten europäischen Verfassung: „eine allein kommerziell orientierte EU (werde) der Forderung nach Stärkung (...) unserer einmaligen kulturellen Vielfalt in Europa nicht gerecht“ (FAZ, 28.5.2003).

Zitate

- „*Ich verzweifle bei dem Gedanken, dass Größe in der zeitgenössischen Kunst von diesen Kreaturen kurzlebiger Moden definiert wird.*“

Der britische Kulturstaats-

sekretär Kim Howells zur Turner-Preis-Verleihung 2003 (WELT, 31.05.2003), nachdem er schon 2002 das Angebot als „konzeptionellen Scheiß“ gewürdigt hatte.

HINWEIS DER REDAKTION

Da wir im Rahmen unserer Presseschau möglichst viele Zeitschriften, Presseerklärungen, Resolutionen etc. auswerten und aufnehmen wollen, bitten wir auch in dieser Nummer um entsprechende Zusendung.

Damit verbinden wir unseren herzlichen Dank für die gute Resonanz auf diese Bitte in der vorangegangenen Ausgabe.

Zugleich möchten wir betonen, daß Meldungen in der Presse nicht überprüft werden können und Berichte und Diskussionsbeiträge nicht mit der Redaktion oder der Stiftung zu identifizieren sind. Vielmehr ist es unser Ziel, die öffentliche Debatte und ihre Themen möglichst umfassend, freilich auch pointiert zu dokumentieren.